

NEUE ZEIT

FEBRUAR 1980

6

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



Datum _____ Unterschrift des Leiters

WOCHE NSCHRIFT FÜR POLITIK

US-POLITIK
IM
SCHLEUDERN



7500-330-
BIBLIOTHEK-BEZ
14159-6 123 678 190

SOWJETUNION IM BILD

Mzcheta — die alte Hauptstadt Georgiens, in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends v. u. Z. gegründet, fast 20 km von der heutigen Hauptstadt Tbilissi an der Mündung der Aragwi in die Kura gelegen, steht unter Denkmalschutz.

Die erhalten gebliebenen architektonischen Denkmäler legen Zeugnis ab vom Können der Baumeister. Im Zentrum Mzchetas erhebt sich die Sweti-Zchoweli-Kirche, die der Baumeister Arsukisdse Anfang des 11. Jh. errichtete. Sie fasziniert durch ihre grazile Komposition und den



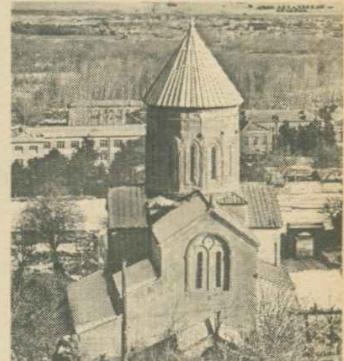
Die Kirche Johannes des Täufers aus dem 6. Jh.



Die Überreste alter Warmbäder, errichtet vor ungefähr 2000 Jahren



In der Sweti-Zchoweli-Kirche



Über 2000 Jahre alte Basreliefs aus Ton

Die Samtawro-Kirche



Archäologiestudenten in der Nekropole von Armasis-chewi, wo alte Grabstätten gefunden wurden

Reichtum der in Stein gemeißelten Ornamente. Der Überlieferung zufolge wurde ihrem Erbauer die Hand abgehackt, damit er nicht ein zweites derartiges Meisterwerk vollbringen könnte. Unweit davon steht ein anderes herausragendes Denkmal der Epoche — das architektonische Ensemble des Samtawro-Klosters.

Archäologen haben hier zahlreiche überaus wertvolle Denkmäler der altgeorgischen Kultur entdeckt: Ruinen von Palästen, Wirtschafts- und Wohnbauten, Haushaltsgerät, zahlreiche Gräfte und Denkmäler, die von der jüngeren Steinzeit bis zum Mittelalter datiert werden.

Die heutigen Meister der Ziselierkunst und der Keramik von Mzcheta setzen das Werk ihrer großen Vorfahren fort.

Fotos: N. Bobrow

Von der Dshwari-Kirche (6. Jh.) bietet sich ein schöner Blick auf Mzcheta



MANGEL AN REALITÄTSSINN

Washington setzt seine Partner in einem neuen Bereich unter Druck. Nachdem die europäischen NATO-Staaten gezwungen wurden, der Stationierung neuer Kernraketen auf ihrem Boden zuzustimmen, will Washington jetzt durchsetzen, daß sie ihre Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR einschränken: „Die Russen sind zu bestrafen“, und zwar wegen Afghanistans. Der wahre Zweck der Übung ist, die Geschäftskontakte Ost-West auf den Ausgangspunkt zu führen und unter USA-Kontrolle zu stellen.

Der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Ländern unterschiedlichen sozialen Systems störte die Entspannungsgegner aus Washington schon immer. Sie versäumten keine Gelegenheit, ihr entgegenzuwirken.

Besonders gereizt war man in Übersee, als in den 70er Jahren die Geschäftskontakte der UdSSR mit Westeuropa und Japan ausgebaut wurden. Die Wall Street erblickte darin eine direkte Gefahr für ihre Interessen. Das war auch logisch: Der Ost-West-Handel mindert auch die Abhängigkeit der USA-Konkurrenten vom amerikanischen Markt und von der eigennützigen Außenwirtschaftspolitik Washingtons.

Die Rüstungsgewaltigen in den USA waren auch darüber ungehalten, daß nicht das Rüstungsgeschäft und nicht die Konfrontation mit der UdSSR, sondern der friedliche Handel einer immer größeren Anzahl westeuropäischer und amerikanischer Firmen Nutzen brachte. Der Versuch, die Entspannungstendenz im Welthandel auf den Nullpunkt zu bringen, war für die USA also eine Methode, die Hegemonie in der Weltwirtschaft zurückzuerobern. Jetzt will Washington dieses Ziel mit seinen „Wirtschaftssanktionen“ erreichen.

In Verletzung der bestehenden Abkommen verhängte das Weiße Haus ein Embargo über die Lieferungen von Getreide und modernen Ausrüstungen in die UdSSR und bearbeitet Geschäftsleute und Wissenschaftler, denen es an Kontakt mit ihren Kollegen aus den sozialistischen Ländern liegt. Hierbei nimmt das Weiße Haus keine Rücksicht auf die Interessen von Industriellen, Farmern und Arbeitern, die gute Aufträge bzw. Arbeitsplätze verlieren, keine Rücksicht darauf, daß diese Sanktionen das Handelsbilanzdefizit der USA vergrößern, daß die Zuspitzung der Spannungen die Weltwarenmärkte labiler macht und die internationalen Positionen des Dollars verschlechtert.

Die Euphorie der „Position der Stärke“ ist den überseeischen Politikern zu Kopf gestiegen. Sie haben vergessen, daß die USA, weltwirtschaftlich gesehen, weit verwundbarer sind als

diejenigen, denen sie eine „Bestrafung“ androhen. Sie haben vergessen, daß man ohne sie schon ausgetragen ist und auch künftig auskommen kann, daß die ersten sowjetischen Sputniks gerade in den „kalten“ Zeiten gestartet wurden, als der wissenschaftlich-technische Austausch UdSSR—USA gleich Null war.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Weltsysteme ist heute keine bloße Idee mehr, sondern eine Realität, die sich in den vieljährigen Erfahrungen eines für alle Beteiligten nützlichen Austausches bewährt hat. Diese Zusammenarbeit, heute ein fester Bestandteil der gesamten Struktur der Weltwirtschaftsbeziehungen, ist in einem ganzen System mehr- und zweiseitiger Abkommen verankert.

Festes Fundament für den weiteren Ausbau der für alle nützlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist die unerschütterliche Treue der UdSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft zur Entspannungspolitik. Am 4. Februar sagte Leonid Breschnew: „Die Entspannung ist Resultat mannigfaltiger Bemühungen, eine gemeinsame Errungenschaft der friedliebenden Staaten. Und man kann es den unbesonnenen imperialistischen Kräften nicht erlauben, die Ergebnisse der Entspannung zu nützen zu machen.“

Der Umstand, daß sich das Weiße Haus über Realitäten der Weltpolitik und -wirtschaft hinwegsetzt, verurteilte die Reisen der USA-Emissäre W. Christopher und R. Cooper (nach Westeuropa), P. Habib (nach Japan) und A. Goodpaster (nach Argentinien und Brasilien), die die Regierungen der betreffenden Länder zum Befolgen des amerikanischen Beispiels animieren sollten, zu einem Flasco. Dazu schrieb die „Chicago Tribune“: „Die NATO-Alliierten bleiben weiterhin stark auf Entspannung und bessere Beziehungen zur UdSSR orientiert.“ Realdenkende Politiker und Geschäftsleute des Westens gehen den Liebhabern von „Sanktionen“ nicht auf den Leim, weil sie wissen: Wenn sie Washington folgen, werden sie nur sich selbst „bestrafen“.

Selbst die Londoner Wochenschrift „Economist“, der man keine antiamerikanischen Stimmungen nachsagen kann, kam nach Berechnung der „Sanktionskosten“ zu dem Schluß: Der Handelskrieg, den das Weiße Haus vom Zaun bricht, gefährdet die Finanzstruktur des Kapitalismus. Deshalb „müssen die Politiker sehr stark davon überzeugt sein, daß sie wissen, was sie tun“.

Ein vernünftiger Gedanke. Im Welthandel gelten nämlich ganz andere Regeln als etwa auf dem Erdnußmarkt im Bundesstaat Georgia. Selbst als man in Übersee noch mit seiner Wirtschaftsmacht prahlen konnte, war es nicht gelungen, den Handel für den kalten Krieg einzuspannen. Heute, da die politischen Ansprüche keineswegs der realen Macht entsprechen, wird das erst recht nicht gelingen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 6 FEBRUAR 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYEMENSKI, S. GOLIAKOW (Verantw. Sekretär),
Y. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die
freundsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Mangel an Realitätssinn	1
N. Jakowlew — Von Truman bis Carter	5
A. Ułanski — Verleumder entlarvt	6
A. Stepanow — UdSSR—Syrien. Eindeutige Kriterien	7
J. Tawrowski — Auf Solidaritätsfahrt	8
V. Gribatschow — Kanada. Liberale. Konservative. Liberale!	8
V. Sidenko — Wer wird das Rennen machen?	9
I. Alganow — Pakistan. In gefährlicher Rolle	10
Biographisches: Abolhassan Banisadr	11
W. Boikow — Cruise Missiles und vergebliche Hoffnungen	12
L. Pavolini — Italien. In schwieriger Zeit	14
Notizen ◆ Glossen	16
J. Knorre — Zum 110. Geburtstag Lenins. Begegnung in Sibirien	18
R. Saxlund — Uruguay. Bittere Früchte der Diktatur	20
W. Schelepin — Zypern. Klammer im Mittelmeer	22
W. Rosen — Diplomaten in der Moskauer Uni	23
W. Subakow — China. Menschenrechte à la Peking	24
W. Sokolow — Das „goldene Dreieck“	24
M. Tschernowusow — Schatten im Kabinett (Visionen)	26
A. Andrejew — Unsichtbare Machtzentren	27
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32



Umschlag: A. Garanin

Gestaltung: O. Winogradow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 3. Februar beging das Volk Vietnams feierlich den 50. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Vietnams. Das ZK der KPdSU richtete an das ZK der KPV eine Grußbotschaft: „Die sowjetischen Menschen bekunden ihre feste Überzeugung, daß die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die werktätige Intelligenz der Sozialistischen Republik Vietnam unter Führung der KPV und ihres Zentralkomitees mit Genossen Le Duan an der Spitze Schwierigkeiten überwinden, die revolutionären Errungenschaften verteidigen und festigen sowie ein neues Leben auf dem uralten vietnamesischen Boden errichten werden.“

■ Am 30. Januar beginnen die Völker der Sowjetunion und Vietnams den 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Leonid Breschnew und Alexej Kosygin richteten Grüße an den Präsidenten der SRV, Ton Duc Thang, den Generalsekretär des ZK der KPV, Le Duan, den Vorsitzenden des Ständigen Komitees der SRV-Nationalversammlung, Truong Chinh, und an den Ministerpräsidenten der SRV-Regierung, Pham Van Dong: „Die sowjetischen Menschen, treu ihrer internationalistischen Pflicht, dem Buchstaben und Geist des Vertrages, werden auch in Zukunft unermüdlich die traditionelle sowjetisch-vietnamesische Freundschaft und Brüderlichkeit festigen und fest auf Seiten des vietnamesischen Volkes in seinen Bemühungen beim Aufbau eines neuen Lebens, bei der Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams stehen.“

■ Vom 28. Januar bis 4. Februar weilte eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Pjotr Mascherow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und erster Sekretär des ZK der KP Belorusi, auf Einladung des Ständigen Komitees der SRV-Nationalversammlung zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Vietnam. Die Delegation wurde von führenden Politikern der SRV empfangen und unternahm eine Reise durch das Land. Überall wurde die Delegation herzlich empfangen.

■ Leonid Breschnew richtete eine Grußbotschaft an den Präsidenten der Islamischen Republik Iran, Dr. Abolhassan Banisadr, zu seiner Wahl in dieses Amt. Leonid Breschnew verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die „Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Iran, die sich auf die Prinzipien der guten Nachbarschaft, der Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“



Auf Einladung des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrats der UdSSR traf am 4. Februar eine Delegation der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampuchea und des Revolutionären Volksrates Kampuchea unter dem Vorsitzenden des ZK der Front und Vorsitzenden des Revolutionären Volksrates von Kampuchea, Heng Samrin, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein. Am 4. und 5. Februar fanden im Kreml die sowjetisch-kampuchäischen Verhandlungen statt. An ihnen nahmen von sowjetischer Seite Leonid Breschnew und andere führende Politiker, von kampuchäischer Seite Heng Samrin und andere kampuchäische Delegationsmitglieder teil. *Unser Bild: Vor dem Beginn der Verhandlungen*

Foto: W. Mussaeljan und E. Pessow (TASS)

gründen, zum Wohl der Völker unserer Länder, im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit entwickeln werden".

Alexej Kossygin und die Ministerpräsidentin der Republik Indien, Indira Gandhi, tauschten Glückwünsche anlässlich des 25. Jahrestages der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern aus, der am 2. Februar begangen wurde.

Vom 31. Januar bis 2. Februar weilte Andrej Gromyko auf Einladung des Generalsekretärs der RKP und Präsidenten der SR Rumänien Nicolae Ceaușescu, zu einem Freundschaftsbesuch in Bukarest. Andrej Gromyko und Nicolae Ceaușescu führten Gespräche. Fragen der weiteren Entwicklung der sowjetisch-rumänischen Beziehungen wurden behandelt. Die Seiten erörterten die Lage in Europa, im Nahen und Mittleren Osten, in Südostasien und im Fernen Osten sowie einige andere internationale Probleme. Es wurde Besorgnis über die jüngste Verschärfung der internationalen Lage bekundet. Das ist die Folge einer Anhäufung ungelöster Fragen, der Einmischung imperialistischer Kräfte in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie der imperialistischen Politik der Gewaltandrohungen und -anwendung in den internationalen Beziehungen. Besondere Aufmerksamkeit galt den dringenden Aufgaben des Kampfes für die Zügelung des Weltwüstens, für die unverzügliche Einlei-

tung der realen Abrüstung, vor allem auf nuklearem Gebiet. Die UdSSR und die SR Rumänien bekundeten ihre Entschlossenheit, zusammen mit den anderen sozialistischen Staaten, mit allen Friedenskräften auch in Zukunft beharrlich die Konsolidierung der Entspannung, die Festigung von Frieden und Sicherheit, die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und der ganzen Welt anzustreben. Unter den heutigen Bedingungen erlangen die Verwirklichung des Vorschlags der Warschauer Vertragsstaaten für die Abhaltung einer Konferenz zur militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa sowie die sorgfältige Vorbereitung auf das Madriter Treffen noch größere Aktualität. Fragen, die mit dem 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages zusammenhängen, wurden berührt. Die Seiten sprachen sich dafür aus, daß auch in Zukunft auf verschiedenen Ebenen Konsultationen und Meinungsaustausch zu Fragen von beiderseitigem Interesse im Geiste jener richtunggebenden Gespräche gepflegt werden, die bei den sowjetisch-rumänischen Gipfeltreffen geführt werden.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung des Königreiches Lesotho haben, geleitet vom Streben, Beziehungen der Freundschaft und der beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit herzustellen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Respektierung der Unabhängigkeit,

der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität, beschlossen, ab 1. Februar 1980 diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern aufzunehmen und diplomatische Vertretungen auf der Ebene von Botschaften auszutauschen.

Auf Einladung des ZK der KPdSU traf eine Delegation der syrischen Baath-Partei unter dem stellvertretenden Generalsekretär der Partei, Abdullah al-Ahmar, am 4. Februar in Moskau ein.

In Kabul wurde ein Appell von Babrak Karmal, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident der DR Afghanistan, an das afghanische Volk veröffentlicht. Jedem von uns muß klar sein, heißt es dort, daß sich der Sieg nicht von allein einstellen wird. Dafür müssen wir alle unsere Kräfte zusammenfassen, um die Ideale der Aprilrevolution im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion zu verteidigen und die Ausschreitungen der Terroristen- und Diversantenbanden, die von pakistanischem Territorium aus in die DR Afghanistan eingeschleust werden, zu beenden. Der Appell enthält einen Aufruf des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und der Regierung des Landes an die afghanische Jugend, Freiwilligentruppen zum Schutz von Straßen, Brücken und Gebirgspässen sowie von Autos und Karawanen mit Nahrungsmitteln und lebensnotwendigen Gütern zu bilden. Eine vorrangige Aufgabe sei es, alle fruchtbaren Böden rechtzeitig zu bestellen.

Der WGB hat die Verstärkung der militärischen Macht der USA im Mittleren Osten und die Umtriebe des Imperialismus verurteilt, der Pakistan in einen Stützpunkt für seine Aggressionsakte verwandeln will. Es wird an die Werkstätigen und die Gewerkschaften der ganzen Welt appelliert, eine Kampagne gegen die Rüstungslieferungen der USA und Chinas an Pakistan und die afghanischen „Rebellen“ zu starten.

Vom 31. Januar bis 3. Februar trat der UNO-Sicherheitsrat auf Verlangen der Gruppe afrikanischer Länder zusammen, die der britischen Regierung Betrug und Heuchelei vorwerfen, um das neokolonialistische Regime in Rhodesien zu bewahren. In der Debatte kritisierten die Vertreter afrikanischer Länder scharf die britische Politik. In einer Resolution des Sicherheitsrates wird an die Verpflichtung Großbritanniens erinnert, die Entkolonialisierung Rhodesiens auf der Grundlage freier und demokratischer Wahlen durchzuführen* (siehe S. 9).

Am 31. Januar wurden in der Wiener Hofburg die Verhandlungen über



Das mit Unterstützung der UdSSR errichtete Zentrum für Mutter und Kind in Kabul hat 1979 mehr als 18 000 Einwohnerinnen mit ihren Kindern beraten und behandelt. Das Zentrum hat einen Kindergarten sowie Praxisräume für kinderärztliche und zahnärztliche Behandlung u. a. Unser Bild: Die Heiligymnastin W. Nikolajewa mit Zöglingen des Kindergartens

Foto: G. Nadeshdin (TASS)

eine beiderseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa wieder aufgenommen.

Nach dem offiziellen Indienbesuch des französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing, bei dem er Gespräche mit Ministerpräsidentin Indira Gandhi und anderen führenden Politikern des Landes führte, wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht. Die Seiten haben, wie es dort heißt, Fragen der internationalen Lage behandelt und sich für die strikte Beachtung der Souveränität aller Länder und für die Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechtes ausgesprochen.

Am 3. Februar begann in Paris das Treffen zwischen Präsident Valéry Giscard d'Estaing und BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Vom 31. Januar bis 2. Februar fanden in Herzlia, einem Vorort von Tel Aviv, amerikanisch-israelisch-ägyptische Verhandlungen über eine „palästinensische Selbstverwaltung“ statt. Es war der neunte Versuch, die berüchtigte Autonomie im Westjordanland und im Gaza-Streifen aus der Sackgasse herauszuführen. Kairo hat einen hinterhältigen Plan für die „etappenweise Realisierung“ der Verschwörung gegen die Palästinenser vorgelegt. Die Verhandlungen endeten ohne konkrete Ergebnisse.

Vom 30. Januar bis 1. Februar hielt sich der Sonderbotschafter des US-Präsidenten, Clark Clifford, zu einem Besuch in Indien auf, wo er Gespräche mit Ministerpräsidentin Indira Gandhi führte. Dabei betonte Indira Gandhi, daß allein Handlungen zur Entspannung in der Re-

gion dazu beitragen werden, daß die Sowjetunion ihre Truppen aus Afghanistan abzieht. In diesem Zusammenhang verwies sie darauf, daß Waffenlieferungen an ein beliebiges Land der Region, einschließlich Pakistans, die Spannungen verstärken würden. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, betonte Indira Gandhi, daß Waffenlieferungen an Pakistan stets eine Zunahme des Abenteurismus in seiner Führung bewirkt haben, was verheerende Folgen für alle interessierten Seiten hatte. Indien beunruhigt, wie Indira Gandhi sagte, weniger die Menge und die Beschaffenheit der Waffen als vielmehr die bitteren Lehren der Vergangenheit.

Vom 2. bis 4. Februar hielten sich US-Sicherheitsberater Brzezinski und der stellvertretende US-Außenminister Christopher in Pakistan auf. Mit führenden Politikern des Landes wurden US-Rüstungslieferungen und eine Teilnahme Pakistans an der Verwirklichung der militaristischen Pläne Washingtons erörtert (siehe S. 10).

Am 1. Februar beschloß Spanien, die diplomatischen Beziehungen zu Guatemala aus Protest gegen einen Zwischenfall abzubrechen, der sich am Tag zuvor in der spanischen Botschaft ereignet hatte. Dabei waren durch das verantwortungslose Handeln der Polizei 37 Menschen umgekommen.

Am 2. Februar wurden drei weitere Personen getötet und viele verletzt, als die Polizei die Teilnehmer des Trauerzuges in Guatemala-Stadt überfiel.

Sechs amerikanische Diplomaten, die der Festnahme in der US-Botschaft entgangen waren und sich in der kanadischen Botschaft verborgen gehalten hatten, wurden aus dem Iran ausgeschleust. Man hatte sie mit kanadischen Diplomatenpässen und gefälschten iranischen Visa versehen.



Die bundesdeutsche Öffentlichkeit ist empört über die verfassungswidrige Praxis der Berufsverbote. Unser Bild: Demokraten von Oberhausen protestieren gegen die erniedrigende Überprüfung der „Verfassungstreue“ bei Gymnasiallehrer Uwe Schipper.

Foto: TASS

Als treuer NZ-Leser möchte ich folgendes sagen. Das Geschwätz über die angebliche „sowjetische Bedrohung“ und die Haftstrafen gegen die UdSSR dienen nur den Revanchisten und Imperialisten, die einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten. Wie kann man von einer „sowjetischen Bedrohung“ reden, ist doch die UdSSR durch die NATO-Länder — von Norwegen bis zur Türkei und im Osten von den USA-Stützpunkten in Südkorea und Japan — eingekreist. In vielen Ländern in der Nähe der UdSSR lagern doch schon Tausende Atomraketen. Eher kann Ihr Land von einer Bedrohung durch den Westen sprechen.

Leo LAHERSTORFER
Wien, Österreich

Mir haben die jüngsten Ereignisse in Afghanistan Genugtuung gebracht. Bis vor kurzer Zeit wurde die Lage dort immer unerträglicher. Die Aprilrevolution von 1978 war in Gefahr. Die dünnen Kräfte, die sich mit der inneren Reaktion und mit einem Teil der Geistlichkeit vereinigt hatten, waren schon drauf und dran, die Oberhand zu gewinnen, — was für ein blutiges Gemetzel wäre das! Die Sowjetarmee hat dieses Land für Fortschritt und Unabhängigkeit gerettet. Afghanistan hat die Möglichkeit bekommen, sicheren Schrittes den Weg zu gehen, den schon viele fortschrittliche Entwicklungsländer eingeschlagen haben.

Mark COLLINS
Glasgow, Großbritannien

Wohl aus einem Minderwertigkeitskomplex heraus sucht die USA-Führung immer wieder, mit ihren „Muskeln“ bald vor dem einen, bald vor dem anderen Volke zu protzen. Ein Beispiel ist die Iranpolitik der USA. Ihre Führung gibt sich nicht die Mühe, über die Prozesse in der iranischen Gesellschaft nachzudenken. Man kann es in Washington offenbar nicht begreifen, daß die Unzufriedenheit der Iraner mit den Handlungen, die auf die Wiederherstellung der alten, ungerechten Zustände gerichtet sind, ein objektiver Faktor ist. Nicht das iranische Volk soll auf die Interessen der USA-Monopole Rücksicht nehmen, sondern umgekehrt, Washington muß sein Recht auf Unabhängigkeit und Souveränität anerkennen.

Lewon SARKISIAN
Kirowakan, Armenische SSR

Von Truman bis Carter

Prof. Nikolai JAKOWLEW
Doktor der Geschichtswissenschaften

„Die meisten Amerikaner wissen nicht mehr, was die Truman-Doktrin enthielt.“ So das 1972 in New York herausgegebene Lexikon „Die neue Sprache der Politik“.

Der Herausgeber W. Safire muß es ja wissen, ging er doch zu Nixons Zeiten im Weißen Haus aus und ein. Das Massenbewußtsein der Amerikaner verdrängte die Truman-Doktrin aus sehr triftigen Gründen: Sie gehörte zu den Ausgangspunkten des kalten Krieges, der die Menschheit im allgemeinen und die Amerikaner im besonderen teuer zu stehen kam.

Doch stellt sich heraus, daß diese verbliebene Doktrin für eine Minderheit in den USA ihren Nimbus nicht verloren hat. Mehr noch, Anfang 1980 wurde sie in Washington kollektiv aus der Versenkung hervorgeholt. Präsident Carter verlas die gemeinsam mit seinen Beratern geschriebene Botschaft „Über die Lage der Nation“. Darin gewann der Schatten Harry Trumans wieder Gestalt, denn der politische Kurs, den Carter vorschlägt, ist nichts anderes als eine Neuausgabe des von Truman vor 33 Jahren bekanntgegebenen Kurses.

Wie ein roter Faden zieht sich durch das neue Elaborat des USA-Präsidenten der Gedanke: Die USA könnten ihre Ziele in bezug auf die UdSSR sehr wohl erreichen, wenn sie dieses Land massiv unter Druck setzten. Gerade das schlug damals, 1947, George Kennan, der geistige Vater der Politik zur „Eindämmung“ des Kommunismus, vor. In der Truman-Doktrin wurde diese Politik rationalisiert. Kennan war nicht nur von lobenswerter Offenheit, sondern auch von einer bemerkenswerten „Genauigkeit“ in seinen Prognosen. Gesetzt den Fall, nahm er an, die westliche Welt werde Kräfte und Mittel aufbringen, um die sowjetische Macht 10—15 Jahre lang einzudämmen. „Was bedeutet das für Rußland selbst?“ fragte er. Das bedeutet, daß man „auf diese Weise die Tendenzen fördern kann, die in einer Explosion oder allmählichen Aufweichung der sowjetischen Macht gipfeln müssen“.

All das legte Kennan in einem bekannten Beitrag dar, der Mitte 1947 in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlicht wurde. Im Jahre 1978 lamentierte der Autor: „Seitdem heftet sich dieser Artikel an meine Fersen wie ein treues, aber unerwünschtes und manchmal störendes Tier.“ Wirklich fatal: Die Kalkülle, die der Truman-Doktrin zugrunde

lagen, haben sich als schlimme Fehlkalküle jener Leute erwiesen, die die Doktrin 1947 im Kongreß durchdrückten und mit ohrenbetäubenden Elogen begrüßten.

Als Truman alarmiert verkündete, ein globaler Kampf „zwischen den alternativen Lebensweisen“ sei entbrannt, und es müsse „die Politik der USA sein, die freien Völker zu unterstützen, die sich den Versuchen widersetzen, sie durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck unterzuordnen“, blies er damit den weltweiten antikommunistischen Feldzug an. Der amerikanische Historiker D. Yergin bemerkte 1977: „Die Truman-Doktrin verurteilte die USA zu einem globalen Kampf gegen die Sowjets. Von nun an sahen die amerikanischen Führer in jeder lokalen Krise russische Umrübe.“

Nach Annahme der Truman-Doktrin entstand aus Verschulden Washingtons eine scharfe Trennung zwischen den beiden Welten, und die USA nahmen sich vor, die UdSSR unter immer stärkeren Druck zu setzen. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden eingeschränkt, die wissenschaftlich-technischen Kontakte praktisch auf den Nullpunkt gebracht. In falschen Vorstellungen vom sowjetischen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potential befangen, glaubten die USA-Führer unerschütterlich: Unter einer solchen Presse würde die UdSSR unweigerlich „zusammenbrechen“. Anders könnte es gar nicht sein, sagte man sich in Washington, denn die Politik der „Eindämmung“ wurde durch eine rapide Aufstockung der militärischen Macht der USA untermauert mit der Zielsetzung, ein erdrückendes Übergewicht über die UdSSR zu erlangen.

Die Ergebnisse sind allgemein bekannt. Um der amerikanischen Drohung standhalten zu können, entwickelte die UdSSR 1949 die Atomwaffen, 1953 die H-Bombe, 1957 machten die sowjetischen interkontinentalen Raketen die einstige Unverwundbarkeit der USA gegen einen Vergeltungsschlag zunichte. Die UdSSR erzielte so große wirtschaftliche und sonstige Erfolge, daß man im Westen von einer sowjetischen „Herausforderung“, und zwar nicht nur auf militärischem Gebiet, zu sprechen anfing. Das A und O der Innenpolitik der Regierung Kennedy und der Regierung Johnson war das Bestreben, das zutage getretene Zurückbleiben der USA im Bereich der Wissenschaft, der Volksbil-

dung, der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse usw. wettzumachen. Die Gesellschaft, die die Welt mit der Truman-Doktrin beglückt hatte, wurde nun treffend eine „kranke Gesellschaft“ genannt.

Bert Cochran schrieb in seinem Buch „Harry Truman und die kriegerische Präsidentschaft“ (1973): „In seiner Abschiedsrede versuchte Truman, seine schicksalsschwere Entscheidung vor der Zukunft zu rechtfertigen. „Wird die Geschichte sagen, daß meine Amtsperiode den Anfang des kalten Krieges erlebte“, meinte er, „so wird sie auch sagen, daß wir in diesen acht Jahren den Kurs verfolgten, der ihn gewinnen helfen kann.“ Doch wird die Geschichte das nicht sagen. Die von Truman eingeleitete Politik, die die vier nachfolgenden Regierungen mit diversen Kampfzügen und unter wahnwitzigen Mottos eifrig betrieben (das erforderte einen unerhörten finanziellen, sozialen und menschlichen Aufwand), brachte Amerika keine Vorteile, geschweige denn einen Sieg. Man kann nicht einmal sagen, daß die kalten Krieger auf Kosten von Gesundheit und Komfort der Bürger eine effektive militärische Macht aufgebaut hätten... Nach all den Arbeitsanstrengungen, Leiden und gedankenlosen Zerstörungen wird ein anderer Präsident Abkommen schließen und reale Tatsachen anerkennen müssen, was nach Abschluß des großen Krieges hätte geschehen sollen.“

Cochrancs Meinung widerspiegelt das psychologische Klima in den USA zu Beginn der 70er Jahre, als sich die Entspannung durchsetzte. Es schien, als sei Washington bereit, die Richtung zu nehmen, die von der Vernunft diktiert wurde. Einige Schritte erfolgten auch. Glaubt man dem Biographen Carters J. Wooten (die „Chicago Tribune“ nannte sein Buch ein „Porträt, das ebenso rein und echt ist wie ein Diamant“), so wurde er „deshalb Präsident, weil das Land über die alte Leier enttäuscht war. Er versprach neue Weisen.“ Aber was aus dem Weißen Hause im Januar 1980 in die Welt hinausklang, ist quälend bekannt. Warum aber doch eine „Carter-Doktrin“?

Seit der Wahlkampagne 1976, als Carter der Zeitschrift „Playboy“ ein Interview gab, gilt sie im Weißen Hause wohl als geeignetes Organ für Herzengesüsse. Im Februar 1980 läufte der Berater des Präsidenten P. Caddell das Geheimnis über die Gründe, warum sein Chef eine Schwäche für politische Rhetorik hat. Man erfährt es aus berufenem Munde, denn voller Stolz schreibt Caddell: „Manche werfen mir vor, ich sei der „Rasputin“ im Weißen Haus. Und so schildert er also den Ab-

zugsmechanismus der messianischen Reden, z. B. der Sentenzen Carters vom 15. Juli 1979 über den „Verfall des Glaubens“ in Amerika, welcher unbedingt zu stärken sei, usw.

Wie sich erweist, widerholte dieser „Rasputin“ in der Umgebung des Präsidenten hartnäckig Napoleons Denkspruch: „Der Ruhm kommt nur im Augenblick höchster Gefahr.“ Am 15. Juli ließ sich Carter gerade über eine „Gefahr“ aus. Er hatte jedoch ein ganz konkretes Ziel im Auge, denn er schoß sich auf die Wahlkampagne 1980 ein. Und überhaupt, bemerkte Caddell philosophisch, sei es in den USA „der leichteste Weg für einen Politiker, Menschen zu töten“.

Die Frage von „Playboy“: „Wie das?“

Caddell: „Ach, ein kleiner Krieg bedeutet sehr viel für die Plazierung in den Wahllisten. Die Abwesenheit eines Krieges oder einer Kriegsgefahr dagegen bringt keine politischen Pluspunkte. Ein jeder Präsident kann das Land durch entschlossenes, kriegerisches Vorgehen um sich zusammenschließen. Eisenhower hatte sein Korea und sein Libanon, Kennedy hatte Kuba und Vietnam, Johnson, Nixon und Ford hatten Vietnam. Carter aber hat Frieden gehalten.“

Wenn eine solche Weisheit unter den nächsten Beratern des Präsidenten triumphiert (die u. a. seine Reden verfassen), dann könnte man den

Anfall von Kriegslust, den das Weiße Haus Anfang 1980 bekam, teilweise auf die bevorstehenden Wahlen zurückführen. Doch geht es um viel wichtigeren Dinge als um die Frage, ob Jimmy Carter im November 1980 wiedergewählt wird oder nicht. Die Carter-Doktrin führt die USA-Politik wieder darauf zurück, was Truman 1947 anstrehte. Übrigens erwähnte Carter seinen direkten Vorgänger in der Botschaft nicht, er zog es vor, seine Doktrin mit einem Zitat von George Washington abzustützen.

Der Präsident betonte: „Heute wie auch in den vorausgegangenen 35 Jahren ist das Verhältnis USA-UdSSR der wichtigste Faktor, von dem es abhängt, ob die Welt in Frieden leben oder in einem globalen Konflikt untergehen wird.“ Aus diesem realistischen Postulat zog der Präsident jedoch Schlüsse, die des politischen Realismus entbehren. Als lebte die Welt noch zu Trumans Zeiten, redete Carter von der Notwendigkeit, der UdSSR die amerikanische militärische Macht entgegenzustellen. Sehr ausführlich beschrieb er die neuen Rüstungsprogramme Washingtons — entsprechend seiner Vorstellung, die USA wären die stärkste Militärmacht der Welt.

Der in der Botschaft des Präsidenten bekanntgegebene Kurs widerspricht offensichtlich der Entspan-

nung und steigert die amerikanische Gefahr für den Weltfrieden. Im Vergleich zu den unzähligen kriegslüsternen Erklärungen aus Washington seit 1945 hat Carter absolut nichts Neues gesagt. Es steht längst fest: Im Zeitalter der Raketenkernwaffen ist die militärische Stärke keineswegs das beste politische Lenkrad. Über die Ohnmacht der Stärke wurden ganze Bibliotheken geschrieben, auch in den USA.

Aber Carters „Gedanken an das Udenkbare“, die in der weitläufigen Botschaft enthalten sind, haben eine deutliche politische Ausrichtung. Gemäß den schlimmsten Traditionen der bankroten Politik der „Eindämmung“ versucht der Präsident, die Welt mit der militärischen Stärke einzuschüchtern. Gegenüber der UdSSR möchte er auch noch so überstürzte Beschlüsse des Weißen Hauses — von der jähnen Einschränkung der Beziehungen zur UdSSR in allen Bereichen bis zu der Absicht, die Olympiade in Moskau zu boykottieren — gewichtig erscheinen lassen. Wiederum der noch von Truman her bekannte „Druck“, nur aus den 40er in die 80er Jahre transponiert.

Unter den anderen Maßnahmen fällt besonders die Reduzierung von Getreidelieferungen an die UdSSR auf. Was wäre hierzu zu sagen? Die, die Carter-Doktrin ausarbeiteten,

AFGHANISTAN

VERLEUMDER ENTLARVT

Drei französische Gewerkschafter aus dem Französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT) besuchten in den letzten Januartagen Afghanistan. CGT-Sekretär Pierre Gensous und CGT-Sekretär Jean-Claude Laroze sowie das Mitglied des Exekutivkomitees Joseph Jacquet (Rhône-Alpes) vertreten verschiedene politische Strömungen.

Auf ihrer Pressekonferenz in Paris am 28. Januar und in einem Interview für die „Humanité“ (Ausgabe vom 29. Januar) berichteten sie, was sie in Kabul sahen und hörten.

J.-C. Laroze sagte, er sei „mit sehr bestimmten Vorstellungen“ nach Afghanistan gefahren, die sich unter dem Einfluß der in Frankreich und anderen westlichen Ländern herrschenden Propaganda herausbildeten. „Ich erwartete, Straßenkämpfe, Zusammenstöße zwischen sowjetischen und afghanischen Panzern und ein Kabul, in dem Militär patrouillierte, zu erleben. Man hatte mich vor Spaziergängen gewarnt, denn ich könnte für einen Russen gehalten werden. Ich bin irregeführt worden, und ich protestiere gegen die Erdichtungen der bürgerlichen Presse.“ Pierre Gensous seinerseits berichtete: „In Kabul angekommen, ... sahen wir eine ruhige Stadt,

die ihren Beschäftigungen nachging. Gleich nach der Ankunft unternahmen wir einen Spaziergang durch die Straßen bis spät in die Nacht hinein. Kein einziges Mal hatten wir das Gefühl, wie auch immer bedroht zu sein. In Paris hatte man uns eingeredet, Kabul gehe in Feuer und Blut auf. In Wirklichkeit war es dort völlig ruhig. Nur vor den öffentlichen Gebäuden stehen afghanische Soldaten.“

Dazu bemerkte J.-C. Laroze: „Ich war vor kurzem in Istanbul und muß sagen, daß die Situation dort viel gespannter ist als in Kabul.“

Joseph Jacquet bekräftigt die Eindrücke seiner Kollegen: „Die Situation in Kabul hat mit Presseberichten nichts gemein. Wir haben belebte Straßen und keinerlei Feindseligkeit erlebt.“

Die Delegationsmitglieder nannten es ein Beispiel der Skrupellosigkeit der bürgerlichen Presse, daß die „France Soir“ vom 28. Januar, d. h. am Tage der Pressekonferenz, einen verlogenen Artikel brachte. Der Korrespondent dieser Zeitung, der in der gleichen Maschine nach Kabul geflogen war wie die CGT-Delegation, unternahm diese Reise aus unergründlichen Motiven als Geschichts-

und Geographielehrer. Er spuckte seinen Bericht aus Kabul mit Lügen über „Schüsse“ und sogar „Salven“, die er dort gehört haben will, sowie mit einem verantwortungslosen Gerede von „17 Millionen kolonisierten Afghanen“.

Wie J.-C. Laroze betonte, verfolgt „diese ganze Lügenkampagne das Ziel, die Werkstätigen von ihren Problemen abzulenken. Wir sind Zeugen einer unverkennbaren Manipulierung der öffentlichen Meinung.“

Die meisten Afghanen seien mit den Veränderungen in ihrem Lande einverstanden, bezeugte P. Gensous. Sie alle dürfen jetzt frei atmen. „Wie werden die sowjetischen Maßnahmen aufgenommen? Wir haben diese Frage vielen Werkstätigen gestellt. Sie sind dafür. Unter Kaufleuten und Krämer sind die Meinungen geteilt.“

Wie es in der Erklärung, die auf der Pressekonferenz verlesen wurde, heißt, „hat unsere Delegation auf der Reise die Überzeugung gewonnen, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR im afghanischen Volk fest verwurzelt ist. Alle Gewerkschaftsaktivisten, mit denen wir zusammentrafen, würdigen die Hilfe aus der UdSSR und haben hervor, daß diese Hilfe die Gefahr einer äußeren Einmischung abwenden und Menschenopfer vermeiden ließ.“

EINDEUTIGE KRITERIEN

verstehen nicht: Das Getreide wurde in den USA zu Futterzwecken gekauft, und zwar vom Standpunkt der planmäßigen sozialistischen Wirtschaft und mit Rücksicht auf die internationale Arbeitsteilung. Das war eine Frage der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit. Jetzt belegen die USA den Getreideexport und die Lieferungen von Ausrüstungen mit einem Embargo. Gut, dann wird man eben die Vorrangigkeitsstufen in den Volkswirtschaftsplänen überprüfen. Doch die Hoffnung der heutigen USA-Administration, mit diesen Maßnahmen ihre Ziele zu erreichen, ist lachhaft. Die „U.S. News & World Report“ vom 14. Januar bemerkte lakonisch: Sie würden für die USA maximale, für die UdSSR aber minimale Folgen haben.

Die Carter-Doktrin zeugt von einer erstaunlichen politischen Kurzsichtigkeit und einem kurzen Gedächtnis der derzeitigen Administration. Ihre Urheber hätten wenigstens in Geschichtsbüchern über das Los der Truman-Doktrin nachlesen sollen. Zwischen den beiden Doktrinen besteht natürlich auch ein Unterschied: Das unvermeidliche Fiasco der jüngsten Aktion Washingtons wird im direkten Verhältnis zu den unermesslichen Prätentionen des heutigen Präsidenten stehen.

Die Geschichte lehrt. Manchmal sind es sehr grausame Lehren. ■

Wie es in einer gemeinsamen Erklärung des Zentralvorstands der afghanischen Gewerkschaften und der CGT-Delegation zu den Ergebnissen ihrer Verhandlungen in Kabul heißt, werden die französischen Gewerkschafter in Frankreich eine Kampagne durchführen, um die Bevölkerung ihres Landes mit der wahren Lage in Afghanistan bekannt zu machen.

Der französische Sender „Antenne 2“ verweigerte den CGT-Vertretern, als sie aus Afghanistan zurückgekehrt waren, die Möglichkeit, im Rundfunk zu sprechen. In einem Schreiben an den Direktor des Senders, das in der „Humanité“ vom 29. Januar veröffentlicht wurde, protestierte CGT-Generalsekretär Georges Séguy dagegen. Er schrieb: „Vielleicht haben Sie Angst, daß Zeugnisse von Personen, die gesamtinternational bedeutende Funktionen ausüben, in viel zu krassem Kontrast zu Ihrer gelinde gesagten tendenziösen Art stehen würden, die Lage in Afghanistan zu beleuchten? Durch Veröffentlichung dieses Schreibens wollen wir der Wahrheit dienen und der Öffentlichkeit noch einmal vor Augen führen, wie sehr die Massenmedien den politischen Imperativen der herrschenden Kräfte untergeordnet sind.“

A. ULANSKI

Die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten wird immer gefährlicher. Der USA-Imperialismus will dort erneut die internationalen Spannungen steigern und der nationalen Befreiungsbewegung einen Schlag versetzen. Besonders wichtig ist es deshalb, die Standpunkte und Handlungen aller Kräfte des Friedens und Fortschritts zu koordinieren. Diesem Zweck dienen auch die sowjetisch-syrischen Kontakte auf Regierungs- und Partieebene. Sie sind schon seit langem eine gute Tradition, heute aber ist ihre Notwendigkeit besonders offensichtlich. Ein weiterer Beweis dafür war der Ende Januar abgehaltene offizielle Freundschaftsbesuch des sowjetischen Außenministers Andrej Gro-

samen Kommuniqué, ziehen einen Rummel um die Entwicklung in Iran und Afghanistan auf, „um die arabischen Völker vom Kampf für die Behebung der Folgen der israelischen Aggression abzulenken, die arabischen und islamischen Länder zu spalten, zwischen sie und ihre Freunde — die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft — einen Keil zu treiben sowie die Einheit und die Prinzipien der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit zu untergraben“.

Dem gleichen Ziel dient die verlogene Sorge um den Islam, die Washington zur Schau trägt, während es zugleich die Zionisten unterstützt, die die moslemischen Heiligtümer in Jerusalem an sich reißen, und der

iranischen Revolution unverkennbar feindselig gegenübersteht. Tatsachen bezeugen, daß der Imperialismus ein Feind der islamischen Länder war und bleibt. Wenn einige Teilnehmer an der jüngsten Tagung der Organisation „Islamische Konferenz“ in Islamabad diese unumstößliche Wahrheit nicht in Betracht zogen, so besitzen die Länder und Völker, die im Kampf gegen die imperialistische



Andrej Gromyko und Hafiz Assad bei ihren Verhandlungen

Foto: TASS

myko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, in der Syrischen Arabischen Republik und seine Gespräche mit Präsident Assad und Außenminister Khaddam.

Bei den Unterredungen wurde erneut kategorisch die Abmachung von Camp David abgelehnt und der Umstand entschlossen verurteilt, daß die ägyptische Führung Israel weitere Zugeständnisse macht und mit ihm über eine „Autonomie für die Palästinenser“ verhandelt, wobei Israel mittlerweile die von ihm okkupierten Gebiete weiterhin kolonisiert.

Die UdSSR und Syrien betonten, wie wichtig es ist, die Geschlossenheit der arabischen Länder und Völker im Kampf gegen die kapitalistisch-hafte Politik zu stärken, und schätzten die Beschlüsse der jüngsten arabischen Gipfelkonferenzen und andere Schritte gegen die Abmachung von Camp David hoch ein. Der aggressive USA-Kurs darauf, die militärstrategischen USA-Positionen in dieser Region zu festigen, wurde einmütig verurteilt.

Die imperialistischen Kreise und ihre Handlanger, heißt es im gemein-

Einmischung, für eine unabhängige Entwicklung reiche Erfahrungen gesammelt haben, genaue Kriterien dafür, wer ihnen Freund und wer Feind ist. Die fortschrittlichen arabischen Staaten, darunter Syrien, haben ihre feste Meinung darüber.

Tel Aviv, Kairo und Washington zeigen sich gereizt über Andrej Gromykos Besuch, zeugen dessen Ergebnisse doch vom wachsenden Zusammenschluß der Kräfte, die den neuen imperialistischen Umtreibern im Nahen Osten entgegentreten. Aus denselben Gründen fand dieser Besuch ein lebhaftes positives Echo bei den demokratischen Kräften der arabischen Welt. So schreibt die Zeitung „Al-Sharq“ (Beirut): „Die sowjetisch-syrische Freundschaft sieht gemeinsame Verantwortung vor, da die UdSSR unter diesen komplizierten Bedingungen den Kampf gegen den Imperialismus leitet, während Syrien eine Hochburg des Kampfes gegen die Abmachung von Camp David ist.“ Ja, unsere beiden Länder haben gemeinsame Interessen und ein gemeinsames Anliegen: Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten.

A. STEPANOW

Auf Solidaritätsfahrt

Von unserem Sonderkorrespondenten
Juri TAWROWSKI

Alles, was an jenem Tag an Pier 8 des Hafens von Odessa geschah, machte zunächst einen ganz gewöhnlichen Eindruck. Der Frachter „Wassili Klotschkow“ wurde beladen. Immer neue Waggons rollten heran. An der Gangway wurden Autos entladen, die alles Notwendige für die lange Seefahrt heranschafften — Lebensmittel, neue Bücher für die Schiffsbibliothek und Kästen mit Filmrollen. Eine Fahrt wie viele andere? Ja und nein.

Pier 8 heißt hier der „vietnamesische Pier“. Viele Jahre schon laufen von dort Schiffe der Schwarzmeer-Reederei mit Frachten aus, um einem Land zu helfen, das Tausende Kilometer von der UdSSR entfernt liegt. Fast 20 Jahre stehen die Hafenarbeiter im Wettbewerb um den Wanderpreis „Heroisches Vietnam“. Und 17 mal wurde dieser Preis von der Brigade Wladimir Simoglad errungen. An jenem Tag wurden die Frachten mit der Aufschrift „Sozialistische Republik Vietnam. Hafen Haiphong. Ein Geschenk des Sowjetvolkes an das vietnamesische Volk“ gerade von dieser Brigade umgeschlagen. Die Hafenarbeiter hatten versprochen, das Schiff zwei Tage eher zu beladen, und es war klar, daß sie Wort halten würden.

Auf Deck gab ein mittelgroßer braungebrannter Seemann an die 35 die Anordnungen. Knappe Kommandos, energische Handbewegungen. Die Routine war ihm anzusehen. Der Bootsmann Oleg Grobowoi ist ein richtiger Seebär. Obwohl er nur unwillig auf meine Fragen antwortete — „Interessieren Sie sich doch auch für andere!“ — gelang es mir, nicht wenig Interessantes über ihn zu erfahren. Der Bootsmann fährt jetzt bereits zehn Jahre nach Vietnam. Er erlebte Taifune und Stürme — auch politische Stürme. Im Mai 1972 ankerte die „Balaschicha“, auf der damals Grobowoi fuhr, in Haiphong. Unerwartet tauchten US-Flugzeuge auf und begannen die Schiffahrtswege des einzigen großen Hafens Nordvietnams zu verminen und Bomben zu werfen. Fast ein Jahr lebten die Seeleute der „Balaschicha“ und anderer Schiffe, die in Haiphong festlagen, wie im Krieg.

Sie halfen den Vietnamesen, zerstörte Hafenanlagen wiederherzustellen und die Ordnung im Hafen aufrechtzuerhalten. Der Frachter lief noch vor Abschluß der Minenräumaktion aus, um so schnell wie möglich mit neuer Solidaritätsfracht aus der UdSSR zurückzukehren. Eine vietnamesische Medaille wird den Seemann stets an jene schweren Tage erinnern. „Ich möchte erneut bekannte Stätten wiedersehen und alte Freunde treffen“, sagte mir Oleg Grobowoi.

Dem Brudervolk helfen, die Folgen der chinesischen Aggression zu überwinden — das wollen alle sowjetischen Menschen. Natürlich erhält Vietnam sowjetische Hilfe auf staatlicher Ebene. Doch viele wollen dem Brudervolk selbst zu Hilfe kommen. So ergriff man die Initiative,

Gelder, die man beim kommunistischen Subbotnik am 21. April 1979 erarbeitet hatte, an einen Hilfsfonds für Vietnam zu überweisen.

Unsere ausländischen Leser wissen vielleicht nicht, daß der erste kommunistische Subbotnik bereits 1919 auf Initiative Moskauer Eisenbahner durchgeführt wurde. Seitdem sind Subbotniki zur Tradition geworden. Wo und aus welchem Anlaß ein Subbotnik auch stattfinden mag, wie viele Menschen an ihm teilnehmen — immer geht es darum, die neue kommunistische Einstellung zur Arbeit zu demonstrieren, zur Arbeit nicht um des Lohnes willen, sondern uneigennützig — für das Gemeinwohl.

Doch es gibt einen Subbotnik, an dem die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung der UdSSR teilnimmt. Er ist dem Gedenken an Lenin, den Begründer des Sowjetstaates, gewidmet. Er wird an einem Samstag im April durchgeführt — unmittelbar vor dem 22. April, Lenins Geburtstag. Die sowjetischen Menschen arbeiten an diesem Tag mit besonderem Elan. Die bei den Leninschen Subbotniki erarbeiteten Gelder waren für den Bau des größten kardiologischen Zentrums in der UdSSR,

KANADA

LIBERALE. KONSERVATIVE. LIBERALE?

Am 12. Dezember 1979 brachte die kanadische Zeitung „Globe and Mail“ ein Foto des konservativen Finanzministers John Crosbie: mit einem Hufeisen in der Hand. Doch das Glück erwies sich als früherisch. Am 13. Dezember, nach Einbringung des Haushaltsentwurfs im Parlament, stürzte die konservative Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Joe Clark, die ein halbes Jahr bestanden hatte. Mit 139 gegen 133 Stimmen sprach ihr das Unterhaus des Bundesparlaments das Mißtrauen aus.

Die Tories hatten sich ausgerechnet, die nach dem Rücktritt des Führers der Liberalen, Pierre Trudeau, im November geschwächte Opposition würde nicht gegen den Haushalt stimmen, damit es nicht zu vorzeitigen Wahlen kommt. Die Konservativen, die nicht über die Mehrheit verfügten, hielten sich mit den Stimmen der Neuen Demokratischen Partei (NDP) und der Sozialkredit-Partei (SCP). Doch gerade die NDP schlug das Mißtrauensvotum vor. Sie wurde dabei von den Liberalen unterstützt, und die SCP enthielt sich der Stimme. Neuwahlen wurden auf den 18. Februar angesetzt.

Der wenig erfolgreiche Haushaltsentwurf war die wohl einzige große Aktion der Regierung. Die Konservativen mußten den Offenbarungsfeind leisten und bekundeten ihre Absicht, neue Steuern einzuführen, die Preise für einige Lebensmittel, für Benzin und andere Treibstoffe anzuheben sowie die Beiträge der Werktaftigen zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen. Wie John Crosbie eingestand, würden Steuerzahler und Käufer aus dem Familienbudget 1980 ca. 3,4 Md. Dollar für die Regierung und die Konzerne abzweigen müssen. Aus den Tory-Wahlversprechungen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und der Inflation Einhalt zu gebieten, wurden eine für 1981 eingeplante Zunahme der Arbeitslosigkeit bis zu 8,3% und ein Ansteigen der Inflationsrate auf 11,4%.

Im Wahlkampf prophezeite Pierre Trudeau, der gleich nach dem Sturz des Tory-Kabinetts erneut Führer der Liberalen wurde: Dieser Haushalt wird zu einer Rezession führen, die vor allem die Kanadier mit mittlerem und geringem Einkommen treffen wird. Und das sind die Hauptthesen des Programms der Liberalen: eine effektivere Nutzung der Steuern, gerechte Energiepreise, die



Die „Wassili Klotschkow“ wird beladen
Foto des Autors

von Schulen und anderen Einrichtungen bestimmt. Auch die Gelder, die man am 21. April 1979 erarbeitet hatte, hätten natürlich auch so ihre Verwendung gefunden. Doch Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen erhielten Vorschläge von Teilnehmern des Subbotniks, den Vietnamesen zu helfen.

Erarbeitung einer Politik der industriellen Entwicklung, die die Arbeitsplätze sichern würde, die Schaffung eines größeren Wirtschaftspotentials in jeder Region und Hilfe für die Notleidenden.

Meinungsumfragen zufolge findet das Programm der Liberalen größere Unterstützung bei den 15 Millionen Wählern als die Wahlerklärungen der Torys.

Wirtschaftsfragen werden nach Meinung der Beobachter den Wahlausgang, besonders in der Provinz Ontario, entscheiden. Ontario hat mit 95 Mandaten die größte Zahl von Sitzen im Bundesparlament; die weitauft meisten Mandate haben die Konservativen. Gerade die Wahlergebnisse in Ontario verhalfen Joe Clark im Mai 1979 zum Sieg. Wenn sich die Torys behauptet hätten, dann wäre Ende Dezember der Militär-Industrie-Komplex der Provinz für seine politische Unterstützung „belohnt“ worden: Das Torykabinett hatte beabsichtigt, sich endgültig für den Ankauf von US-Flugzeugen im Werte von mehr als 2 Md. Dollar zu entscheiden, wovon auch der Militär-Industrie-Komplex dieser Provinz stark profitiert hätte.

Doch einstweilen sind die Sympathien in der „Bastion der Konservativen“, in Ontario, auf Seiten der Liberalen, die von 49% der Befragten gegenüber 31% zugunsten der Torys unterstützt werden.

Stoffe, Konfektionskleidung, Ge- schirr, Fahrräder, Schreibzeug, Medikamente und viele andere in Vietnam dringend benötigte Waren verluden Hafenarbeiter Odessas in die „Wassili Klotschkow“. Vor dem Auslaufen des Schiffes fand eine kurze Kundgebung statt. Der erste Sekretär des KPdSU-Gebietskomitees Odessa, Nikolai Kiritschenko, und der Kapitän der „Wassili Klotschkow“, Nikolai Sorotschkin, sowie Vertreter der Öffentlichkeit der Heldenstadt Odessa sprachen von der festen Freundschaft der Völker der UdSSR und Vietnams, von der Solidarität mit dem heroischen vietnamesischen Volk. „Alles, was wir mit den Freunden teilen, kommt von Herzen. Wir erweisen Vietnam wertvolle Hilfe. Stets sind wir bereit, mit dem Freund in der Not selbst das letzte Stück Brot zu teilen.“ Diese Worte zeigen, wie tiefe Wurzeln der Internationalismus im Charakter der sowjetischen Menschen geschlagen hat.

Nach der Kundgebung nahm das Schiff, das den Namen eines bekannten Kommissars, eines Verteidigers von Moskau, trägt, Kurs auf Vietnam.

Odessa—Moskau

Das Schwinden der Popularität erklärt sich unter anderem durch die Absicht des Clark-Kabinetts, die Öl- und Gaspreise anzuheben.

Der Ankauf der US-Flugzeuge ist Teil des Umrüstungsprogramms der Armee, das unter Druck der NATO angenommen wurde, eines Programms, das das „Ottawa Journal“ als größtes seit dem zweiten Weltkrieg bezeichnete. Außenministerin Flora MacDonald teilte mit: „Wir haben ebenso wie die anderen NATO-Länder versprochen, 1980 unsere Rüstungsausgaben real um 3% anzuheben. Und wir werden uns bemühen, diese Anstrengung bis 1985 fortzusetzen.“ Der militaristische Kurs findet die Billigung des Nachbarn im Süden — ebenso wie die Anheizung der antisowjetischen Hysterie nach Washingtoner Schablonen.

All das gehört gleichfalls zum Wahlprogramm von Joe Clark. Und so wird es von der „Sunday Post of Canada“ eingeschätzt: Der Premier hat den Antisowjetismus in sein Arsenal aufgenommen und folgt so dem Beispiel des US-Präsidenten. Er sucht seine Landsleute von den akuten Problemen im eigenen Land abzulenken und die Unterstützung der kanadischen Falken bei den bevorstehenden Wahlen zu gewinnen.

V. GRIBATSCHOW

WER WIRD DAS RENNEN MACHEN?

„Wir wollen die Schlüssel zu jenen Räumen bekommen, wo sich die Hebel der Macht befinden, nicht aber ihre Attrappen.“

„So formulierte seinerzeit Joshua Nkomo, einer der Führer der Patriotischen Front von Simbabwe, das Ziel des Kampfes gegen den Rassismus, den die Patrioten inzwischen viele Jahre führen.

Je näher die vom Londoner Abkommen vorgesehenen Parlamentswahlen vom Februar rücken, desto deutlicher wird die Absicht der zeitweiligen britischen Verwaltung in Gestalt von Gouverneur Soames, sich lieb Kind bei den Rassisten zu machen, die die Kollaborateure um jeden Preis an der Macht halten wollen. Daß diese Verwaltung dem Terror gegen die Patriotische Front und deren Anhänger nicht Einhalt gebieten will — Terror, den die Armee des ehemaligen illegalen Regimes der weißen Minderheit, die Banditentrupps „Black devils“ unter dem US-Söldner Major Winkler und die „Privatarmee“ der rassistischen Marionette Muzorewa entfesselt haben — zeigt denn das nicht die wahren Absichten der Verwaltung!

Der britische Gouverneur duldet auch die Präsenz von mehr als 6000 südafrikanischen Soldaten und Offizieren in Rhodesien. Weiß er doch sehr wohl, daß RSA-Ministerpräsident Pieter Botha offen droht: „Wir werden jegliche Versuche, die in Rhodesien bestehende Ordnung zu zerstören, mit der Wurzel ausreißen“ — eine Ordnung, die die rassistischen Privilegien unangetastet läßt. Wenn man hierzu noch den Beschuß des britischen Gouverneurs nimmt, den Ausnahmezustand im Lande zu verlängern, und seine Weigerung, Tausende politische Häftlinge freizulassen, dann wird ganz deutlich: In solcher Atmosphäre ist die freie Willensbekundung der Völker von Simbabwe mehr als zweifelhaft.

Die Beunruhigung des unabhängigen Afrika und seiner Freunde wurde besonders deutlich auf den Tagungen des UNO-Sicherheitsrats, der Ende Januar, Anfang Februar die Lage in Rhodesien erörterte. Die Delegierten vieler Länder verurteilten entschieden die Handlungen Londons. Der Sicherheitsrat nahm eine Resolution an, die Großbritannien aufruft, die Entkolonialisierung Rhodesiens auf der Grundlage freier und demokratischer Wahlen zu gewährleisten.

V. SIDENKO

IN GEFÄHRLICHER ROLLE

Igor ALGANOW

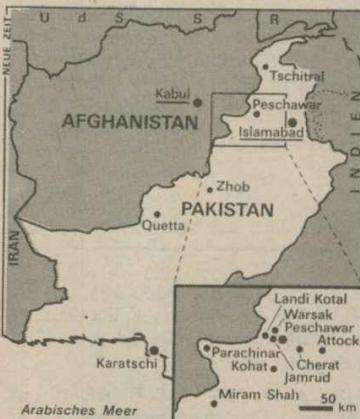
Zuerst war da der chinesische Außenminister Huang Hua, dann der britische Außenminister Lord Carrington, der australische Außenminister Andrew Peacock und schließlich Brzezinski, der Sicherheitsberater des USA-Präsidenten, mit dem stellvertretenden Außenminister Christopher und dem Assistenten des Verteidigungsministers McGiffert...

Im Januar und Anfang Februar besuchen sie die pakistaniische Hauptstadt Islamabad nacheinander, um mit dem Oberbefehlshaber und Präsidenten von Pakistan, Zia-ul-Haq, und anderen Offiziellen Dringliches zu besprechen. Die Gäste beschränken sich nicht auf die Hauptstadt, in der Regel reisen sie gleich nach Peschawar und den anderen Bezirken Nordwestpakistans weiter, wo seit langem zahlreiche Internierungslager für „afghanische Flüchtlinge“, in Wirklichkeit für die militärische Ausbildung und Ausrüstung konterrevolutionärer Söldner bestehen, die in die Demokratische Republik Afghanistan eingeschleust werden.

Diese aggressiven Handlungen vom pakistaniischen Territorium aus, die sich gegen den souveränen Nachbarstaat richten und in erster Linie von Washington und Peking gelenkt werden, haben die Spannungen in diesem Mittelstraum angeheizt. Die Notwendigkeit, das afghanische Volk gegen diese ernsthafte äußere Gefahr zu verteidigen, ließ denn auch die revolutionäre DRA-Regierung die Sowjetunion um militärische und sonstige Hilfe bitten. Gegenwärtig kolportieren die amerikanischen, britischen und chinesischen Medien die Lesart, Pakistan schwebt in Gefahr; diese Lesart wird von einigen islamischen Regimes aufgegriffen, obwohl sie durch und durch verlogen ist. Den Propagandamachern geht es darum, die Anstrengungen der imperialistischen und reaktionären Kreise bei der Erweiterung und Aktivierung der antiafghanischen Operationen, vor allem vom pakistaniischen Gebiet aus, zu verschleiern.

Nach Angaben, die in die Weltpresse sickern, bestehen in Pakistan 20–30 Lager und ca. 50 Stützpunkte,

in denen Verbände verschiedener Stärke formiert werden; später sollen sie gegen Afghanistan vorgeschnickt werden. Ebenda werden Agenten sowie Terroristen- und Diversantentrupps ausgebildet und mit amerikanischen und chinesischen Waffen ausgerüstet. Ihre Instrukteure sind gewiefte Mitarbeiter der amerikanischen und chinesischen Geheimdienste und Offiziere der pakistaniischen Armee. Die größten dieser Lager und Stützpunkte liegen in Peschawar, Chitral, Parachinar, Attock, Miram Shah, Zhob, Cherat, Ko-



hat, Warsak, Quetta, Landi Kotal, Jamrud usw.

Die amtlichen Kreise Pakistans, in erster Linie der Präsident, versichern zwar, sie hätten mit der antiafghanischen Wühlerei nichts zu tun, aber das ist nicht ernst zu nehmen. Jede Regierung ist für alles verantwortlich, was auf dem Territorium ihres Landes geschieht. Hinzu kommt, daß in die Lager der antiafghanischen Rebellen Offiziere der pakistaniischen Armee entsandt sind, deren Oberbefehlshaber Präsident Zia-ul-Haq ist. Hinzu kommt, daß den Konterrevolutionären, die den Islam vorschützen, zwei starke Sender (bei Peschawar und bei Quetta) zur Verfügung gestellt und daß sie beim Druck antiafghanischer Schriften unterstützt werden. Die pakistaniische Presse überläßt ihnen gern ihre Spalten. Die Feinde des demokratischen Afghanistan, die vom pakistaniischen

Territorium aus agieren, erhalten freigiebige materielle und finanzielle Hilfe sowie Waffen aus den Beständen der pakistaniischen Armee. Die Munition aus anderen Ländern wird mit pakistaniischen Schiffen befördert. Zum Transport chinesischer Waffen zu Lande wird intensiv die Karakorum-Chaussee benutzt, deren Bau 1978 abgeschlossen wurde.

Warum hat sich die pakistaniische Führung zu dieser häßlichen und gefährlichen Rolle hergegeben? Wie erinnerlich, wurde das Militärregime in diesem Lande im Juli 1977 nach einem Staatsstreich errichtet. Sein Chef versprach Parlamentswahlen, nach denen erneut eine Zivilregierung an die Macht kommen sollte, aber die Wahlen wurden immer wieder aufgeschoben, und jetzt steht diese Frage überhaupt nicht mehr auf der Tagesordnung. Jede politische Betätigung ist verboten, über die Presse wurde die Zensur verhängt (allerdings stört das die großangelegte Herausgabe antiafghanischer und neuerdings antisowjetischer Schriften nicht). Das Militärregime stellte das ganze Leben im Lande auf ein rigoros moslemisches Gleis um. Das geht soweit, daß für gewisse Vergehen, darunter politischer Art, mit der Knute geprügelt wird.

Die Zeitschrift „Asiaweek“ (Hongkong) schreibt in einem Januarheft: „Die Wirtschaft Pakistans liegt darunter.“ Die Wirtschaftslage des Landes habe sich unter Zia-ul-Haq stark verschlechtert, u. a. wegen der wachsenden Abhängigkeit Pakistans vom Import, was ein enormes Defizit der Handelsbilanz bewirkt (schätzungsweise 2,6 Md. Dollar im laufenden Finanzjahr). Trotzdem stiegen, wie „Asiaweek“ fortführt, die Ausgaben für die Verteidigung sowie für den militärischen und zivilen bürokratischen Apparat in letzter Zeit um 20% im Jahr. Wie angenommen wird, wurden 1979 für die Streitkräfte 1,1 Md. Dollar und für den bürokratischen Apparat 225 Mio Dollar ausgegeben.

Die USA und China nutzen die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten des Regimes aus, um Pakistan im Rahmen ihrer aggressiven, hegemonistischen Pläne zum größten Aufmarschgebiet im Mittleren Osten, in unmittelbarer Nähe der Südgrenze der UdSSR und des fortgeschrittenen Afghanistan, zu machen. Deshalb geben sich die hochgestellten Besucher in Pakistan die

Klinke in die Hand, deshalb wird Pakistan sofortige militärische und wirtschaftliche Hilfe versprochen (Washington hat bekanntgegeben, in den nächsten zwei Jahren 0,4 Md. Dollar für diese Ziele bereitzustellen, wobei Z. Brzezinski laut „Washington Post“ in Islamabad erklärte, dies sei erst der Anfang). Deshalb erwägt das Weiße Haus eifrig den Plan, seine Truppen in Pakistan einzmarschieren zu lassen. Zuerst soll es, wie gemeldet wird, eine „einmalige Entscheidung von US-Truppen, „provisorische“ Benutzung der dortigen Flotten- und Luftwaffenbasen durch die USA sein; später werde das zu ständiger militärischer Präsenz ausgebaut.

Zu den USA-Waffen, die der pakistanischen Armee geliefert werden sollen, gehören laut „Washington Post“ vom 26. Januar Düsenflugzeuge, Panzer, Schützenpanzerwagen, Schiffe, U-Boote, Panzerabwehr sowie Luft-Boden- und Luft-Luft-Raketen. Das Blatt schreibt, eine derartige massive USA-Hilfe wird es dem Regime Zia-ul-Haqs ermöglichen, die eigenen Mittel zum beschleunigten Kernwaffenbau zu verwenden.

Deshalb schrieb die indische Zeitung „Statesman“ am 30. Januar: „Offensichtlich wird der Frieden in unserer Region am stärksten durch die Neuaufstiegung Pakistans bedroht, besonders weil in diesem Land der Totalitarismus herrscht, die Wahlen aufgehoben und die islamischen Zustände aus der Feudalzeit wiederhergestellt worden sind. All das kann Indien als eine Provokation gegen sich selbst betrachten.“

Es ist kein Zufall, daß die außerordentliche Außenministerkonferenz der islamischen Länder von Ende Januar nach Islamabad einberufen wurde. Offenbar von den USA, von China und anderen reaktionären Kräften inspiriert, unternahm sie einen weiteren unverhohlenen Versuch, sich in die Angelegenheiten des friedliebenden Afghanistan einzumischen. Die Konferenz zeigte auch deutlich, daß Washington und Peking, die neuerdings ihr Herz für den Islam entdeckt haben, viele islamische Länder in ihr Komplott einzubeziehen wollen. Es muß gesagt werden, daß höchste offizielle Vertreter Islamabads dieses Spiel mitmachen. So wiederholten sie auf der Konferenz sattsam bekannte Thesen der imperialistischen und maoistischen Propaganda.

Pakistan wird auf einen gefährlichen Weg abgedrängt, der mit seinen

wirklichen nationalen Interessen nichts gemein hat. Dem militaristischen Taumel, der von Washington und Peking noch aufgepeitscht wird, müssen politischer Realismus, Staatsklugheit und das Gefühl der nationalen Würde entgegengestellt werden.

In diesem Zusammenhang sei an die Worte Leonid Breshnews in seinen jüngsten Antworten auf die Fragen eines „Prawda“-Korrespondenten erinnert: Absolut verlogen sind auch Behauptungen, daß die Sowjetunion gegenüber Pakistan, Iran oder anderen Ländern dieses Raums irgendwelche expansionistischen Pläne hege.

Breshnew betonte: „Uns ist die Politik und die Psychologie der Kolonialherren fremd. Wir blicken nicht gierig auf andere Länder und sind nicht versessen auf fremden Reichtum.“

Über die Position Kabuls wäre folgendes zu sagen. Die neue DRA-Regierung erklärte wiederholt, daß sie aufrichtig wünscht, mit allen Nachbarländern, darunter mit Pakistan und Iran, in Frieden zu leben. Auf der Pressekonferenz vom 23. Januar sagte Babrak Karmal, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Vorsitzender des Revolutionsrates der Republik, die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zum

Volk von Pakistan und Iran entspräche völlig dem Willen des afghanischen Volkes und sei die Generallinie der Partei und der Regierung. Und weiter: „Die Partei und die Regierung der DRA lassen, was Pakistan angeht, obwohl sein Territorium in letzter Zeit ein Zufluchtsort für die Feinde Afghanistans geworden ist, nichts unversucht, um die bestehenden Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen und zwischen Afghanistan und Pakistan freundliche Beziehungen herzustellen.“ Ist es nicht klar, daß ein Entgegenkommen beiden Ländern und dem Frieden in der Region Nutzen bringen würde?

Es wäre schön, wenn Islamabad in der komplizierten internationalen Situation von heute real denkt. Pakistan hat viele Probleme, und die Einstellung der Konfrontation mit den Nachbarstaaten, der Verzicht auf die Teilnahme an Abenteuern — die die Weltreaktion, in diesem Falle ihre Exponenten Brzezinski, Huang Hua und Co., im Schilde führen — und die Schaffung einer Atmosphäre von Vertrauen, gegenseitiger Verständigung und guter Nachbarschaft würden am besten zur Lösung dieser Probleme beitragen. Ein solcher Weg läge im Interesse des Volkes von Pakistan und würde ihm ein Wohlergehen und eine friedliche Zukunft sichern. ■

BIOGRAPHISCHES



Geboren 1933 in der Provinz Hamadan (Westiran) als Sohn eines Kirchenwürdenträgers; studierte Theologie und Jura an der Universität Teheran und war mehrere Jahre als Soziologe und Wirtschaftsexperte tätig. Anfang der 50er Jahre nahm er auf Seiten Mossadeghs, der sich für die Nationalisierung des iranischen Erdöls einsetzte, an der nationalen Befreiungsbewegung teil.

1963 Teilnahme an antimonarchistischen und antikolonialistischen Aktionen und infolgedessen Verhaftung.

PRÄSIDENT DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN IST ABOLHASSAN BANISADR

Geboren 1933 in der Provinz Hamadan (Westiran) als Sohn eines Kirchenwürdenträgers; studierte Theologie und Jura an der Universität Teheran und war mehrere Jahre als Soziologe und Wirtschaftsexperte tätig. Anfang der 50er Jahre nahm er auf Seiten Mossadeghs, der sich für die Nationalisierung des iranischen Erdöls einsetzte, an der nationalen Befreiungsbewegung teil.

Als Anhänger der religiösen und politischen Ansichten von Ayatollah Khomeini, der in der Emigration in Nejef (Irak) lebte, kam Banisadr wiederholt mit ihm zusammen und wurde, als Khomeini nach Frankreich übersiedelte, sein Wirtschaftsberater.

Am 1. Februar 1979 kehrte Banisadr gemeinsam mit Khomeini nach Iran zurück und wurde in den Islamischen Revolutionsrat aufgenommen. Nachdem in Iran am 1. April 1979 die

islamische Republik ausgerufen worden war, wirkte er an der Formulierung einiger Gesetzesentwürfe zur Lösung der Wirtschaftsprobleme des Landes mit und wurde zum Expertenausschuß für die Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung des Landes gewählt.

Am 6. November 1979 wurde Banisadr Wirtschafts- und Finanzminister. Zugleich leitete er mehrere Wochen das Außenministerium.

Bei den Wahlen des ersten Präsidenten der Islamischen Republik Iran kandidierte er als Unabhängiger und wurde am 25. Januar 1980 mit bedeutender Stimmenmehrheit gewählt.

Jahrelang betrieb er theoretische Forschungen, u. a. über die Wirtschaft der islamischen Gesellschaft, und war auch als Journalist (Herausgeber der Zeitung „Islamische Revolution“) tätig.



CRUISE MISSILES UND VERGEBLICHE HOFFNUNGEN

Wjatscheslaw BOIKOW

Von den 572 Raketen, die die NATO in Westeuropa stationieren will, sind 464 Cruise Missiles. Nicht von ungefähr wird dieser Waffentyp bevorzugt. „Experten meinen, daß die neue atomare Cruise Missile die wichtigste Waffe ist, die im Westen nach den erstmals 1968 erprobten Raketen systemen mit Mehrfachsprenkpfen produziert wurde“, schrieb der „Christian Science Monitor“.

Auferstehung eines Dinosauriers

Die Cruise Missiles gehen auf die V-1, die „Wunderwaffe“ des dritten Reiches zurück, die Hitlerdeutschland während des zweiten Weltkrieges eingesetzt hatte. Von ihnen wurde die Hauptstadt Großbritanniens in Mitleidenschaft gezogen, eines Landes, das jetzt, wie die Ironie des Schicksals es will, mehr Cruise Missiles bei sich aufnehmen will als andere NATO-Partner.

Die zweite Generation der Cruise Missiles entstand in den Nachkriegsjahren. Die Amerikaner hatten einige Modifikationen dieser Waffe entwickelt. Eine von ihnen, die strategische Rakete „Snark“ wurde 1958 eingeführt. Dieses Mordsding von 25 t konnte einen 2500 kg schweren Sprengkopf über eine Entfernung bis zu 10 000 km ins Ziel befördern. „Matador“, seine kleinere Variante taktischer Bestimmung, wurde in Europa stationiert.

Anfang der 60er Jahre begannen die Cruise Missiles aus der „Mode“ zu kommen. Schwerfällig und folglich leicht verwundbar, zeichneten sie sich nicht durch Treffsicherheit aus und erreichten die Schallmauer nicht. Die ballistischen Interkontinentalraketen (ICBM) waren in jeder Hinsicht „besser“ als die damaligen Cruise Missiles und wurden folglich zur Grundlage des strategischen US-Arsenals. Viele Experten erklärten damals: Das Zeitalter der Cruise Missiles sei vorbei, sie seien ausgestorben wie einst die Dinosaurier. Doch Anfang der 70er Jahre begann ihre Auferstehung.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und vor allem die Errungenchaften der Elektronik haben nicht nur den Konstrukteuren ermöglicht, bei der dritten Generation der Cruise Missiles die gewissen „Unzulänglichkeiten“ ihrer Vorgänger zu überwinden, sondern haben die Marschflugkörper auch zu einer „Superwaffe“ werden lassen. Doch es gab auch einen anderen Grund. 1972 hatten die UdSSR und die USA das SALT-I-Abkommen geschlossen. Es legte der zahlenmäßigen Zunahme der ICBM und der atomwaffenbestückten U-Boote, doch nicht den Cruise Missiles Beschränkungen auf. Das Pentagon sah darin ein Schlupfloch, das die Chance gab, SALT I zu umgehen und einseitige Vorteile zu erreichen.

Im gleichen Jahre 1972 wandte sich das Pentagon an den Kongress mit der „bescheidenen“ Bitte, 2 Mio Dollar für die Entwicklung einer neuen Cruise Missile bereitzustellen. Die Verfechter dieser Idee störte es nicht, daß die Unterschrift des US-Präsidenten unter SALT I mit der Verpflichtung, die strategischen Arsenale abzubauen, noch nicht getrocknet war. Überdies suchte man die neue Waffe mit der „Notwendigkeit“ zu „rechtfertigen“, „die nationale Sicherheit angesichts der Beschränkungen durch das SALT-I-Abkommen zu verteidigen“.

Die offene Unterminierung der gerade erst erzielten Vereinbarung schockierte sogar die abgebrühtesten Kongressabgeordneten. Der Antrag wurde abgelehnt. Doch seine Initiatoren gaben nicht auf. Sie entfesselten eine großangelegte Propagandakampagne, und die Lobbyisten regten sich. All das blieb nicht ergebnislos. Als 1973 das Pentagon 20 Mio Dollar für die Entwicklung von Cruise Missiles beantragte, bewilligte der Kongress 4 Millionen. Doch es geht hier nicht um den Betrag als solches. Der US-Militär-Industrie-Komplex hat vor allem erreicht, daß die Arbeit an der neuen strategischen Waffe fortge-

führt wurde. Was stellt die Cruise Missile dar?

Aggressiv und „unsichtbar“

Die Cruise Missile ist eine Art unbemanntes Flugzeug mit Düsenantrieb. Die USA entwickeln zwei ihrer Haupttypen. Die Boeing Corp. arbeitet an der ALCM-Rakete, die von Bombern aus gestartet werden kann. Die General Dynamics erzeugt die „Tomahawk“ — eine see- und landgestützte Rakete, die die NATO in Europa stationieren will.

Die Form des „Tomahawk“ erinnert an einen Torpedo. Länge — ca. 6 m, Durchmesser 50 cm, Fluggeschwindigkeit — 800 bis 900 km/h, Reichweite — 2500 km. Atomsprengkopf — 200 kt, d. h. fast das 15fache der Hiroshima-Bombe. Die landgestützten „Tomahawks“ werden von einem gewöhnlichen Sattelschlepper gestartet, der vier Raketen transportieren kann.

Nach Meinung von US-Experten sei der Hauptvorteil der in Entwicklung befindlichen Cruise Missiles, daß sie billig, sozusagen „unsichtbar“ und treffsicher seien! Die Zielgenauigkeit wird durch das „Tercom“-System erreicht. Es funktioniert wie folgt: Jedes Terrain hat sein typisches Relief. Fotos von Nachrichtensatelliten ermöglichen es, beliebige Flugkarten für die Cruise Missiles zu entwerfen. Dann werden die Informationen über die gewählte Flugroute in den Bordcomputer eingespeist. Während des Fluges werden diese Angaben mit dem Relief des Geländes verglichen, und falls erforderlich wird der Kurs korrigiert. Die Konstrukteure des „Tercom“-Systems behaupten, so könne die Rakete mit einer Abweichung von nur einigen Dutzend Metern ins Ziel geführt werden. Das ist dem „Wall Street Journal“ zufolge nur ein Zehntel der Abweichung bei den amerikanischen ICBM.

Das „Tercom“-System wird es Experten zufolge ermöglichen, daß die Cruise Missile in geringer Höhe fliegt und sich dabei den Geländebedingungen anpaßt. Diese Fähigkeit sowie die kleinen Ausmaße machen die Cruise Missile zu einer heimtückischen, „unsichtbaren“ Waffe, in die die NATO-Strategen große Hoffnungen setzen. Wie Präsident Carter sagte, wollen die USA mit dieser Waffe vor allem die sowjetische Luftabwehr unterlaufen. Doch wie lassen sich derartige Erklärungen mit den zahlreichen Behauptungen vereinen, die Stationierung der „Tomahawks“ in Europa sei eine Gegenmaßnahme und ihr Ziel sei die Verteidigung, nicht aber der Angriff?

Noch ist nicht abzusehen, wie weit die Konstrukteure all diese Pläne werden verwirklichen können. Steckt

ja die Cruise Missile noch in der Entwicklung. Die „verblüffende Biligkeit“ der neuen Waffe aber scheint bereits heute sehr fragwürdig zu sein.

Im Juni 1977 beschloß James Carter, das Programm für den Bau des strategischen B-1-Bombers einzufrieren und den Cruise Missiles grünes Licht zu geben. Er erklärte, das sei wirtschaftlich sinnvoll. Der Kostenpunkt jedes B-1-Bombers wurde damals auf mehr als 100 Mio Dollar geschätzt. Und der Preis einer Cruise Missile werde, wie versichert wurde, eine Million nicht überschreiten. Doch bereits Anfang 1979 konstatierte der Militärmontator der „New York Times“, daß einige Experten die „vollen Kosten jeder Rakete auf 10 Mio Dollar“ einschätzen. Und auch das ist noch nicht endgültig. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die USA mehrere Tausend Cruise Missiles produzieren wollen. Die Air Force hat bereits 3418 Marschflugkörper angefordert. Dieses Programm wird also für die Steuerzahler nicht billiger als andere. Möglicherweise wird es sogar das teuerste Programm, wenn der... B-1-Bomber die luftgestützte Cruise Missiles tragen soll.

Ein Bumerang

Die Europäer interessiert natürlich vor allem, welchen Einfluß die „Tomahawks“ auf ihre Sicherheit haben werden.

Die Anhänger der Cruise Missiles suchen nachzuweisen, diese Waffe werde nicht nur die Sicherheit Europas festigen, sondern auch ein Trumpf bei den Verhandlungen über einen Abbau der Atomarsenale auf dem Kontinent sein. „Wenn wir nicht sehen würden, daß wir in Wahrheit an der Schwelle einer aussichtsreichen Runde von Rüstungsbegrenzung- und Rüstungskontrollverhandlungen stehen, würden wir unser Blickfeld verengen“, erklärte

BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Doch so „weitsichtigen“ Politikern würde es nicht schaden, bisweilen einen Blick zurückzuwerfen. Die Erfahrungen lehren, daß neue Waffen auch neue Probleme für die internationale Sicherheit heraufbeschwören. So hat die UdSSR bei den Verhandlungen über den Abschluß des SALT-I-Abkommens den USA vorgeschlagen, die Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) zu verbieten. Die USA wiesen den sowjetischen Vorschlag zurück, da sie damit rechneten, die neue „Superwaffe“ werde ihnen militärische Überlegenheit geben. Was daraus wurde, führte kürzlich die „Washington Post“ in Erinnerung: „Der Beschuß von 1970, Mehrfachsprengköpfe auf unseren Raketen einzuführen, sollte eigentlich ein Trumpf für Verhandlungen werden, doch es kam anders. Fünf Jahre später eigneten sich die Russen selbst diese Technologie an und brachten Mehrfachsprengköpfe bei ihren großen Raketen an. Infolgedessen ist unsere Sicherheit heute geringer als 1970. Wenn wir ein MIRV-Verbot vereinbart hätten, bevor der Beschuß über ihre Einführung gefaßt werden mußte, hätten wir unsere Sicherheit gefestigt und Milliarden Dollars gespart.“

Das Unterfangen mit den Cruise Missiles dürfte wohl kaum anders ausgehen. Die „Tomahawks“, die gewissen Leuten heute so attraktiv erscheinen, können morgen zu einem atomaren Bumerang werden.

Minuten zum Überlegen, Jahre zum Verhandeln

Am 9. November 1979 zeigten Apparaturen des Kommandos der Luftverteidigung des nordamerikanischen Kontinents (NORAD) den Start sowjetischer Raketen mit Zielrichtung USA an. Glücklicherweise konnte eine Katastrophe verhindert werden.

Wenig später wurde deutlich, was den falschen Alarm ausgelöst hatte: Schuld war ein Computer, in den Informationen eingespeichert waren, die den Start sowjetischer Raketen imitierten. Dieser Computer war an einen anderen Computer im Kommandoraum angeschlossen, der nun den imitierten Angriff als real aufnahm.

Der Fehler wurde nach 8 Minuten entdeckt. Doch soviel Zeit zum Überlegen lassen nur strategische Waffen, deren Flugzeit etwa eine halbe

Stunde beträgt. Bei den eurostrategischen Systemen sieht das anders aus. So erreichen die „Pershing“-2-Raketen in wenigen Minuten fremdes Territorium. Wo ist die Gewähr, daß ein Vorfall, wie er sich 1979 bei der NORAD abspielte, sich nicht in Europa wiederholt? Ist es ja auch früher in den USA wiederholt zu falschem Alarm gekommen.

All das zeigt, daß durch die Stationierung eurostrategischer Waffen das Risiko einer zufälligen nuklearen Konfrontation um ein Vielfaches zunimmt.

Die eurostrategischen NATO-Pläne werden zweifelsohne die Abrüstungsverhandlungen negativ beeinflussen. Paul Warnke, Ex-Direktor der US-Agentur für Abrüstung und Rüstungskontrolle und jetziger Berater des Weißen Hauses, erklärte: „Wenn die landgestützten Cruise Missiles erst einmal in Westeuropa stationiert werden, wird es fast unmöglich sein, irgendein Abkommen über Beschränkung“ (im militärischen Bereich) „zu schließen.“

Die Cruise Missiles brauchen keine leicht erkennbaren Startschächte. Die „Tomahawks“ können von Autos aus starten, können durch Torpedorohre von Schiffen und U-Booten abgeschossen werden, können leicht getarnt und versteckt transportiert werden.

Die Einführung der Cruise Missiles, erklärte John McLucas, Ex-Luftfahrtminister der USA, „führt aus der Welt der bekannten Waffensysteme, in der alle ihre großen Einheiten nachzählbar und überprüfbar sind, in eine Welt nichtverifizierbarer Rüstungen“. Ohne Kontrolle aber ist kaum damit zu rechnen, daß eine Vereinbarung erzielt wird. Deshalb kann die Stationierung von 484 amerikanischen „Tomahawks“ in Europa nicht, wie deren Verfechter behaupten, Abrüstungsverhandlungen „positiv beeinflussen“. Im Gegenteil wird die Verwirklichung dieses Plans es unmöglich werden lassen, die Atomwaffenpotentiale der NATO und des Warschauer Vertrages zu reduzieren. Und es können Jahre vergehen, bis sich eine solche Möglichkeit erneut bietet.

* * *

Wie läßt sich erklären, daß der Westen trotz aller ihrer Gefahren die Cruise Missiles einzuführen gedacht? Das ist ein weiterer Versuch, das strategische Kräfteverhältnis zu ändern! Hierfür wollen Washington und einige seiner Verbündeten die Cruise Missiles einführen – wie in früheren Jahren die Atombomben, die strategischen Bomber und die Mehrfachsprengköpfe... Die Hoffnungen, militärische Überlegenheit zu erreichen, sind auf Sand gebaut.

Anlage für den Start von „Tomahawks“.

Aus dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (BRD)



IN SCHWIERIGER ZEIT

Luca PAVOLINI

Italien nannte man auch schon früher ein Land der Widersprüche. Heute ist es das mehr denn je. Ein durchschnittlicher Lebensstandard wie noch nie ist erzielt worden. Zugleich bestehen aber schwere Disproportionen, die die inneren Spannungen nähren. Dank den Errungenschaften der Arbeiterbewegung aus den letzten Jahrzehnten hat das Land in der Entwicklung seiner Demokratie große Fortschritte gemacht. Seine demokratischen Institutionen sind jedoch gefährdet und müssen ständig verteidigt werden, was ohne eine Aufbietung der breitesten Massen nicht möglich ist.

Diese Mischung aus Errungenschaften und Mißständen, Erfolgen und Bedrohungen liegt der jetzigen politischen Unbeständigkeit zugrunde. Das Land macht eine Krise durch. Zu ihrer Überwindung ist es notwendig, daß alle Parteien des arbeitenden Volkes, alle Linken, also auch die Kommunisten, an der Regierung teilnehmen.

Die akuteste Krisenerscheinung ist die Inflation. Unter der Regierung der nationalen Solidarität, die sich auf die Parlamentsmajorität unter Beteiligung der IKP stützte, konnte die Inflation bei 10—12% im Jahr gehalten werden. 1979 kam sie wieder an etwa 20% heran. Dieses Jahr wird sie, den Prognosen folge, nicht unter 18% zurückgehen. Diese rapide Geldentwertung führt zu einem beschleunigten Steigen der Lebenshaltungskosten und dieses zum Sinken der Kaufkraft der Arbeitnehmer, obwohl ihre Löhne und Gehälter teilweise durch die „gleitende Lohnskala“ geschützt sind.

Auf den Außenmärkten hält der italienische Export im Großen und Ganzen seine Positionen. Dennoch krankt die Handelsbilanz an einem Passivsaldo, denn der Import von Erdöl und Agrarprodukten lastet schwer auf dem Ausgabenteil. Hingegen weist die Zahlungsbilanz einen großen Aktivsaldo auf, denn außer dem Erlös aus dem Export stehen auf der Habenseite die Einkünfte aus dem Fremdenverkehr, aus Schiffsfrachten und aus Überweisungen der Emigranten. Deshalb kann Italien nicht nur seine Auslandschulden bezahlen, sondern hat sogar ansehnliche Devisenbestände und kann sich gegen die Währungsstürme schlecht und recht behaupten. Aber auf lange? Die Lira folgt wie der Faden der Nadel dem Dollar, sein Sinken schwächt auch sie, besonders gegenüber der D-Mark und dem französischen Franc.

Die Wirtschaft leidet unter strukturellen Schwächen: unter der zurückgeblie-

Luca Pavolini ist Mitglied des ZK der IKP. Obigen Beitrag schrieb er speziell für die „Neue Zeit“.

benen Landwirtschaft und den veralteten Anlagen und Verfahren der E-Metallurgie, der Chemie und der Textilindustrie. Die Energiekrise verschlimmert sich. Infolge der Politik der christdemokratischen Regierungen wurde Jahrzehntelang nichts getan, um die Löcher in der Brennstoff- und Energiebilanz zu flicken. Die Brennstoffgewinnung wurde vernachlässigt, und nach alternativen Energiequellen wurde nicht geforscht.

Infolgedessen ist das Land dem Ölmarkt ausgeliefert, auf dem die Preise ununterbrochen steigen und das Angebot abnimmt. Dieses Jahr wird man den Energiebedarf nur zu 76% decken können, was für Industrie und Beschäftigung sehr folgenschwer sein wird.

In dieser Wirtschaftslage spalten sich die sozialen Gegensätze zu. In Italien gibt es Schichten, die nicht nur Privilegien genießen, sondern geradezu herausfordernd reich sind. Der Staat behauptet, sie nicht zum Steuerzahlen zwingen zu können. Sie genießen die Protektion und allerlei Vergünstigungen von der christdemokratischen Regierungspartei. Doch die sozialen Disproportionen bestehen nicht nur in diesen Kontrasten.

In manchen Gebieten (besonders im Norden) hat sich der Lebensstandard dem mitteleuropäischen so gut wie angeglichen. Andere — manche auch im Norden, aber größtenteils im Süden — kommen aus der Depression nicht heraus. Im Süden leben die meisten der jetzt 1,7 Millionen Arbeitslosen Italiens. Hinzu kommen noch mindestens ebenso viele Kurz-, Saison- und Gelegenheitsarbeiter. Das Los der Jugend ist traurig, namentlich das der Absolventen von Hoch- und Fachschulen. Sie haben kaum Gelegenheit, sich beruflich zu bewähren.

Was die Werktautigen der nördlichen Gebiete in den letzten Jahren an Verbesserungen im Vergleich zur Bevölkerung des Südens durchgesetzt haben, bedeutet keineswegs, daß die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit mit ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen zufrieden wäre. Durch die Einführung neuer Technik und eine neue Arbeitsorganisation sind die Arbeiter oft gezwungen, sich in den Fabriken buchstäblich aufzureiben. Wenn sie von der Schicht kommen, dann empfängt sie die Hektik der Großstadt und der Benzindunst, und sie wohnen in trostlosen Außenbezirken. Das alles löst mit Recht Unmut und Protest aus. Die Bewegung für einen kürzeren Arbeitstag, für Gesundheitsschutz innerhalb und außerhalb des Betriebs, für eine Beseitigung der monotonen und aufreibenden Arbeitsgänge und eine bessere Freizeitgestaltung dehnt sich aus. Zugleich aber sind unter

den Massen, besonders bei der Jugend, Erscheinungen verbreitet, über die wir uns Sorgen machen: Apathie, Frustration, Gleichgültigkeit und ein Widerstreben, für positive Ideale zu kämpfen. Nicht minder besorgniserregend ist es, daß mit diesen Stimmungen der Drogenmißbrauch überhandnimmt.

Durch das alles sehen sich die Linksparteien und die Gewerkschaften vor ernste Probleme gestellt. Diese röhren einerseits von dem stürmischen und chaotischen Wachstum und von den Wandlungen der Gesellschaft und andererseits von der tiefen und anhaltenden sozialen und wirtschaftlichen Krise her, in der Faktoren der Konjunktur und der Struktur, interne und internationale Ursachen unlösbar miteinander verquickt sind.

Die Krise ist auch deshalb so schwer, weil Italien Jahrzehntelang schlecht geführt wurde. Dank den Massenkämpfen für Reformen, zu denen die Kommunisten entscheidend beitrugen, ist der allgemeine Stand der sozialen Entwicklung Italiens allerdings merklich höher geworden. Der Arbeiter fühlt sich heute viel mehr gesichert. Seine sozialen und gewerkschaftlichen Rechte werden besser gewahrt. Der Unternehmer kann ihn nicht mehr nach eigenem Gutdünken entlassen oder bestrafen. Im Namen der Werktautigen spricht ein mächtiger Gewerkschaftsbund, dem alle führenden Verbände angehören und dessen Meinung niemand unberücksichtigt lassen kann. Eine Reform im Gesundheitswesen hat die ärztliche Betreuung auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt. Gesetze über die Gleichberechtigung von Mann und Frau, über das Recht auf Scheidung und über die kostenlose Schwangerschaftsunterbrechung sind verabschiedet worden. Breite Massen, die früher keinen Zutritt zu Bildung und Kultur hatten, haben ihn erhalten.

Die Sache hat aber auch eine Kehrseite. Alle diese Errungenschaften sind von einer allgemeinen Verschlechterung der Lebensverhältnisse sowie von einer Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt begleitet. Das Leben in den Großstädten wird in vieler Hinsicht unerträglich. Die Krankenhausmisere wird immer schlimmer, die vorhandenen Krankenhäuser sind schlecht eingerichtet. Die Universitäten haben nicht genug Plätze. Zwischen dem Bildungswesen und dem Arbeitsmarkt bestehen keine Verbindungen, durch die die Hochschulabsolventen Arbeit im Beruf bekommen könnten.

Es ist der italienischen Gewerkschaftsbewegung hoch anzuerkennen, daß sie sich auf zwei Aufgaben konzentriert: auf die Bekämpfung der Inflation und auf den Kampf um mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, namentlich im Süden. Solche Aufgaben setzen voraus, daß man den rein wirtschaftlichen, materiell-geldlichen Ansprüchen Schranken setzt und daß die Arbeiterklasse zugleich vorgeschoßene Stellungen bezieht, d. h. um Einfluß auf die Investitionsprogramme, angefangen von den Betrieben der größten Konzerne, kämpft, ferner um eine Wiedergeburt der Landwirtschaft, um eine humanere Arbeitsorganisation und ein perfekteres Rentenwesen. Auschlaggebend bleiben die Ziele des Kampfes um das Recht auf Arbeit und um soziale Gerechtigkeit. Für diese

wichtigsten Ziele sind die Gewerkschaften nötigenfalls zu Opfern bereit.

Zu einem solchen Kurs ist ein sehr hohes Klassenbewußtsein sowie die Fähigkeit notwendig, selbst die kompliziertesten Umstände klar zu sehen. Er stößt jedoch auf große Schwierigkeiten und verursacht viele Schwankungen. Manche Branchen- und Berufsgruppen stellen ihre Zunftinteressen und ihren Vorteil über und vor die Klassen- und die nationalen Interessen. Bestehen sie aus dem Personal der kommunalen und öffentlichen Dienste, so können seine Streiks, die die Gewerkschaften weder zu kontrollieren noch zu koordinieren imstande sind, bei weiten Kreisen der Öffentlichkeit auf Ablehnung stoßen. Deshalb erwägen die Gewerkschaften

heikle Probleme, nicht allein wirtschaftliche, sondern auch politische, soziale, moralische und solche, die die Lebensweise und -qualität betreffen und dazu angetan sind, bei den Volksmassen, unter den Werktäglichen selbst Gegensätze zu stiften. Ihre Lösung ist von einer allgemeinen Sanierung des Staates nicht zu trennen, sie ist ohne eine energische politische Erneuerung des Landes nicht denkbar. Die Kommunisten sagen das seit Jahren. Sie sind überzeugt, daß man, um aus der Krise herauszukommen, eine Regierung der nationalen Einheit und Solidarität braucht, an der alle Linksparteien einschließlich der IKP beteiligt wären.

Einer derartigen Entwicklung widersetzen sich die herrschenden sozialen

die Hunderte. Zwar ist es gelungen, einige Terroristen zu fassen und einzusperren, doch die Maßnahmen der Behörden sind noch immer lendenlähmend und nicht systematisch genug. Führend im Kampf gegen die Terroristen ist die IKP. Sie ruft die Bürger Tag für Tag auf, die Rädelführer und jene entlarven zu helfen, die diese Unterwelt finanzieren und ihr auch sonst materielle und andere Hilfe erweisen. Terroristengruppen treten in immer engeren Kontakt mit der Mafia, mit Rauschgifthändlern und mit Banditen, die sich darauf spezialisiert haben, Menschen zu entführen, um Lösegeld einzuhämsen. Auf diese Art bekommen die Terroristen einen großen Teil des Geldes, das sie brauchen.

Die von den Feinden der republikanischen, antifaschistischen Ordnung eingeleitete Offensive kann nicht zum Ziel führen. Trotz der Schwierigkeiten und trotz der Verluste der IKP bei den Wahlen von Juni 1979 ist die politische Entwicklung Italiens nicht zum Stillstand gebracht und hat Aussichten. Die Erkenntnis der tödlichen Gefahr nimmt zu, in die die republikanische Ordnung geraten würde, wenn man dem Terrorismus keinen Riegel vorschöbe und die dringende politische Wendung unterließe. Die Elemente, die sich alles von einer „Unlenkbarkeit“, von einem allgemeinen Verfall versprechen, legen es darauf an, an die Stelle der jetzigen Ordnung ein reaktionäres Regime zu setzen. Dessen erste Opfer wären aber unweigerlich die Werktäglichen mit ihren Rechten und Errungenschaften. Deshalb findet der Aufruf der Kommunisten zu Einheit und Solidarität bei der Allgemeinheit starker Widerhall.



Demonstration italienischer Metallarbeiter

Aus „Panorama“ (Italien)

Schichten und Gruppen, die ihre Privilegien nicht verlieren wollen. Das gilt auch für einen großen Teil der CDP, die eine relative Stimmenmehrheit erhalten hat und faktisch die ganze Machtvolkommeneit besitzt. Um die Kommunisten von den Staatsgeschäften fernzuhalten, bietet man alle möglichen Mittel, darunter der Terrorismus, auf.

Die Bluttaten der italienischen Terroristen sind allgemein bekannt. Kein Tag vergeht, ohne daß Gleiches, das sich mit pseudorevolutionären Schlagwörtern tarnet, in Rom, Mailand, Turin, Bologna, Padua, Neapel und anderen Städten kaltblütige Überfälle verübt. Ihnen fallen linke Parteien und Organisationen, deren Spitzenfunktionäre, Arbeiter, Angestellte, Dozenten, Richter, Ärzte, Journalisten und Polizisten zum Opfer.

Mit diesen Terrorakten will man Angst, Ratlosigkeit und Verzweiflung auslösen. Man will die Unzufriedenheit der Massen ausnutzen, um die demokratischen Einrichtungen zu schwächen, zu torpedieren und zu zerstören, die das Volk im Zuge des Widerstandes mit der Waffe in der Hand erkämpft hat und die die günstigsten Voraussetzungen für den Kampf um die soziale Befreiung und den gesellschaftlichen Fortschritt bieten.

Der Terror kann nur eine repressive und reaktionäre Ordnung zur Folge haben. Schon seit mehr als zehn Jahren verspürt Italien die Wirkung der Terrorstrategie. Die Zahl der Opfer geht in

Während diese Zeilen geschrieben werden, kann man noch nicht voraussehen, wie sich die politische Landschaft, gestalten wird. Italien hat jetzt eine schwache, labile Regierung. Ihre Labilität wird noch größer durch die Spaltung und den Kampf in einflussreichen Parteien wie der christdemokratischen und der sozialistischen. Eine Teilnahme der Kommunisten an der Regierung ist ständig an der Tagesordnung.

Wie unlängst IKP-Generalsekretär Berlinguer feststellte, gewinnt der Trend zu einer derartigen Behebung der Krise in der Öffentlichkeit wie auch in anderen Parteien immer mehr Anhänger. Ein Regierungsabkommen mit der IKP sei nur unter ganz bestimmten Bedingungen möglich: bei einem Programm zur energetischen Verteidigung der demokratischen Ordnung, bei sozialen und wirtschaftlichen Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen, die inhaltlich klar wären und deren Termin genau festgelegt sein müßte: bei völlig anderen Regierungsmethoden als den bisherigen und bei einer direkten Teilnahme der IKP an der Regierung in völliger Gleichberechtigung mit den anderen Parteien und unter Berücksichtigung des Gewichts, das sie in der Gesellschaft und im Parlament besitzt.

In diesen Worten ist das wichtigste Thema umrissen, um das es in alternächer Zeit in den größten sozialen Kämpfen für eine neuartige politische und wirtschaftliche Entwicklung Italiens zu gehen haben wird.

Unter solchen Umständen ist es ein großes Plus, daß sich die Gewerkschaften trotz aller Schwierigkeiten ihre Einheit bewahren konnten. Dadurch konnten die Reallöhne auch während der Krise aufrechterhalten werden, was in der Geschichte des Kapitalismus noch nie da war. Die akutesten sozialen und wirtschaftlichen Mißstände sind aber nach wie vor die Inflation und die Arbeitslosigkeit.

Die heftigen Streitigkeiten über sie nehmen kein Ende, sie sind in den Gewerkschaften, in den Linksparteien, ja bei den Kommunisten selbst im Gange. Allen daran Beteiligten ist klar, daß es nur bei einer programmierten Wirtschaft möglich wäre, die Landesressourcen voll zu nutzen und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch müssen die internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen umgestaltet werden, muß man mit den Entwicklungsländern rechtsgleich zusammenarbeiten.

Klar ist ferner, daß auch die Politik der Regierung radikal geändert werden muß: Die Korruption und Vetternwirtschaft muß ein Ende haben, der Staatsapparat muß leistungsfähiger werden, man muß der Vergeudung von Staatsgeldern, den Steuerhinterziehungen und der illegalen Kapitalausfuhr ein Ende bereiten.

Durch eine vorrangige Behandlung solcher Aufgaben entstehen neue sehr

DOLLAR ÜBER DEN POTOMAC

Es heißt, George Washington habe einmal einen Dollar über den Potomac geworfen — das sollte Glück bringen. Dieser Dollar war die einzige „unproduktive“ Ausgabe des ersten US-Präsidenten. Seitdem ist nicht wenig Wasser den Potomac hinuntergeflossen, und vieles in Washington hat sich geändert. Die heu-



tige amerikanische Führung schmeißt mit Dutzenden Milliarden Dollars um sich — und zwar alljährlich von einem Ufer des Potomac, wo sich das Weiße Haus befindet, zum anderen Ufer hinüber, wo das Pentagon gelegen ist.

James Carter hatte 1978 im Wahlkampf versprochen, dem ein Ende zu bereiten. „Ohne die Verteidigung unseres Landes oder unsere Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu gefährden“, erklärte er, „können wir unsere Verteidigungsausgaben um etwa 5–7 Md. Dollar jährlich kürzen.“ Carter bezeichnete die US-Rüstungsausgaben, die damals 94 Md. Dollar ausmachten, als „verschwendisch“ und „überzogen“. Das war keine Übertreibung: Hat ja das Pentagon in den ersten Nachkriegsjahren 12–13 Md. Dollar geschluckt.

Wie der 39. Präsident sein Versprechen eingelöst hat, zeigt das nebenstehende Schaubild. Jetzt haben die US-Rüstungsausgaben 140 Milliarden überschritten — und auch das wird noch als unzulänglich angesehen. Man gab bereits bekannt, daß 1985 die Rüstungsausgaben 250 Md. Dollar übersteigen werden.

Die Diskrepanz zwischen Worten und Taten erklärt der Präsident dadurch, daß angeblich die „Sowjets viele Jahre lang unaufhaltsam ihre Verteidigungsausgaben erhöht“ hätten. Und Washington sei daher nichts anderes geblieben, als Moskau „nachzujagen“. Doch diese Behauptung entspricht nicht der Wirklichkeit. Sie wurde sogar von US-Außenminister Vance widerlegt. Ende 1979 erklärte er: Washington und seine NATO-Verbündeten „geben 25% mehr für Rüstungszwecke aus als die Sowjetunion und die anderen Warschauer Vertragsländer“.

B. SLAWIN

KNIRSCHEN IM GETRIEBE

Diese beiden Zeitungsausschnitte stammen von der Reklameseite der israelischen „Jerusalem Post“. Ein Ausschnitt zeigt den Besuch des ägyptischen Präsidenten im besetzten Jerusalem mit dem Slogan: „Der erste Schritt zum Frieden auf Carmel-Teppichen.“ Der zweite Ausschnitt informiert, daß ägyptische Zeitungen in Israel in den Verkauf gelangt sind. Zugleich tauchten an Kairoer Kiosken israelische Zeitungen auf — mit Ausnahme zweier Publikationsorgane: „Al-Fajr“ und „Al-Chaab“ (in Arabisch), die mit der PLO sympathisieren. Die „Jerusalem Post“ bezeichnete den Presseaustausch als einen „bescheidenen, doch sehr bezeichnenden Schritt auf dem gewundenen Weg zu Frieden und Normalisierung“.

Welt der Reklame, Welt des „Friedens“ und der „Eintracht“. Doch in Kairo kostet die „Jerusalem Post“ 40 Piaster — d. h. die Hälfte eines Tagelohns. Das Blatt ist fast zehnmal so teuer wie die Kairoer Tageszeitung in Englisch. So dürfte nach der neuen Ware wohl kaum angedenkt werden.

In Israel gibt es besondere



Probleme. Im Westjordanland sich strikt gegen die israelischen Blätter zu. Dann die Bedenken, trotzdem jetzt der Zeitung und „Al-Gumah“ Sadat-Politik einem Jerusalem hängen.

EIN H

Die Russen zuerst haben die israelische Republik Statthalter Land. Die Sowjetunion verbrannt, Vanag hat niedergeschlagen der belebten Jagd auf Wild.

Das ist die Literaten Käsisch. Ein ausgezeichneter Torykabinetts Sowjetfeind garet Thatch.

Der bekannteste nicht nur der Ko-Autor von allem seine Äußerung, aber zu einer eigenwillig, wie gefährlich und ich ber.

Doch wie die Öffentlichkeit sein neuer Befehl der „sowjetischen“ kokett weiss Tagelöhner werden. Wie etwa seine F



Diplomatischer Marathon Großbritanniens: Vom Boykott der Olympiade zum Flirt mit Pinochet
Aus der Zeitung „Observer“ (England)

EGYPTIAN NEWSPAPERS

The leading Egyptian newspapers Al-Ahram, Al-Akhbar and Al-Gomhuria, and many other organs, Rose el-Adab, Al-Sa and others, are now sold in Israel at Steinatzky Bookshops, Bronfman Bookshops, at the entrance of the Hebrew University, Givat Ram, and at leading bookshops and newsagents throughout Israel, the West Bank and Gaza.

Further information:
ATLAS WHOLESALE NEWSAGENT LTD.
Jaffa 10, Tel Aviv, Tel. 03-233541
Tel Aviv, Tel Aviv, Tel. 03-427890
Haifa, Dvora 2, Tel. 04-867473

eine Gruppe junger Araber
AFP zufolge sofort alle diese
Blätter.

Auch innerhalb der Ver-
schwörung von Camp David
knirscht es beim Handel Kairo-
Tel Aviv im Getriebe.
„Alle bislang unternommenen
Anstrengungen erwiesen sich
als vergeblich“, jammerte
kürzlich ein Kommentator von
Radio Kairo.

Doch Carmel, „der größte
Produzent und Verkäufer von
Qualitätssteppichen in Israel“,
ist problemlos glücklich. Wie
lange noch? Deckt ja der
„Qualitätsteppich“ ein Pulver-
faß zu.

Eigenbericht

Kairo



„Soll das Raub sein? Deine Tasche befindet
sich halb im Bereich meiner ‚lebenswichtigen
Interessen‘...“

Zeichnung: N. Stscherbakow

ETWA VERGESSEN?

Die Bombe zerspringt bei der
Explosion in sechs Platten, die,
sich auf verschiedenen Ebenen
über der Erdoberfläche bewegen.
Nervengas versprühen.
Diese Bombe wurde Anfang der
50er Jahre entwickelt, und zwar
im Zentrum für chemische Ver-
teidigungsmittel, Porton Down,
Großbritannien, das bereits 1925
das Genfer Protokoll über das
Verbot der Anwendung von che-
mischen und bakteriologischen
Kampfmitteln unterzeichnet hatte.
Dann wurde die Bombe in den
USA weiter „vervollkommen.“

Die US-Administration hat
es keineswegs in Verlegenheit ge-
bracht, daß ihre Unterschrift unter
dem Abkommen über das Ver-
bot der Anwendung von chemi-
schen und bakteriologischen
Kampfmitteln (Washingtoner
Konferenz von 1922) steht.

Die Zeit verging, und im Pen-
tagon fragte man sich beunruhigt,
ob diese Bombe nicht veraltet sei.
Für alle Fälle beschloß man, die
Entwicklung einer neuen Gene-
ration chemischer Waffen in An-
griff zu nehmen, was die Ameri-
kaner 19,3 Mio Dollar kosten
wird. Der „International Herald
Tribune“ zufolge sind diese Aus-
gaben bereits in den Pentagon-
Haushalt 1981 einbezogen.

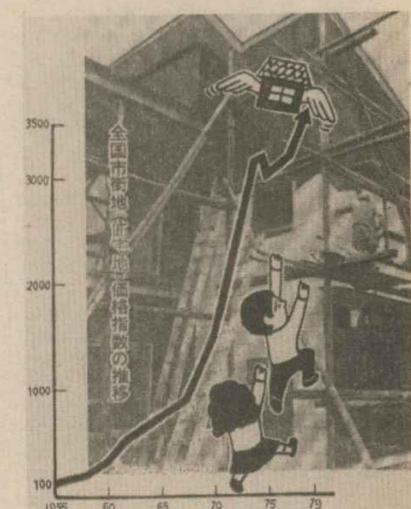
Wie läßt sich all das eigent-
lich damit vereinen, daß Wash-
ington und London jetzt an den Ver-
handlungen über ein Verbot der
chemischen Waffen teilnehmen?
G. SIDOROWA

WER DAS
BEZAHLEN MUß

Die „Großzügigkeit“ einer Baufirma hat die Japaner 600 Mio Yen gekostet. Das Geld wurde „sinnvoll“ ausgegeben: für Essen mit Geishas in den teuersten Restaurants von Tokio, für Amusements in Nachtklubs auf der Ginza und im Akasaka, für Taxifahrten der „geehrten Gäste“ und für teure Präsente.

Hinter dem Riesenskandal mit der KDD (der Telegrafen- und Telefongesellschaft) blieben die Enthüllungen der Machenschaften der Tokioter „Bauherren“ unbe-
merkt.

Die Ausgaben haben sich rentiert. Die so umworbenen Leiter der Ministerien für Bauwesen und Finanzen blieben nichts schuldig und „arbeiteten“ ehrlich die in



Die Mieten klettern und klettern...

Aus der Zeitung „Akahata“ (Japan)

sie gesteckten Gelder ab. Enorme staatliche Subventionen flossen dem Konzern zu. Auch gegen die ständig steigenden Mieten hatte die Regierung nichts einzuwenden.

In Japan benötigen 40% der Familien nach Berechnungen der Zeitung „Akahata“ dringend Wohnraum. Doch die Regierung hat das Wohnungsbauprogramm, besonders von Sozialwohnungen, stark gekürzt. Statt dessen dürfte der Baukonzern die Preise hochtreiben: In den letzten Jahren sind die Preise für Grundstücke und Wohnraum um das 30fache gestiegen. Vor der erneuten Anhebung der Preise wurden die „nötigen Leute“ aus der Regierung zum Abendessen eingeladen.

L. MLETSCHIN

W. KSENIN

BEGEGNUNG IN SIBIRIEN

Jelena KNORRE

Es heißt, der erste Eindruck sei der nachhaltigste. Mir jedenfalls ist die Mischung aus brennender Neugier und achtungsvoller Bewunderung, mit der ich den Jenissej zum erstenmal sah, noch jetzt deutlich in Erinnerung.

Es war ein heißer Sommertag, als wir in Krasnojarsk bei der prächtigen zwei Kilometer langen Brücke ans Ufer gingen, die in zierlichen Bögen den linksseitigen mit dem rechtsseitigen Teil der Stadt verbindet. Ein schmaler Asphaltweg zwischen Blumenbeeten führte ans Wasser hinunter, wo am Pier ein alter kleiner Dampfer mit zwei Schornsteinen und der Aufschrift „St. Nikolaus“ schaukelte.

„Mit diesem Dampfer, in der Kajüte dort drüben fuhr 1897 Lenin aus Krasnojarsk nach Schuschenskoje in die Verbannung“, sagte Leonid Nepomnjastrtschi, ein gebürtiger Krasnojarsker, dessen Urgroßvater in Ketten den Weg der Verbannten am Jenissej entlangschritt und sich in dieser Gegend ansiedelte.

Das alte Fahrzeug, das so rührend wirkte im Trubel der Stadt, neben den modernen Hochhäusern, dem neuen Riesenstadion mit seinen 40 000 Tribünenplätzen und dem majestätischen Strom, der das Dampferchen liebvolll schaukelt, als wüßte er, daß es eine Denkwürdigkeit aus den Urarfängen seiner neuen Zeit ist — das alles lenkte mich vom Alltagstreben ab und ließ mich über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachdenken.

So unglaublich das klingt, beginnt die Geschichte des großen Jenissej, der in Tuwa, im östlichen Sajangebirge aus dem Hochgebirgssee Kara-Balyk entspringt, ganz Sibirien wie ein Meridian durchschneidet und in die arktische Karasee mündet, ebenso wie die Geschichte der Region Jenissej (jetzt Krasnojarsk), die so groß wie Argentinien ist, erst gegen Mitte des 20. Jahrhunderts. Genau genommen, sogar eigentlich erst jetzt, vor unseren Augen und mit Hilfe unserer Hände.

Krasnojarsk, die Hauptstadt der Region, und alle größeren Ortschaften am Jenissej entstanden im 17. Jahrhundert als die schrecklichsten zaristischen Zuchthäuser. Dortin wurden Teilnehmer der von Stepan Rasin und Jemeljan Pugatschow angeführten Volksaufstände verbannt, nachdem man ihnen die Nasenflügel abgerissen und ein Mal in die Schulter gebrannt hatte. Im

19. Jahrhundert beschlossen hier Dekabristen — Jakubowitsch, Petraschewski und die Brüder Belajew — ihre Tage. Den Weg hierher legten 1830 und 1863 zu Fuß und in Ketten polnische Rebellen zurück, und zu Anfang unseres Jahrhunderts waren hier fast alle bolschewistischen Revolutionäre, von denen im Volk Legenden lebendig sind.

Wer etwas entscheiden will,
sucht nach dem Wie,
Wer es nicht will,
sucht nach einer Ausrede.
(Volksspruch)

Wenn wir Journalisten sozialistische Umgestaltungen schildern, nennen wir gern eindrucksvolle Zahlen, da wir sie ja immer bei der Hand haben. Es freut und lohnt gewiß, das, was ist und sein wird, mit dem, was war, zu vergleichen. Beim Jenissej kann man das nicht, denn womit sollte man da vergleichen? Mit Null? Es gab die Festung und das Zuchthaus Krasnojarsk, unter der Sowjetmacht aber ist Krasnojarsk eine Stadt geworden, um deren Schönheit es eine beliebige Stadt Europas beneiden kann. Erzeugnisse aus den Betrieben der Region werden ungeduldig im Ausland erwartet. Forschungsanstalten wie das Institut für Probleme des Hohen Nordens gelten in der Welt als führend. Nach seinem Vorbild und seinen Methoden sind in den USA, in Kanada und Nordeuropa Forschungen angelaußen. Theater, Zirkus, Konzerte, Sportveranstaltungen in soliden und modernen Bauten sind heutzutage eine Selbstverständlichkeit.

Nicht weit von Krasnojarsk befindet sich die ganz neue Jugendstadt Diwnogorsk — ihr Name ist von diwo, Wunder abgeleitet, und sie entspricht ihm auch. Es ist eine Stadt der Energetiker, entstanden bei dem weltgrößten Wasserkraftwerk Krasnojarsk. Der mächtige Staudamm fügt sich harmonisch ins Landschaftsbild ein. Imposant, doch nicht pompos ist der weiße Bau, außen und innen wohldurchdacht und modern gestaltet. Man kann es sich schwer vorstellen, daß jede Sekunde eine Wasserlawine von 12 000 Raummetern durch die 24 Wehre schießt. Einem stockt der Atem, wenn man sieht, wie ein schneeweißes Mehrdeck-Dieselschiff mit Hilfe einer originellen Hebeanlage die 124 m Höhe bewältigt und ins Jenissej-Meer einläuft.

„Eine staatliche Kommission nahm

unser Kraftwerk im Jahre 1972 ab, und bis Mitte 1979 hatte es schon 182 Md. kWh billigen Strom erzeugt und seinen Bau viermal bezahlt gemacht“, sagt Tamara Stachijewskaja, eine geschmackvoll gekleidete junge Frau, leitende Ingenieurin für Elektrotechnik, die vor elf Jahren aus Usbekistan kam und geblieben ist, denn auch sie hat ja zum Werden des Kraftwerks beigetragen. Stolz und etwas aufgereggt erzählt sie und zeigt uns Sehenswertes:

„Mit 5600 Megawatt ist unser Kraftwerk nicht nur das leistungsfähigste. Es zählt auch zu den wirtschaftlichsten der Welt. Unsere zwölf Wasserkraftaggregate mit Radial- und Axialturbinen sind doppelt so leistungsfähig wie die im Kraftwerk Bratsk. Für das nächste am Jenissej, das von Sajano-Schuschenkoje, werden noch stärkere gebaut. Sicher kommt Ihnen die Menschenleere im Maschinensaal merkwürdig vor. In unserem Riesenbetrieb besteht jede Schicht nur aus elf Personen. Wir haben das relativ kleinste Personal in der UdSSR. Und er steht so günstig, daß sein Strom in einem beliebigen Teil des enormen Gebiets gebraucht werden kann.“

Das Kraftwerk Krasnojarsk ist das erste am Jenissej und der Kopfbetrieb der geplanten Kraftwerkstreppe an diesem Strom. Bald wird das noch stärkere von Sajano-Schuschenkoje angelassen. An Projekten für zwei weitere, bei Mainsk und Otschurk, wird gearbeitet, und weiter stromabwärts sollen noch drei hinzukommen: an der Mündung der Angara, an der Steinigen Tunguska und das größte an der Unteren Tunguska.

Dank diesen Energiemengen wird es möglich sein, das rauhe Gebiet gründlich zu erschließen und seine Schätze den Menschen dienstbar zu machen.

Warum fliegen alle Vögel
denn nach Norden,
Wo doch der Süden ihre
Heimstatt ist?
Aus einem Lied

„Ein Bewohner der Region Krasnojarsk fliegt durchschnittlich einmal, in manchen Gegenden sogar drei- bis viermal im Jahr. Der Autonome Kreis der Ewenken hat z. B. 15 000 Einwohner, wir haben im Jahr aber 60 000 Fluggäste.“

Anatoli Chalin, Leiter des Krasnojarsker Zivilluftfahrtdienstes, wirkt wie ein typischer Sibirier. Dabei ist er aus der Ukraine und noch gar nicht lange hier. Ein kräftig gebauter Mann von angenehmem Äußeren, energisch, zielbewußt. Er ist stolz auf die Region, ja sichtlich in sie verliebt, obwohl die Leute von der Luftfahrt es hier nicht leicht haben

und eine große Verantwortung tragen.

„Unser Dienst ist für die Region Krasnojarsk und für die Tuwinische Autonome Republik zuständig. Sie machen etwa 11% der Fläche der Sowjetunion aus und umfassen weite Gebiete längs des Jenissej. Es gibt hier nur sehr wenig Eisen- und nicht allzu viele Autobahnen. Das Wasser ist aber den größten Teil des Jahres eingefroren. Der Jenissej ist nur 100 Tage schiffbar, und auch das nicht jedes Jahr. Deshalb müssen die meisten Transporte auf dem Luftweg vorgenommen werden“, berichtet Chalin und führt den Zeigestock auf der Landkarte die Fluglinien entlang.

„Jetzt werden die Schürfarbeiten rasch ausgedehnt. Man sucht nach Öl, Gas und anderen Bodenschätzten. Die Aussichten grenzen ans Phantastische. Deshalb nehmen die Transporte bei uns mit jedem Tag zu: für Geologen und Bohr- und Schürfpartien. Voriges Jahr entfiel die Hälfte unserer Flugstunden auf solche Aufträge, und für 1980 hat der Trust Neftegasoraswedka bedeutend mehr Flüge sowie den Einsatz von viel mehr Flugzeugen und Hubschraubern erbeten. Auch der Bau der Kraftwerkstreppe stellt an uns höhere Anforderungen. Deshalb planen wir neue Flugunternehmen, namentlich im Raum der Steinigen Tunguska und in der Region Turuchansk.

In unserer Region befinden sich über 20% aller Waldungen der UdSSR. Sie hat uns mit ihrem Schutz betraut. Anders als mit Flugzeugen kann man hier ja auch nichts ausrichten. Im Raum des Nördlichen Eismeers, der jetzt schnell besiedelt wird, ist ohne uns ebenfalls nicht auszukommen. Unsere Piloten erkunden das arktische Eis, sie geleiten Schiffe das ganze Jahr über auf dem Nördlichen Seeweg. Wir sind stolz darauf, die Fahrt des Atomeisbrechers ‚Arktika‘ zum Nordpol gesichert und noch einen mächtigen Atomeisbrecher, die ‚Sibir‘, über viele Meter dickes Eis und Packeis geleitet zu haben.

Ans Nördliche Eismeer stößt die weite Tundra, in der rund eine halbe Million wilde Rentiere weiden. Es gehört auch zu den Obliegenheiten der Luftfahrt, sie zu erfassen, zu bewachen und den Zustand der Weiden zu beobachten. Flugzeuge bringen Jäger in die Tundra und holen sie wieder ab, sie befördern Fleisch in die Städte und Siedlungen. Piloten vom Krasnojarsker Dienst tragen zum Gelingen eines internationalen Experiments bei: zur Eingewöhnung von Bisamochsen auf Taimyr. Einst lebten diese wertvollen Tiere in unserem Hohen Norden, wurden jedoch

ausgerottet. Jetzt haben Wissenschaftler aus Norilsk gemeinsam mit Kollegen aus den USA und Kanada kanadische Bisamochsen nach Taimyr geschafft, um sie dort anzusiedeln. Das Experiment geht gut vonstatten, auf Taimyr sind schon Jungtiere zur Welt gekommen.

Unsere Arbeitsbedingungen sehen so aus: Acht Monate im Jahr sind dort 50–60°C Frost und ist Polar-nacht. Sie müssen bedenken, daß man bei der Eiskundung, beim Waldschutz oder bei der Beobachtung von Tieren nur 50–100 m hoch fliegen kann. Da muß man im Finstern und in der Kälte über dem Packeis, der uferlosen Tundra oder den Bergen ganz schön lavieren und kann sich nur auf die Apparate und einen sechsten Sinn verlassen. Dazu braucht man nicht nur vollendete Können und zuverlässige Maschinen, sondern auch besondere Eigenschaften: Lokalpatriotismus, ja Liebe zu dem unwirtlichen Gebiet und höchste Pflichttreue.“

..... Gelb wird das Laub
der Birken Anfang August.
Die Schwalben fliegen in den
letzten zehn Julitagen fort.
Der erste Schnee fällt am

25. August.
Die großen Flüsse frieren ein:
die Tunguska am 2.10
der Jenissej am 7.10

Aus Aufzeichnungen
des Wetterdienstes
in der Region Turuchansk,
niedergeschrieben
Jakow Swerdlow. 1915.

Flugzeuge sind bei uns schon lange gewohnte Verkehrsmittel. Das erhebende Gefühl beim Fliegen hat man jetzt wohl nur noch im Hubschrauber. Man steigt und geht nieder, wann und wo man will und nimmt eine beliebige Richtung.

„Unter uns liegt das Putoranplateau“, sagt mit monotoner Stimme Oleg Kriwonos, der Vizekommandant der Vereinigten Turuchansker Hubschrauberkolonne. Heute fliegt er als Instrukteur. Der Pilot Wassili Jewsejenko, einer der besten im Geschwader, hat bei ihm die letzten Prüfungen abgelegt. Er hat von seiner MI 4 auf eine viel tragfähigere, komfortablere und unter den nordischen Verhältnissen bequemere MI 8 umgesattelt. Wie es hier üblich ist, hat die Maschine zugleich ihre planmäßigen Flüge ausgeführt. Die abgeplatteten, wie von Eiszungen beleckten Berge sahen wie schlafende Zebras aus. Obwohl schon Juni war, wechselten die dunklen Streifen des Basalts und die dunkelgrünen der Moose mit breiten weißen Schneestreifen ab. Plötzlich wichen das düstere Kolorit olivgrünen und himmelblauen Farbtönen. Wasser blitz-

te auf, wir zogen eine Schleife und landeten einen halben Meter von dem Hochgebirgssee Agata. Wir sprangen in das weiche Moos ab und sahen an dünnen Stengeln verlockende rote Moosbeeren noch vom vorigen Jahr und zwischen Blättchen versteckt rotbraune Preiselbeeren.

Wir konnten aber höchstens fünf Minuten die herrliche Stille und den Anblick der jungfräulichen Gegend genießen. Wie von Sinnen vor Freude über unseren Anblick kamen, sich in Purzelbäumen überschlagend, große zottige sibirische Laikahunde angelaufen und rannten uns alle um. Sie hatten ihre Herren, die Mitglieder einer geologischen Komplexexpedition an der Tunguska, schon sehnstüchtig erwartet. Rasch waren die Ausrüstungen, Vorräte und Faltbooten ausgeladen. Am schönen Agata besteht jetzt also noch eine sogenannte Unterbase. Hier, auf der Sibirischen Plattform, sind Bodenstrukturen gefunden worden, die viel Öl und Gas verheißen. Das unbewohnte Gebiet von 265 000 km² ist noch kaum erforscht. Jetzt sind hier die ersten zehn Expeditionen für Ölschürfungen und fünf geophysikalische eingetroffen. Sie machen Aufnahmen von Bodenstrukturen und ermitteln Gebiete, in denen spätere Tiefenforschungen sinnvoll erscheinen.

Der Hubschrauber aber muß schon lange weiter, er wird von Fischern an der Koljudalnaja, einem Nebenfluß der Sewernaja, erwartet. Er bringt ihnen Kisten mit Salz und soll ihren Fang abholen.

„Statt der vorgeschriebenen 15 Landungen machen wir auf einer Fahrt 25–30. Wir landen, wo wir gebraucht werden: auf Moor, in der Taiga“, sagt Kriwonos. „Jetzt müssen wir schnell zur energetischen Expedition.“

..... „Aber wir müssen es jetzt dahin bringen, daß jedes Kraftwerk, das wir bauen, wirklich zu einem Stützpunkt der Aufklärung wird, daß es sozusagen die elektrische Bildung der Massen fördert.“

W. I. Lenin, Werke, Bd. 31,
S. 514

Am rechtsseitigen Ufer der Unteren Tunguska, am Stau des geplanten Riesenkraftwerks, ist eine nach frischgesägten Brettern duftende Siedlung entstanden, die noch keinen Namen hat. Mag es auch noch keine Gehsteige geben, so daß die jungen Paare in Schafstiefeln durch den zähen Modder oder über Schneewehen in die Gaststätte „Stromschnellen“ zum Tanz gehen müssen, der Landeplatz für den Hubschrauber ist mit glattgehobelten Bohlen gepflastert und glatt wie Parkett, so

daß unser schwerbeladener MI 8 reibungslos landen konnte.

Die Gegend 120 km von Turuchansk ist ohne Flugzeug oder Hubschrauber selbst bei der modernen Verkehrstechnik vorläufig noch unerreichbar. Geplant sind Chausseen, eine auf den Kraftverkehr spezialisierte Bodenforschungspartei arbeitet dort schon, aber die Sache ist sehr schwierig. Es ist schließlich der Hohe Norden: nur 10 cm dickes Moos, darunter Morast über ewigem Frostboden. Die ökologischen Probleme sind mit Vorsicht zu lösen.

„Die Untere Tunguska ist einzig in ihrer Art“, sagt Wassili Storoshenko, Leiter einer geologischen Partie, die die bestgeeignete Stelle

tär des Turuchansk Bezirksparteikomitees, als wir nicht genug von unseren Eindrücken erzählen konnten. „Wissen Sie, was in unserer Region das Interessanteste ist? Nicht das Kraftwerk und nicht einmal das Erdöl, sondern die Schaffung eines riesigen Industrie- und Wirtschaftskomplexes. Die Region Turuchansk ist nicht nur reich an Erdöl, Wasserkraft, Fischen und Pelztieren. Hier, in seinem südlichen Teil, ist mit der genauen Feststellung eines einzigartigen Manganvorkommens begonnen worden. Stahl kann man bekanntlich ohne Mangan nicht gießen. Dort wollen wir bis zum Jahr 1990 eine Stadt für 30 000 Einwohner und ein Montankombinat bauen. An der



für den Staudamm ermitteln soll. „Fast 3000 km weit fließt sie über ewigen Frostboden in einer kaminartigen Mulde zwischen Steinufern und ergießt ihr ganzes Wasser in den Jenissej. Bei Frühjahrshochwasser führt er beim Kraftwerk von Sajano-Schuschenko 8000 km³ in der Sekunde, an der Tunguska aber 50 000. Ein großer Stausee soll angelegt werden. Fast bis zur Sewernaja, fast 120 km weit, wird alles unter Wasser gesetzt. Wie kann man erreichen, daß die Natur möglichst wenig geschädigt wird? Wie wird sich das neue künstliche Meer auf die Flora und Fauna auswirken? Auch mit diesen Fragen beschäftigen sich Forscher schon jetzt.“

Wir kehrten gegen 2 Uhr nachts nach Turuchansk zurück. Die Sonne schien wie in Moskau um 2 Uhr nachmittags, so daß keiner schlafengehen wollte. Im Polarsommer ist man irgendwie ruhelos. Vom Flugplatz zur Stadt geht man 20 Minuten zu Fuß. Ich wollte durch Turuchansk streifen, wo Ordshonikidse, Swerdlow, Spandarian, Stalin, Petrowski — 350 hervorragende Revolutionäre nicht die besten Jahre ihres Lebens zubrachten.

„Sie haben ja in Turuchansk und in der Region gar nichts Rechtes gesehen“, sagte uns anderntags Alexander Schadrin, der erste Sekre-

Eine kurze Pause... Unser Bild: Der geologische Suchtrupp wurde am Agata-See abgesetzt.

Foto des Autors

Steinigen Tunguska ist Kupfer- und Nickelerz erschürft worden, vom Grafit im Norden ganz zu schweigen. Es ist erstklassig, liegt fast an der Erdoberfläche und ist in Mengen wie nirgends sonst auf der Welt vorhanden. Schon Lenin brachte die Gewinnung und den Export des dortigen Grafits zur Sprache. Hoffentlich können wir's im nächsten Planjahr fünf schaffen. Vorläufig müssen wir Grafit importieren.

Vor unserer Abreise streiften wir noch einmal durch das aus Holz gebaute Turuchansk, sahen es jetzt aber mit den Augen Schadrins und seiner Kollegen, die den Hohen Norden über alles lieben und preisen. Statt der bescheidenen Anlegeteile erblickten wir schon einen prächtigen Kai mit Granitböschungen und statt der Schlucht eine Schwimmhalle und andere Sportanlagen. Mag es heute auch noch viele Probleme geben, wir sahen trotzdem, wie Jets eine nach der anderen auf einer neuen Piste landen und wie märchenhaft sich die schöne nordische Region an dem großen Strom verwandelt.

URUGUAY

In Uruguay werden weiter Demokraten verfolgt und verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung. Aber anderseits intensiviert sich der Kampf der Volksmassen, werden die in Opposition zum Regime stehenden politischen Kräfte aktiver. Die Repressalien richten sich wie früher vor allem gegen die Kommunisten. Sie dehnen sich aber auch auf parteilose Arbeiter und auf Funktionäre anderer Parteien aus.

Uruguay stellt traurige Rekorde auf: mit den politischen Häftlingen je 1000 Landesbewohner und den Auswanderern (in den letzten Jahren waren es über 700 000 bei knapp 3 Millionen Landesbewohnern). Zu den Rekorden müßte man gewiß auch die Dunkelziffer der Foltern und den Mißhandlungen auf den Straßen Erlegten sowie die der „Verschollenen“ rechnen.

In einem unlängst von der KPU verbreiteten Dokument heißt es: „Die Diktatur will sich am Volk für dessen heroischen Widerstand rächen.“ Unter den Häftlingen des Regimes sind: General Líber Seregni, der Vorsitzende der Breiten Front, die ehemaligen Abgeordneten Jaime Pérez, José Luis Massera, Gerardo Cuesta und Alberto Altesor; die Gewerkschaftsführer Rosario Pietraroja, Wladimir Tiriantsky, Héctor Rodríguez und León Duarte; die Jugendführer Jorge Mazzarovich und León Lev sowie viele Frauen, z. B. Rita Ibarru und Selva Braselli. Die Namen Tausender anderer Häftlinge, zu Tode Gepeinigter und Verschollener bleiben unbekannt. Patrioten, angefangen von humanistischen Denkern und Wissenschaftlern bis zu gestählten Klassenkämpfern aus der Arbeiterschaft, befinden sich in Lagern, die denen der Nazis nachgebildet sind.

Die Diktatur hat das Land in eine schwere wirtschaftliche Lage gebracht. Die Auslandsschulden sind horrend, die Handels- und die Zahlungsbilanz sind chronisch passiv, die Steuern sind gestiegen. Voriges Jahr wurde der niedrigste Reallohn festgestellt, er macht nur die Hälfte desjenigen von 1971 aus. Der monatliche Durchschnittslohn ist geringer als die Miete für die bescheidenste Wohnung. Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Ausbeutung treffen vor allem die Werktätigen, berühren aber auch die kleinen und mittleren Kaufleute, die einheimischen Industriellen und die Bauern. Und das in einem von der Natur gesegneten Land.

Die Militär- und Zivilregierung hat ein Projekt für eine sogenannte Institutionalisierung Uruguays aufgestellt, die hinter einer demokratischen Fassade das Wesen des jetzigen Regimes legalisieren soll. Es handelt sich dabei um eine Verfassungsreform. Sie zielt darauf ab, die jetzigen Zustände durch eine für November 1980 anberaumte „Volksbefra-

BITTERE FRÜCHTE DER DIKTATUR

Ricardo SAXLUND
Publizist, Uruguay

gung" zu erhärten. Die Teilnehmer werden nur eins können: ohne besondere Formalitäten zu allem ja sagen, was zur Abstimmung gebracht werden wird. Für 1981 sind Präsidentschaftswahlen angesetzt, bei denen nur ein Repräsentant des militärischen Oberkommandos kandidieren wird. Bezeichnenderweise soll vorher in den erlaubten, sogenannten traditionellen Parteien eine Säuberung vorgenommen werden.

Eine aus den für Demokratie und Fortschritt, gegen den Imperialismus kämpfenden Kräften bestehende Breite Front gab im Dezember v. J. eine Erklärung ab, in der es heißt: „Weder im Inland noch im Ausland darf sich jemand täuschen lassen. Das von den Behörden aufgestellte politische 'Chronogramm' hat nichts mit dem Demokratisierungsprozeß gemein, der in Lateinamerika im Gange ist. Es ist nichts weiter als ein plumpes Manöver, mit dem die Diktatur zur bleibenden Erscheinung gemacht werden soll. Von konstitutionellen Akten kann keine Rede sein, solange es im Lande politische Häftlinge, Geiseln und Verschollene gibt, verbotene oder aufgelöste Parteien, eine Preszensur, fügsame Richter und als Richter fungierende Militärs, so lange dieses grausame Unterdrückungsregime besteht, das dem Volk Uruguays so viel Leid zufügt.“

Soldaten auf den Straßen von Montevideo

Foto aus „Bohemia“ (Kuba)



Ausnahmslos alle Parteien lehnen das „Chronogramm“ ab. Das tun auch viele prominente Zivilisten und Militärs. Beim Kampf der Volksmassen gegen den Faschismus kommt es besonders auf eine Vereinigung aller patriotischen Kräfte an. In Uruguay bestehen jetzt alle Möglichkeiten zur Teilnahme am Kampf für Demokratie, der jetzt in Lateinamerika im Gange ist, denn auch die grausamsten Repressalien haben unser Volk nicht in die Knie zwingen können, denn es gibt in unserem Land keine demokratischen Schichten, die nicht positive Wandlungen herbeiwünschen würden.

Seit einigen Wochen treten gegen das Chronogramm auch Personen auf, die mit der Regierung kollaborieren. Darauf wurde es den Massenmedien streng verboten, andere Meinungen als die der führenden Militärs zu veröffentlichen. Die breiten Massen und die politischen Kräfte — die KPU, die Nationale und die Colorado-Partei — haben die Politik und die Pläne der regierenden Spitzenschicht verurteilt und zur Wiederherstellung der Bürgerrechte und -freiheiten aufgerufen. Die stärkste Triebkraft in diesem Kampf sind in den letzten Jahren die Arbeiter, die ihre Klasseninteressen durch den Nationalkonvent der Werktätigen wahren, obwohl dieser von den Behörden verboten worden ist. Damit unterhöhlen die Werktätigen die Positionen des Pseudosyndikalismus, der engen korporativen und gelben Gewerkschaften. Unter den Losungen „Freiheit für die Häftlinge des Regimes“, „Freiheit für die Gewerkschaften“ und „Freiheit für das Volk“ kämpfen 50 000 Arbeiter für ihre Forderungen. Sie benutzen verschiedene Kampfformen: eine illegale Presse, Protestaktionen, Aktionen der Solidarität mit den Häftlingen des Regimes und ihren Familien. Auch eine Studentenbewegung gegen das von der Interamerikanischen Entwicklungsbank finanzierte Bildungswesen nur für die Elite kommt in Gang.

Im November v. J. rief die Breite Front die Patrioten und Antifaschisten zu einem „großen Kreuzzug des ganzen Volkes für die Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten und der Demokratie“ auf. Auf dem Mindestprogramm der Front stehen die Forderungen nach Amnestie, nach Wiederherstellung der Freiheiten, nach Einstellung der Repressalien und nach Wahlen zu einer Konstituante. Die Breite Front ruft auch zur Solidarität. Solidarität heißt Rettung von Menschenleben, heißt siegen im Kampf um sie. Jeder der Reaktion entrissene Häftling ist ein Sieg nicht nur für das betreffende Volk, sondern für alle, die sich für Frieden, Demokratie, Fortschritt und Sozialismus einsetzen. Im Appell der Front heißt es, daß „sich die Solidarität in Uruguay vor allem im Kampf für Amnestie, für die Freilassung aller politischen Häftlinge, aller eingekerkerten Gewerkschaftsaktivisten ausdrücken muß“.

Uruguay ist ein kleines Land mit tragischem Geschick. Seine Werktätigen fühlen sich den Kräften zugehörig, die in der Welt für die Freiheit kämpfen. Selbst im Gefängnis freuen sich unsere Jungen und Mädchen, Männer und Frauen über die Siege, die das Volk auf Erden davonträgt, sorgen sich um den Frieden und träumen von der Zukunft, wenn die Menschheit nicht mehr vom Faschismus und von einem Atomkrieg bedroht sein wird.

Die Kommunisten sind die Triebkraft des Widerstandes gegen die Reaktion in Uruguay. Unsere Partei wird immer stärker. Die Quelle ihrer Stärke ist ihre Ideologie und ihr Kurs darauf, das Streben des Volkes nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in die Tat umzusetzen.

Im Jahre 1980 begeht unsere Partei ihr 60jähriges Bestehen. Wie es in einer kürzlichen Erklärung ihres ZK heißt, kämpft die Partei all die Jahre an der Spitze der Arbeiterklasse, an der Spitze der Volksmassen, stärkt sie das revolutionäre und internationalistische Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten, schmiedet die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen und Fortschrittskräfte unseres Landes und besiegt die Treue zum Marxismus-Leninismus. ■

KLAMMER IM MITTELMEER

Von unserem Sonderberichterstatter
Wladimir SCHELEPIN

Was beabsichtigt die Regierung angesichts der Meldungen, die USA könnten bei einer militärischen Intervention in Iran die britischen Stützpunkte auf Zypern benutzen? Diese Frage des Generalsekretärs der Fortschrittspartei der Werktäglichen Zyperns, E. Papaioannou, im Parlament bringt die wachsende Besorgnis der Zyprioten über die Geschicke ihres Landes zum Ausdruck.

Als Ende v. J. eine Woche des Kampfes für die Entmilitarisierung Zyperns und allgemeine Abrüstung in der Republik durchgeführt wurde, machte sich ebenfalls Besorgnis bemerkbar. Während dieser Woche fand ein Protestmarsch gegen die britischen Militärstützpunkte statt, die noch immer auf Zypern bestehen.

Die „souveräne Zone“ der britischen Basen

Limassol ist das größte Industriezentrum Zyperns nach Nikosia und der wichtigste Hafen an der Südküste. Das Leben in der Stadt ist ruhig und wohlgeordnet, die Menschen gehen ihren täglichen Beschäftigungen nach. Aber bei allen gesamtnationalen antimilitaristischen Kampagnen machen die Einwohner von Limassol aktiv mit.

Das ist verständlich. Schon einige Kilometer hinter der Stadt endet die Chaussee an der „souveränen Zone“, wo die britischen Militärstützpunkte liegen. Auf einer hügeligen Landzunge, die weit ins Meer ragt, nehmen sie eine Fläche von über 100 km² ein.

In Limassol traf ich mich mit P. Pianides, Generalsekretär des Zypriotischen Friedenskomitees. Er sagte:

„Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß auf den Stützpunkten hier Kernwaffen sowie die neueste USA-Technik, die aus Iran fortgeschafft wurde, Raketen mit Kernsprengköpfen und Phantom-Maschinen eintreffen. Laut Abkommen, die den Status der Stützpunkte auf Zypern bestimmen, dürfen sie aus-

schließlich von Großbritannien benutzt und nach dessen Abzug unter Zyperns Souveränität gestellt werden. Indessen werden dort USA-Mariner in immer höherer Anzahl gelandet. Washington ist bestrebt, das „Vakuum“ zu füllen, das in seiner militärischen Mittelmeerstruktur durch die Ereignisse in Iran geschaffen wurde, und möchte Zypern in die aggressiven NATO-Pläne einziehen.

Es ist unsere Überzeugung, daß mit dem Wettrüsten Schluß gemacht und daß der Kampf für die allgemeine Abrüstung und die Entmilitarisierung Zyperns aktiviert werden muß.“

Alle wichtigsten politischen Kräfte unterstützen diese Forderungen.

Bittere Erfahrungen

Jahrhundertelang und auch noch sehr lange nach Erreichung der Unabhängigkeit lebten die zypriotischen Griechen und Türken in Frieden und Eintracht. In vielen Vierteln der südlichen Städte Limassol und Paphos sieht man bis heute Kirchen und Moscheen nebeneinander stehen, was ebenfalls von friedlicher Koexistenz beider Glaubensbekenntnisse zeugt. Die meisten türkischsprechenden Zyprioten siedelten sich im nördlichen, d. h. der Türkei zugekehrten Teil der Insel, an. Das ist bis heute so. Aber sechs von den größten Städten und 106 von den 600 Dörfern hatten früher eine gemischte Einwohnerschaft.

Seit Mitte 1974 sind 40% des Landesterritoriums, darunter ein Teil der Hauptstadt, die Großstädte Famagusta, Kyrenia und Morphou, von türkischen Truppen besetzt (gegenwärtig auf 20 000 bis 30 000 Mann geschätzt). In westöstlicher Richtung dehnt sich durch die ganze Insel eine „grüne Linie“, die durch Stacheldraht, Minenfelder und Bajonette die Zyprioten griechischer von denen türkischer Abstammung, die Christen von den Moslems trennt.

Vor fünf Jahren wurden 200 000 Griechen, d. h. fast ein Drittel der

Inselbevölkerung, von ihrer Heimat vertrieben. Aus dem Süden der Insel zogen fast alle Zyprioten türkischer Abstammung weg. Nordzypern wird intensiv von den türkischen Siedlern „erschlossen“ und militärisch, politisch und wirtschaftlich immer enger an die Türkei gebunden. Es besteht die reale Gefahr, daß Zypern gespalten und zwischen den NATO-Ländern aufgeteilt wird.

Die Regierung möchte einer solchen Entwicklung vorbeugen. Dem Vermächtnis von Erzbischof Makarios, Begründer des Staates auf Zypern, getreu, vertritt der Präsident der Republik Kyprianou den Gedanken, daß „die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit die Griechen und Türken auf Zypern lehren müßten, in einem einheitlichen, föderativen, aber geschlossenen Lande zu leben“.

Alle meine Gesprächspartner sagten mir, daß das Zypernproblem weit mehr sei als das Verhältnis zwischen den beiden Gemeinden. Es geht nicht darum, daß die zypriotischen Griechen und Türken nicht miteinander leben können oder wollen, sondern darum, daß der Imperialismus die Spannungen im Lande aufrechterhalten möchte, um eine Art „Begründung“ für die militärische NATO-Präsenz auf der Insel zu haben.

In Nikosia ist man der Auffassung, daß eine gerechte Beilegung am besten durch eine friedliche Zypernkonferenz unter der UNO-Ägide zu erreichen wäre; allerdings müßte das Zypernproblem der Kontrolle durch die NATO-Länder entzogen werden.

Erfolge und Engpässe

Auf dem von fremden Truppen besetzten Territorium Zyperns wurden bis 1974 ca. 70% des Bruttosozialproduktes erzeugt, 56% der Bodenschätze gewonnen und 48% der Exportkulturen angebaut. Durch Bombenabwürfe und Artilleriebeschluß wurden viele Betriebe zerstört und im Süden der Insel Wald- und Saatflächen beschädigt. Tausende Menschen sind umgekommen bzw. verschollen. Ich wußte von diesen Zahlen und war offen gesagt darauf gefaßt, auf der Insel ein recht düsteres Bild zu sehen. Doch sollte ich mich irren.

Ich erblickte sorgfältig bestellte Felder und Obstgärten, Neubauviertel in Nikosia, Larnaka und Limassol, Glasbetonbauten neuer Werkabteilungen und schließlich einen endlosen Strom von Autos auf ausgezeichneten Straßen. Später erfuhr ich, daß das Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung 1978 auf dem von der Regierung kontrollierten Territorium 2430 US-Dollar erreichte.

Diese Ziffer ist bemerkenswert — nicht nur weil sie Zypern unter die Industrieländer des Westens einreicht, sondern auch, weil sie sich stark von der analogen Kennziffer im okkupierten Teil der Insel unterscheidet, obwohl dort die Ländereien, große Industriewerke und Gruben liegen. Dort belief sie sich 1978 auf 1048 Dollar. Ist das nicht ein gewichtiges Argument für ein einheitliches unabhängiges Zypern, für seine Entmilitarisierung und Befreiung von den knechtenden Wirtschaftsbeziehungen? Die Türken unter den Zyprioten würden übrigens in erster Linie von der Wiedervereinigung der Insel profitieren.

Was geschah aber im Süden? Ein Wirtschaftswunder? Nein, vielmehr wurde dort richtig geplant, wurden neue Industriezweige beschleunigt entwickelt und die eigenen, wenn auch beschränkten Ressourcen sowie die Auslandshilfe optimal genutzt; hinzu kamen die Aktivierung des Außenhandels, darunter des Reexports, sowie der Kredit- und sonstigen Bankoperationen. Vor allem aber ist alles den fleißigen, hochqualifizierten Fachkräften zu verdanken, die ihr Land wiederhergestellt haben.

Sind alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme gelöst? Auf diese Frage antwortete mir N. Katsourides, verantwortlicher Funktionär im Apparat des ZK der AKEL:

„In der Tat entwickelte sich unsere Wirtschaft in den letzten Jahren dynamisch. Aber dieser Fortschritt diente den verschiedenen Schichten unseres Volkes bei weitem nicht in gleichem Maße. Ein weiteres Problem ist die zunehmende Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt. Auch neue, recht spezifische Fragen fallen an, heute z. B. der Mangel an Arbeitskräften. Sehr akut ist die Wohnungsfrage. Die Zeltstädte der Flüchtlinge sind jetzt eine Seltenheit, aber viele Familien wohnen noch sehr schlecht.“

Dringend notwendig für Zypern ist es, in der Wirtschaft ebenso wie in der Politik den Kurs auf Nichtpaktgebundenheit zu steuern und eine Vorherrschaft der westlichen Monopole nicht zuzulassen. Die Erfahrungen lehren: Eine stabile und wirklich unabhängige Entwicklung erfordert, daß Zypern seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowohl zum Westen als auch zu den Entwicklungsländern und den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft ausbaut.“

Präsident Kyprianou: „Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten unterstützen Zypern in der UNO ständig und konsequent im Interesse der Freiheit und Gerechtigkeit... Auch in Wirtschaft, Handel und Kultur entwickeln wir enge Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern.“

Der Handelsvertreter der UdSSR in Nikosia Grant Grigorjan überließ mir das Protokoll der im November durchgeführten Verhandlungen über die Erfüllung des fünfjährigen Handelsabkommens zwischen der UdSSR und Zypern.

Die trockenen Zahlen berichteten: Die UdSSR liefert Zypern Masut, Schnittholz, Walzgut, Elektromotoren.

Kollege Grigorjan erzählte auch, was die UdSSR in Zypern kauft: Kognakspit, Tafelweine, Rosinen, Zitronen, Kinderkleidung, Wirkwaren, Schuhe und Herrenoberhemden.

Andrej Solowjow als Vertreter des Verbands der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft mit dem Ausland auf Zypern sagte mir, daß sich an der Arbeit der Gesellschaft für Zypriotisch-Sowjetische Freundschaft Regierungsmitglieder, namhafte Vertreter der Öffentlichkeit, der Kirche, von Massenorganisationen und Parteien beteiligen. Bald

wird die Gesellschaft ihren 20. Jahrestag begehen.

Vassos Lyssarides, der Vorsitzende des Einheitlichen Demokratischen Zentrumsverbands und Vorsitzende des Zypriotischen Solidaritätskomitees mit den Völkern Asiens und Afrikas, sagte mir: „Ebenso wie viele andere Völker kämpften wir mit der Waffe in der Hand für unsere Unabhängigkeit. Ebenso wie viele von ihnen sind wir der imperialistischen Teile- und Herrsche-Politik zum Opfer gefallen. Man hat uns im Grunde ein Kolonialregime der britischen Militärstützpunkte aufgezwungen. Kurz, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Zyperns sind fest mit der nationalen Befreiungsbewegung und der antiimperialistischen Solidarität der anderen Völker verbunden.“

Zypern nimmt ständig an den Förmen der Nichtpaktgebundenen teil, regt viele internationale Treffen der fortschrittlichen Öffentlichkeit an und führt sie auf seinem Territorium durch, ist aktiver Handelspartner europäischer und arabischer Länder. Hinzu kommt seine geographische Lage, die Zypern dazu prädestiniert, nicht ein NATO-Trägerschiff im Mittelmeer, sondern ein Bindeglied zwischen Europa und dem Nahen Osten zu sein.

Nikosia

DIPLOMATEN IN DER MOSKAUER UNI

Ein ungewöhnlicher Hörerkreis versammelte sich am 29. Januar im großen Saal des Kulturhauses der Moskauer Lomonossow-Universität. Wjatscheslaw Jelutin, der Minister für Hoch- und Fachschulbildung, hielt einen ausführlichen Vortrag vor 160 in der UdSSR akkreditierten Diplomaten aus 79 Ländern, darunter 29 Botschaftern.

Der Minister berichtete, daß heute 98 Millionen sowjetische Bürger vom Unterrichtswesen erfaßt sind. Die 870 Hochschulen haben 5,2 Millionen Studenten und Aspiranten. Jedem Absolventen garantiert der Staat einen Arbeitsplatz. Die Hochschulen, deren Zahl unter der Sowjetmacht auf das 40fache angewachsen ist, sind gleichmäßig über alle Unionssrepubliken verteilt.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen über die internationales Kontakte der sowjetischen Hochschulen und über die Verhältnisse, unter denen 70 000 junge Ausländer bei uns studieren. Sie genießen genau die gleichen Rechte wie ihre sowjetischen Kommilitonen. Wo nötig, wird der Unterricht auf die be-

sonderen Erfordernisse ihrer Länder abgestimmt.

Den Entwicklungsländern wird viel geholfen. Mit Unterstützung der UdSSR sind im Ausland 47 Hoch- und Fachschulen ins Leben gerufen worden. Jetzt sind 20 weitere im Bau. In 33 Ländern unterrichten zur Zeit über 1700 sowjetische Professoren und Dozenten.

In der ganzen Welt nimmt das Interesse für den russischen Sprachunterricht zu, und das ist auch begreiflich: Es gibt eine große russische Literatur, und in russischer Sprache erscheinen ein großer Teil aller wissenschaftlichen Schriften der Welt sowie Mitteilungen über wichtige Entdeckungen und Erfindungen.

Minister Jelutin hatte viele Fragen aus dem Hörerkreis zu beantworten.

Die Diplomaten besichtigten die Universität, nahmen Einblick in den Universitätsbetrieb und suchten Hörsäle, Laboratorien und Büchereien auf. Sie spendeten diesem Tempel der Wissenschaft, wie ein Gast die Universität nannte, hohe Anerkennung.

W. ROSEN

Mit Dank und Interesse

In einem Heft des „Bulletins von Zypern“ las ich folgende Worte von

MENSCHENRECHTE À LA PEKING

Wladimir SUBAKOW

„Sollen sich die Ereignisse natürlich entwickeln. Dann bleibt wenigstens eine Scheindemokratie bestehen. Nicht für uns, denn uns geht sie nichts an, sondern eine Art Reklame für Ausländer“, sagte auf einer Befragung im ZK der KPCh vom vergangenen März Deng Xiaoping, in dem manche ausländische Kommentatoren beinahe den geistigen Vater der „neuen chinesischen Demokratie“ sehen wollen.

Es sei daran erinnert, daß die westliche, namentlich die amerikanische Presse, als sie ihre verleumderischen Anschuldigungen gegen die sozialistischen Länder wegen „Verletzung der Menschenrechte“ erhob, dieses Thema sorgfältig umging, wenn von China die Rede war. Das erklärt man ganz einfach: Peking habe eine völlig andere „geschichtstraditionelle“ Anschauung von den Dingen, ja, man redet sogar von allerlei „Freiheiten und Rechten“, die die neue Pekinger Führung mit sich gebracht habe.

Wie steht es im heutigen China denn nun wirklich mit den Menschenrechten, mit Grundrechten wie dem Recht auf Arbeit, auf Berufswahl und Wahl des Wohnorts, auf Bildung, Rede- und Meinungsfreiheit, um die man im Westen so besorgt ist?

Im ersten Jahrzehnt der VR China hatte dort die Arbeitslosigkeit ein Ende, und das war folgerichtig. Das Land war zum sozialistischen Aufbau übergegangen, es entwickelte planmäßig seine Wirtschaft, schulte Kräfte aus der Arbeiterklasse heran, schaffte sich eine neue Intelligenz und erfaßte die Bauern in Genossenschaften. Im dreißigsten Jahr der VR China stellt man fest, daß es allein in den Städten über 20 Millionen Arbeitslose gibt, daß über 100 Millionen ein Hungerdasein fristen und daß die Landwirtschaft darniederliegt. Das sagt die Pekinger Führung selbst, auch solche ihrer Mitglieder, die gemeinsam mit Mao allerlei Abenteuer wie den „Großen Sprung“, die „Volkskommunen“ und die „Kulturrevolution“ unternommen. Alle Reinfälle werden jetzt allerdings der „Viererbande“ zugeschrieben, was jedoch an der Sache nichts ändert.

Die Arbeitslosigkeit ist in China wohl das akuteste soziale Problem. Seine Führung verspricht, es „zu gebener Zeit“ zu lösen. Zu Neujahr wurde erklärt, daß 1979 für 7 Millionen Chinesen Beschäftigung geschaf-

fen worden sei. Was bedeutet das aber? Voriges Jahr gingen allein von den Oberschulen über 8 Millionen Abiturienten ab. Folglich hat sich an der Arbeitslosigkeit nichts geändert, wenn sie nicht sogar noch größer geworden ist, um so mehr, als im Zuge der „Regulierungen“ der Investbau eingeschränkt wird und manche Betriebe zugemacht werden.

Hinzu kommt, daß der Arbeiter, das Mitglied einer landwirtschaftlichen Kommune und der Angestellte auch jetzt ohne behördliche Erlaubnis seine Arbeitsstelle nicht wechseln darf. Selbst für die Übersiedlung in eine andere Provinz braucht man die Genehmigung vieler Instanzen. Vor allem muß man erreichen, daß einem die örtlichen Lebensmittelmarken gegen im ganzen Land gültige umgetauscht werden. Auf diese Weise wird u. a. die Migration der Bevölkerung kontrolliert.

Mit dem Recht auf Bildung steht es nicht besser. Von den tragischen Folgen der „Kulturrevolution“ zeugen unlängst in der chinesischen Presse erschienene offizielle Angaben. Auf dem Lande sind über 30% der Menschen im Alter bis zu 45 Jahren Analphabeten und haben 40% der

Dörfler nur Grundschulbildung. Von den Arbeitern sind etwa 10% Analphabeten und haben über 80% nicht einmal eine Achtklassenschule bis zu Ende besucht.

Besonders schwer hat es die Jugend. Infolge der „Kulturrevolutionen“ ist eine verlorene Generation im Wortsinn entstanden. Die früheren Hongweibings und Zaofanrebeln sind jetzt 25–30 Jahre alt. Sie haben nicht nur keine Bildung, weil damals die Lehranstalten geschlossen waren, die politische Vergangenheit der „Aktivisten der Kulturrevolution“ hindert sie obendrein am beruflichen Weiterkommen und an einer politischen Betätigung.

Jetzt sind die Lehranstalten geöffnet, aber 6% der Kinder gehen nicht zur Schule, und 12% der Grundschulabsolventen lernen nicht weiter. Nicht einmal die Hälfte der Achtklassenabsolventen gehen in die Oberschule über. Von den Abiturienten können nur 5% Aufnahme in eine Hochschule finden. Diese Angaben machte Kandidat des Politbüros des ZK der KPCh und Vizevorsitzender des Staatsrats der VR China Chen Muhua.

Die Probleme der Jugend werden sonderbar gelöst: Peking schickt sie aufs Land, in Gebirgs- und Grenzgebiete. Im August v. J. behauptete die Führung auf einer „Konferenz von Vertretern der schreib- und lesekundigen Jugend“, das sei ein „objektiv notwendiger strategischer Kurs auf lange Dauer“, notwendig nicht so sehr aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen wie aus solchen der „Verteidigung“. Man sieht, daß auch in dieser Hinsicht alles den militaristischen Absichten Pekings untergeordnet ist.

Peking bemüht sich um einen neuen Anstrich für die Fassade der

DAS „GOLDENE DREIECK“

In ihren Wühlakten gegen die Länder Südostasiens benutzt die chinesische Führung ausgiebig das „goldene Dreieck“ im Gebirge, wo Burma, Thailand und Laos aneinander grenzen. Dort werden jedes Jahr illegal 500–700 t Rohopium, etwa die Hälfte des Weltertrags, erzeugt, hauptsächlich von illegalen Syndikaten, die mit chinesischen Gemeinden in Ländern Südostasiens in Verbindung stehen und auch den Vertrieb besorgen. Das Opium wird auf zahlreichen Dschungelpfaden auf Lasttieren befördert. Diese Pfade nehmen in Gebieten Burmas ihren Anfang, die unter der Kontrolle pekingfreundlicher und regierungsfeindlicher Kräfte stehen,

und führen an die Grenze Thailands. Das Fertigerzeugnis aber wird größtenteils über Krung Thep (früher Bangkok) und Hongkong vertrieben.

Experten der Weltorganisationen zur Bekämpfung des illegalen Rauschgiftvertriebs weisen darauf hin, daß China über seine Agenten — Auslandschinesen und auf Peking orientierte regierungsfeindliche Organisationen — die Erzeugung des Rohopiums im „goldenen Dreieck“ und seinen Verkauf überwacht und den Löwenanteil des Gewinns einheimst.

Der illegale Vertrieb von Rauschgift stellt an sich schon ein großes Unglück für die Länder Südostasiens dar. Noch gefährlicher aber ist es, daß das Opium-

Gesellschaft. Was wirklich vorgeht, zeigt folgendes Beispiel. Artikel 45 der Verfassung der VR China enthält sogar „das Recht auf ausführliche, restlose Meinungsäußerung und Diskussion sowie auf Wandzeitungen“. Der westlichen Presse zufolge hat Deng Xiaoping aber erklärt, er wolle den Artikel auf dem nächsten Volkskongreß annullieren.

Ende 1978 kamen in Peking zahlreiche Wandzeitungen heraus. Es war aber von Anfang an klar, daß das von oben inspiriert war und von den Fraktionen der regierenden Spitzenschicht in ihren Machtkämpfen ausgenutzt wurde. Außerdem war das ein Versuch, der Unzufriedenheit, die sich im Volk gestaut hatte, ein Ventil zu öffnen. Peking konnte die Wandzeitungskampagne aber nicht in die gewünschte Richtung lenken. An der „Mauer der Demokratie“ im Pekinger Zentrum sah man Anschläge, auf denen die wahre Sachlage im Land bloßgelegt und gezeigt wurde, daß die Rechte der Bürger Chinas genau wie während der „Kulturrevolution“ mit Füßen getreten werden, von der, wie die chinesische Presse gesteht, über 100 Millionen Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Es blieb aber nicht bei den Wandzeitungen, sondern es kam im ganzen Land zu Massendemonstrationen für bessere Lebensverhältnisse und Gerechtigkeit. Sie waren mehrmals von Überfällen auf Staats- und Regierungsämter begleitet. Der westlichen Presse zufolge gab offizielle Vertreter Pekings zu, daß „manche in hohen Regierungskreisen von der offenen Kritik am Regime betroffen waren“.

Daraufhin verboten die Behörden die Wandzeitungen und verlaßten Verhaftungen und Mißhandlungen bis zu Hinrichtungen. Für Leute, die sich offen über die Lage im Land

äußern, kamen wieder Bezeichnungen wie „Konterrevolutionäre“, „asoziale Elemente“ und „Anarchisten“ auf. Von der Besorgnis der Behörden über die Kritiken kann man sich aus Äußerungen der chinesischen Presse darüber ein Bild machen, daß gewisse Leute versuchen, aus der „nauen Jugend“ eine selbständige Kraft zu bilden und sie zum „Aufruhr“ gegen die Führung der KPCh zu verleiten.

Nun ist es mit dem Gerede von „Menschenrechten“ nicht mehr getan. Wie die französische „Libération“ am 22. Dezember 1979 schrieb, kommt in China „eine Säuberung in Gang, die an eine Hexenjagd erinnert. China mache eine Zeit der Repressionen durch, wie sie seit dem Sturm der Viererbande vor mehr als drei Jahren nicht da waren. Es handelt Urteile über Andersdenkende.“ Anders als während der „Kulturrevolution“ bastelt man sich jetzt für dieses Vorgehen allerdings eine Rechtsgrundlage zurecht. Seit Januar gilt das erste Strafgesetzbuch der VR China. Es sieht für „konterrevolutionäre“ Betätigung strenge Strafen vor. Zugleich haben die Behörden, wie die Presse Chinas mitteilt, die Befugnis der Verwaltungsorgane bestätigt, Menschen zwangsweise einer „Umerziehung durch Arbeit“ ohne Gerichtsverfahren zu unterwerfen.

Die jetzige Kampagne gegen die Kriminalität, namentlich unter der Jugend, soll nicht zuletzt alle mit der jetzigen Sachlage in China Unzufriedenen einschüchtern. Schließlich ist das starke Überhandnehmen der Kriminalität auch eine Folge der politischen und wirtschaftlichen Mißstände. Nach vorliegenden Angaben wurden 1978 in China ca. 80% der Verbrechen von jungen Menschen im Alter bis zu 30 Jahren verübt, in

Städten wie Shanghai sogar 90%. Das ist auch kein Wunder. In Shanghai halten sich rund 400 000 junge Menschen auf, die ohne behördliche Erlaubnis vom Lande zurückgekehrt sind, wohin sie seinerzeit ausgesiedelt wurden. Sie bekommen keine Lebensmittelmarken und keine Arbeit, auf sie werden Razzien veranstaltet, weil man sie wieder aufs Land zurückschicken will. Wenn die Kriminalität derart überhandnimmt so liegt das demnach an der Entrichtung und Armut der Jugend, daran, daß sie nicht die geringsten Aussichten hat. Die chinesische Presse gibt zu, daß Polizei und Staatssicherheit der Situation nicht gewachsen sind. Im Dezember 1979 riefen die Behörden Truppenteile zu Hilfe, um in neun Provinzen „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Zeitungen Chinas berichteten, das Oberste Gericht habe eine Anzahl von Bestimmungen für die Verhängung der Höchststrafe erlassen. Aus vielen Städten werden Hinrichtungen gemeldet. Die jetzige Führung behauptet zwar, sie habe den Ungezüglichkeiten aus der Zeit, als die „Viererbande“ herrschte, ein Ende gemacht, der westlichen Presse zufolge ist China aber noch immer ein „Land der Konzentrationslager“. Es gibt über 900, sie haben über 10,5 Millionen Insassen.

Die kleinen Erleichterungen, die dem Volk in den letzten zwei, drei Jahren gewährt wurden, zeugen keineswegs davon, daß Peking demokratisch geworden ist. Sie sind nichts weiter als Manöver zur Konsolidierung des volksfeindlichen militärisch-bürokratischen Regimes. Das besagte im Grunde genommen auch der eingangs zitierte Ausspruch Deng Xiaopings.

geschäft mit festen, unsichtbaren Fäden an die regierungfeindliche prochinesische Bewegung in den Ländern dieser Region geknüpft ist. Für einen großen Teil des Erlöses kaufen subversive Gruppierungen, die von Peking aus gelenkt werden, Waffen und Munition. Außerdem ermöglicht es die gelockerte Grenzkontrolle zwischen Burma und Thailand burmesischen und thailändischen Insurgenten, sich dort vor den Verfolgungen der Regierungstruppen in Sicherheit zu bringen.

Das strategisch günstig gelegene „goldene Dreieck“ wird von Peking dafür benutzt, seinen Einfluß auf die regierungfeindliche Bewegung in Thailand und Burma sowie die Wühakte gegen Laos und Kampuchea zu verstärken. In den 70er Jahren setzte sich China in

diesem Raum durch eine schleichende Okkupation fest. Dort kreuzten chinesische Umsiedler auf, besonders viele voriges Jahr während der Vorbereitungen der VR China zur Aggression gegen Vietnam. Peking meint, diesen Raum gut als Aufmarschgebiet für seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder in dieser Region benutzen zu können.

Auf Weisung Pekings suchen die Führer der promaoistischen Organisationen in Burma, die im „goldenen Dreieck“ operierenden separatistischen Gruppierungen zusammenzufassen. Sie bahnen eine Zusammenarbeit mit den prochinesischen regierungfeindlichen Kräften in Thailand und mit konterrevolutionären laotischen Banden an. Wie Pol-Pot-Leute, die gefangengenommen wurden, aus-

sagen, befördern die burmesischen Maoisten in China ausgebildete Pol-Pot-Banden über Burma und Thailand nach Kampuchea. Die Behörden Burmas und Thailands aber unternehmen, offenbar aus Furcht, ihre Beziehungen zu China zu verschlechtern, nichts dagegen und willigen damit stillschweigend in die Nutzung ihrer Länder durch Peking für dessen Expansionsabsichten ein.

Danach zu urteilen, daß sich die prochinesischen Kräfte im „goldenem Dreieck“ sichtlich aktivieren, hat Peking die Absicht, diesen Raum auch weiter ausgiebig zu benutzen, der an die chinesische Provinz Yunnan grenzt, um gegen die Völker der Nachbarländer zu wühlen.

W. SOKOLOW

Schatten im Kabinett



Michail TSCHERNOUSSOW

Was für ein Zufall: Unlängst sind 60 Jahre vergangen, seit die Engländerinnen das Wahlrecht errangen und bei der Gelegenheit eine neue Mode kreiert wurde — statt des Maxims der viktorianischen Epoche kamen kürzere Röcke auf. Die Frauen trennten sich viel leichter von der viktorianischen Mode als die britischen Politiker von der Empire-Denkart aus Zeiten der Queen Victoria. Doch kann man es etwa immer den Launen der Mode recht machen?

Und ein weiteres rundes Datum. Vor 50 Jahren brachte die britische Presse den Begriff „Schattenkabinett“ in Umlauf.

Die britischen Konservativen vereinten im vergangenen Jahr alle diese Jubiläen. Ihr Schattenkabinett wurde zur Regierung, von einer Frau geleitet. Was hingegen die Mode angeht, so interessierten uns verständlicherweise vor allem die politischen Moden.

Obgleich die Torys jetzt kein Schattenkabinett brauchen, sind in der Downing Street 10, im Kabinett des Premiers, offenbar ständig Schatten zugegen — die Schatten konservativer Premiers der letzten Jahrzehnte, die ins Jenseits gegangen sind. Und weiter ist bekannt: Nächstens, wenn das Kabinett leersteht, setzen sie sich an den Tisch und unterhalten sich. Da es ja nur Schatten sind, wiederholen sie das gleiche wie vor Jahren.

Der Schatten Winston Churchills, einem kleinen Bären ähnlich, zog an seiner Zigarette und wandte sich dem Schatten Anthony Edens zu:

„Das Debüt des jetzigen Premiers hat mich an Ihren ersten Parlamentsauftritt 1924 erinnert.“

„An mein Debüt sollte ich mich besser nicht erinnern“, verzog der wie stets tadellos gekleidete Schatten Edens sein Gesicht. „Ich hatte eine Resolution der Torys zu verte-

digen, daß England über die stärksten Luftstreitkräfte verfügen muß, um einen Luftangriff abzuwehren. Als ich gefragt wurde, von welcher Seite eigentlich ein solcher Angriff zu befürchten sei, mußte ich mein Nichtwissen eingestehen.“

„Dafür wußte ich es“, sagte der Schatten Stanley Baldwins, einem wohl situierten Farmer ähnlich, und paffte seine Pfeife. „In jenem Jahr hatte ich die Regierung gebildet, und drei Jahre später brachen wir die Beziehungen zu Moskau ab. Zu meinen Zeiten ebenso wie jetzt trieben die Minister am liebsten Außenpolitik. Unter zwanzig britischen Ministern dürfte sich kaum mehr als einer finden, der z. B. Arbeitsminister sein möchte. Die übrigen neunzehn halten sich für geborene Außenminister. Die Öffentlichkeit haben wir mit der sowjetischen Gefahr einzuschüchtern gesucht, keineswegs schlechter wie heute.“

„Und was für ein Ende nahm das?“ warf der Schatten Churchills ein. „1929 sind Sie, Stanley, unter der Devise „Sie können mir vertrauen“ zu den Wahlen angetreten — etwas in der Art der heutigen Torylosung „Realismus und Verantwortung“. Doch unsere bemerkenswerte Partei erlitt damals ein totales Fiasco.“

„Doch bald schon“, ließ der Schatten Baldwins nicht locker, „haben wir zusammen mit Neville Chamberlain erneut alles übernommen: Ich und nach mir Chamberlain haben die Regierung geleitet.“

„Wir haben geholfen, Hitler aufzurüsten, und versucht, ihn in einen Krieg gegen die UdSSR zu treiben“, sagte der magere Schatten Neville Chamberlains. „Verfährt man heute nicht ebenso, wenn man China aufrüstet?“

„Ich erinnere mich“, bemerkte der Schatten Churchills seufzend, „Ihr Bruder Austin hat Ihnen seinerzeit ge-

sagt: „Neville, vergiß nicht, daß du von der Außenpolitik absolut nichts verstehst.“

„Doch als ich nach München fuhr“, empörte sich der Schatten Chamberlains, „riefen die Toryabgeordneten: „Gott sei Dank für unseren Premier!“

„Als der Krieg begann“, grinste der Schatten Churchills, „hielten sie ihre Klappe, und bald schon mußte ich Sie in diesem Kabinett ablösen. Die selbstzufriedene Dummheit und die Hilflosigkeit der Engländer waren mit schuld an jenen entsetzlichen Leiden, die die Welt heimsuchten.“

„Hören Sie zu, Sir Winston“, erregte sich der Schatten Chamberlains, „machen Sie aus sich keinen Friedensstifter! Ich habe gehofft, daß Hitler dem Kommunismus den Garaus macht. Die jetzige Regierung wandelt in meinen Fußstapfen, wenn sie dazu aufruft, der UdSSR eine Lehre zu erteilen und ihr keine geringeren Leiden zuzufügen als im zweiten Weltkrieg.“

„Ich möchte eine Anfrage stellen“ — der Schatten Baldwins fühlte sich für einen Augenblick wie im Unterhaus. „Was bleibt von Merry Old England übrig, sobald es beginnt, der UdSSR Leiden zuzufügen?“

Die Schatten kamen ins Schwanken, und ihre Gedanken schweiften in die endlose Ferne, in eine andere Welt.

„Ich habe die Kommunisten nicht weniger gehaßt als ihr alle und die heutige Regierung zusammengenommen“, sagte der Schatten Churchills. „Doch die Interessen des Empire gingen über alles: Um ihretwillen ging ich im zweiten Weltkrieg sogar ein Bündnis mit den Bolschewisten ein.“

„Das Empire hat Vorbilder von Toleranz und weisem Regieren gesetzt“, sagte plötzlich der Schatten Edens. „Das Empire ist eine große geistige Kraft, die hohen Gefühlen und der Völkerverständigung Geltung verschafft hat.“

„Hören Sie auf mit dem Unsinn, Anthony“, unterbrach ihn der Schatten Baldwins. „Sie stehen hier nicht am Rednerpult.“

„Anthony“, bemerkte der Schatten Chamberlains hämischi, „hat wohl nur die Einstellung der jetzigen Regierung zu den farbigen Einwanderern aus unseren ehemaligen Kolonien und Maggies Versuche kommentiert, die Kontrolle über Rhodesien zu behalten. Fahren Sie fort, Sir Winston.“

„Also ihr alle kennt meinen Haß auf den Kommunismus“, sagte der Schatten Churchills. „Ich habe ihn überzeugend zum Beispiel in meiner Rede von Fulton demonstriert. Ich geriet damals außer mich darüber, daß wir nicht in der Lage waren, etwas gegen die UdSSR zu unternehmen.“

„Sie sind bereits 1920 außer sich geraten“, erinnerte der Schatten Baldwins. „Als die bolschewistische Revolution nicht abzuwürgen war, sagten Sie: „Uns ist nichts geblieben außer Worten und kraftlosen Gesten.“

„Uns ist tatsächlich nichts geblieben“, brummte der Schatten Churchills. „Weder 1920 noch 1950 oder später. Was wir nicht alles erfunden haben! Erinnern Sie sich, Anthony, an 1952? Der strategische Plan: Großbritannien und seine Verbündeten sollten einen Krieg gegen die UdSSR vorbereiten und Atomwaffen als erste einsetzen. Wir suchten das mit der sowjetischen Bedrohung zu rechtfertigen — ebenso wie die jetzige Regierung...“

„Natürlich erinnere ich mich“, antworteteträumerisch der Schatten Edens. „Habe ich ja in jenem Jahr die berühmte Rede gehalten: Der Feind steht ante portas... Eine Kraft mußte geschaffen werden, die die UdSSR uns und Amerika gefügt macht. Wir suchten sogar die Westeuropäer mit einem Rückzug der USA aus der Alten Welt einzuschüchtern.“

„Ein großartiger Gedanke!“ — der Schatten Churchills sog an seiner erloschenen Zigarre. „Nicht von ungefähr hat er auch kürzlich das Seine getan, als es um die Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa ging. Doch trotz allem habe ich verstanden, daß ein Angriff auf die UdSSR gefährlich ist. 1955 habe ich sogar gewarnt: Uns ist sehr wenig Zeit geblieben, um Frieden miteinander zu schließen, sonst werden wir Frieden mit dem Herrgott schließen müssen.“

Die Schatten verstummt. „Und das, obwohl ich stets den Kommunismus gehaßt habe“, fügte der Schatten Churchills hinzu.

„Der Morgen brach an. Die Schatten schwanden, und deren Platz im Kabinett nahmen Menschen von Fleisch und Blut ein, um die fruchtbaren Versuche der Schatten der Vergangenheit fortzuführen, den Kommunismus niederrungen. Ein Arbeitstag wie viele andere hatte begonnen.“

Unsichtbare Machtzentren

Anatoli ANDREJEW

Auf Gipfelkonferenzen der führenden kapitalistischen Länder werden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiekrise vorgemerkt. Ein Abgesandter des Weißen Hauses verhandelt in Peking über eine militärische Zusammenarbeit der USA und Chinas. Der NATO-Rat beschließt eine neue Runde im Weitwüsten.

Der sichtbare Teil des weltpolitischen Eisbergs wird von den bürgerlichen Massenmedien bis ins Detail beschrieben. Ihr Wortreichtum weicht aber sofort einem g'schamigen Schweigen, sobald es um den Mechanismus geht, der hinter dem Wolkenschleier des imperialistischen Olymps die wichtigsten Entscheidungen trifft. Man muß ganze Zeitungsberge durchackern, um die Wahrheit körnchenweise herauszufinden.

Wie von selbst

Ein solches Körnchen entdeckten wir in einer vergilbten Ausgabe der Londoner „Times“. Der betreffende Artikel von Caroline Morrihead trägt die vorsichtige Überschrift „Eliteklub vielleicht ohne Macht, bestimmt nicht ohne Einfluß“. Es handelt von Geheimzusammenkünften, den der Spitzen der Geschäftswelt mit bekannten Politikern (die Verfasserin präzisiert, daß die Teilnehmer sie gern privat oder intim nennen).

Wir hätten eine andere Überschrift vorgezogen: „Sowohl Macht als auch Einfluß“. In dem Artikel lesen wir: „Manche behaupten, daß das eine exklusive Gruppe der reichsten und wirtschaftlich wie politisch einflußreichsten Leute der westlichen Welt sei. Sie kämen heimlich zusammen und planen Geschehnisse, die sich dann wie von selbst zutragen.“

„Wie von selbst“ — das klingt ja vielsagend. Die offiziellen Machtorgane fassen „wie von selbst“ genau die Beschlüsse, die von den wirklichen Herren des Westens gebraucht werden. „Wie von selbst“ kommt es bald hier, bald da zu einem Aufruhr, werden Präsidenten erschossen, brechen Kriege aus. „Wie von selbst“ schwimmen neue amerikanische Raketen nach Westeuropa. Geschäftslute sind nicht gewöhnt, Zeit für Palaver mit Leuten zu vergeben, von denen kaum etwas abhängt. Die „Times“ sagt das „ele-

gant“ wie folgt: „Es läge kaum im nationalen Interesse, zweitrangige Industrielle oder kleine Beamte zu den Bilderbergtreffen einzuladen. Die Teilnehmer dieser Treffen sind anders. Unter ihnen sind Minister, Generaldirektoren von Großbanken und namhafte Industrielle Europas, Mitglieder kapitalistischer Dynastien, die in der Wirtschaft des Westens führend sind.“

Und hier noch ein aufschlußreiches Geständnis der „Times“ bei ihrer Aufzählung „verschiedener Ansichten“ über die Rolle dieser „Vollversammlungen“ des Weltkapitals: „Andere sehen in ihnen die Vorschulkasse für alle führenden Leute des Westens.“ Damit hat das Blatt ins Schwarze getroffen. Die „Vorschulkasse“ der Konzerne haben viele von denen durchlaufen, die in ihren Ländern später führende Posten einnahmen. Hier nur zwei von ihnen: US-Präsident Jimmy Carter und die Ministerpräsidentin Englands, Margaret Thatcher. Die Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden.

Man bildet ein Schattenkabinett

„Die wahren Herren der Welt“ heißt ein unlängst in Frankreich erschienenes Buch, in dem das Geheimnis zweier supranationaler Organisationen des Weltkapitals — des „Bilderbergclubs“ und des „Dreierausschusses“ — gelüftet wird. Der Buchverfasser, Luis Gonzales Mata, war viele Jahre bei der spanischen Staatssicherheit und arbeitete im Auftrag seiner Vorgesetzten mit der CIA zusammen. Er hatte Zutritt zu Geheimdokumenten und hat jetzt, nachdem er seine Spionagetätigkeit aufgegeben hat, viel unbekannte oder kaum bekannte Aspekte der westlichen Geheimpolitik enthüllt.

Seine Schrift widerlegt die bei manchen Leuten herrschende Vorstellung, daß die westlichen Geheimdienste, auch die CIA, ein Staat im Staate seien, der den „löblichen Absichten“ der Regierungen und des Big Business fast diametral zuwiderhandle. Seit ihrer Gründung ist die CIA ein Werkzeug des politischen Systems: Sie steht im sozialen Auftrag ihrer Herren, wovon die US-Regierung unterrichtet ist. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusam-

menhang die Teilnahme hoher CIA-Beamter an der Tätigkeit des Bilderbergclubs und des Dreierausschusses.

In einer Adresse an die Leser stellt der Pariser Grasset-Verlag das Buch so vor: „Aus den Geheimdokumenten, die der Verfasser bei seiner Tätigkeit als Sonderagent zusammentragen konnte, geht das Bestehen und Wirken einer Art Schattenregierung der westlichen Welt hervor.“ Mata hat so gut wie alle Schriften durchforscht, die sein Thema irgendwie betreffen, von Äußerungen Brzezinskis und Carters bis zu einem Buch von Pinochet, von Akten des US-Kongresses bis zu Aufsätzen im „Trialogue“, der Zeitschrift des Dreierausschusses, von Monographien bekannter Wissenschaftler des Westens bis zu den Memoiren von Geschäftsleuten und Politikern.

Das Buch bringt neues Licht in die Versuche zu einem konterrevolutionären Einfall in Kuba, in die Verschwörung gegen Trujillo in der Dominikanischen Republik (die eine frappante Ähnlichkeit damit hat, wie in Südvietnam Ngo Dinh Diem und in Südkorea Pak Tschung Hi kaltgestellt wurden), in die Aktionen zur Erschütterung des Ansehens von General de Gaulle und der Positionen Frankreichs, in Watergate, in den Lockheed-Skandal, in den Fall Aldo Moro usw.

Das „Schattenkabinett“ des Weltimperialismus entstand durch das Zusammenspiel der multinationalen Konzerne, der westlichen, vor allem der amerikanischen Geheimdienste und Abwehrorgane und — auf höherer Ebene — des Staatsapparats der kapitalistischen Länder. Die meisten Mitglieder des Bilderbergclubs sind Amerikaner von den Multis, vom Militär- und Industriekomplex und von den Geheimdiensten. Ihr Ideal ist ein militärisches, politisches und finanzielles Bündnis unter der „naturgegebenen“ Führung der USA. Ihr offen verkündetes Ziel ist die Bekämpfung des Kommunismus.

Mata schreibt: „Zu Anfang der 50er Jahre überzeugten sich die USA davon, daß sie mit ihrer protektionistischen Großmachtpolitik in Europa einen gewissen Unmut auslösten und folglich ihre Taktik ändern mußten... In den Vordergrund tritt also die ‚Präsenz‘ der Multis und ihrer europäischen Verbündeten: Politiker, Finanzleute und Geheimdienste.“

Im Jahre 1952 entstand das Organisationskomitee eines „internationalen Organs, in dem Amerikaner und Europäer zusammenkommen können, um die Beziehungen der beiden Kontinente zueinander zu verbessern“. Zu ihm gehörten u. a. Prinz Bernhard, der Gatte der Königin der Niederlande, William Donovan, ehe-

maliger Chef des OSS (Verwaltung strategische Dienste, Vorläufer der CIA), der portugiesische Bankier F. Nogueira, Nicolás Franco, ein Bruder des spanischen Diktators, Oberst der Naziwehrmacht, der holländische Geschäftsmann Mertens, sein Landsmann Joseph Luns (jetzt Generalsekretär der NATO), alles wütende Antikommunisten, wie Mata schreibt.

Der Bilderbergklub ist nach dem Hotel Bilderberg in Oosterbeek (Holland) benannt, wo das Schattenkabinett vom 29. bis zum 31. Mai 1954 tagte und der „Klub“ organisierte Form annahm. Sein Vorsitzender wurde Prinz Bernhard.

Der militante Antikommunismus

„Man kann ohne weiteres annehmen, daß sich der Bilderbergklub gleich von Anfang an auf eine Einmischungsstrategie orientierte und daß die einmal im Jahr von seinen Mitgliedern geführten ‚harmlosen‘ Diskussionen die Gestalt einer direkten und manchmal blutigen Einmischung in die Angelegenheiten vieler Länder der Welt annahmen“, hebt der Buchverfasser hervor.

Der Umstand, daß sich die Kampffront der Monopole ausdehnte, kam darin zum Ausdruck, daß die Tagesordnung des Bilderbergklubs jedes Jahr wechselte.

Auf der ersten Tagung (1954) wurde darüber debattiert, „wie Europa vor der ‚kommunistischen Gefahr‘ geschützt werden kann“ und „was für eine Politik der UdSSR gegenüber betrieben werden soll“; 1955: „Der Einfluß der Kommunisten im Westen“ und „Die kommunistischen Parteien Europas“; 1956: „Die kommunistische Gefahr in Asien“ — gerade damals wurde die Frage formuliert: „Kann man als Verbündeten des Westens gegen die UdSSR nicht die VR China benutzen?“

Als Diskussionsthemen wurden den „Klub“-Mitgliedern folgende vorgeschlagen: „Die Kolonialprobleme in Afrika“ (1957), „Die subversiven Umtriebe“ (?) „der Kommunisten in Afrika und Lateinamerika“ (1958), „Die Strategie des Westens für Afrika und Nahost“ (1959), „Die Lage in Mittelamerika“ (1960), „Die neue Strategie des Westens in Afrika“ (1961) und „Lateinamerika in den Fußstapfen Afrikas?“ (1963).

Das Schattenkabinett übergang auch die Tendenzen in den kapitalistischen Ländern selbst nicht. Viel machte ihm z. B. die unabhängige Politik General de Gaulles zu schaffen. Die erste ernsthafte Diskussion über das „französische Problem“

fand 1964 statt (übrigens gleichzeitig auch darüber, ob es wünschenswert sei, Peking zu den antisowjetischen Aktionen in Afrika heranziehen).

An der Tagesordnung Frankreich

Im März 1966 trat der Bilderbergklub zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Er wollte versuchen, Frankreichs beabsichtigten Austritt aus der Militäroperation der NATO zu vereiteln. Paris fügte sich aber dem „Klub“ nicht. Im Juni 1966 statteete der Präsident der Französischen Republik der UdSSR seinen geschichtlich bedeutsamen Besuch ab und wurde damit zum Bahn-

Verwundete sind jetzt unsere besten Bundesgenossen.“

Mata gesteht, daß er, trotz seiner Erfahrungen, nicht gleich dahinter kam, wo die Amerikaner hinaus wollten. Er fragte sich, ob sie denn wirklich wollten, daß die Macht in Frankreich von de Gaulle an die Linken übergeht. Oberst Graham machte ihm folgendes klar: „Es geht nicht darum, den Linken eine Machtergreifung zu erleichtern. Durch Förderung der Unruhen und Anstiftung von Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei kann man erreichen, daß die ‚schweigende Mehrheit‘ und die Bourgeoisie auf die erforderliche Art und Weise reagieren, nämlich wegen der entstandenen Gefahr de Gaulle zwingen, seine Politik zu ändern, u. zw. vom Osten abzurücken und ins Bündnis Europas mit den USA zurückzukehren... Wir können und müssen uns von unseren Freunden im französischen Staatsdepartement helfen lassen. Wahrscheinlich wird der Druck von rechts de Gaulle zwingen, abzudanken und einer Regierung Platz zu machen, mit der wir uns leichter einigen können.“

Die skrupellose Einmischung der amerikanischen Geheimdienste in das Geschehen von 1968 in Frankreich wurde erst nach Jahren bekannt. Aber schon damals, im heißen Mai, legten die von der FKP geführten Werktäglichen Frankreichs Wachsamkeit an den Tag und ließen sich von Provokateuren nicht aufputschen. Sie wiesen die hinterhältigen Versprechungen der „Ultralinken“ zurück und kämpften unter den eigenen Fahnen weiter. Deshalb brachte der „rote Mai“ von 1968 den Arbeitern einen großen Erfolg und entlarvte die „ultralinken“ Schreihälse.

Die Prüfung von 1968 ging auch an den Behörden nicht spurlos vorbei. Obwohl de Gaulle bei den vorfristigen Parlamentswahlen siegte, wies die Einheit der Regierungsmajorität einen Riß auf. Angesichts der Streitigkeiten, die in seinem Lager ausbrachen, legte de Gaulle 1969 das Amt des Staatschefs nieder.

Peitsche und Zuckerbrot

Matas Buch enthält viel über die Methoden, mit denen sich die Multis in die inneren Angelegenheiten verschiedener Länder einmischten. Eine der meistgebrauchten und gewöhnlich unfehlbaren bestand darin, die „nötigen“ Politiker und sogar ganze Parteien zu kaufen.



David Rockefeller, der Vater des Dreierausschusses und Präsident der Chase Manhattan Bank, mit seiner rechten Hand, Ex-Staatssekretär Henry Kissinger

Foto aus „Newsweek“ (USA)

brecher der Entspannung unter den westlichen Staatsmännern. Am 1. Juli wurden die Streitkräfte Frankreichs der NATO-Kontrolle entzogen. Die US-Truppen mußten Frankreich räumen.

Nicht von ungefähr kam also der Bilderbergklub Ende April 1968 in dem Flecken Mont Tremblant (Kanada) auf den „Antiatlantismus de Gaulles“ zurück. Auf der Tagesordnung stand, wie man sich die schlechtere soziale Lage in Frankreich gegen den aufsässigen General zunutze machen könnte. Eine Woche danach überzogen sich Paris und danach auch andere Städte des Landes mit Barrikaden. Anarchistisch angehauchte Linksradikale und allerlei zweifelhafte Elemente riefen zu einer „Revolution“ auf.

Der Buchverfasser zeigt, welche Rolle die CIA dabei spielte. Gerade damals bekam Mata von Oberst Graham, einem Repräsentanten der amerikanischen Geheimdienste, folgende Anweisung: „Unsere Freunde in den Aktivistengruppen müssen Demonstranten zu möglichst vielen Zusammenstößen mit den Ordnungshütern animieren. Zerstörungen und

Im Mai 1970 erließ die italienische Links-Zentrums-Regierung den dem UPI (Italienischen Erdölverband) angehörenden Gesellschaften eine große Steuer. Den Monopolen fielen dadurch zusätzliche Gewinne von 138 Md. Lire in den Schoß, und sie teilten sie mit den Parteien der Regierungskoalition: Von deren Anteil bekamen die Christdemokraten 72, die Sozialisten 20 und die Sozialdemokraten 8%.

Neben den bekannten Enthüllungen über den Lockheed-Konzern enthält das Buch noch andere Tatsachen darüber, wie Monopole Leute, die sie brauchten, bestachen. „Bedauerlicherweise ist aus dieser Geschichte zu schließen, daß Italien keineswegs eine Ausnahme ist“, stellt Mata fest.

Wie, wenn nun aber die Bestechung, das Versprechen von Plätzen an der Futterkrippe und andere „Vergünstigungen“ nicht ziehen? Wenn sich jemand zu selbständiger Macht und naiv genug ist, das Gerede von einer „unbegrenzten Freiheit“ der bürgerlichen Gesellschaft fürbare Münze zu nehmen? Dann wenden die Konzerne und der unter ihrer Kontrolle stehende Staatsapparat und Geheimdienst härtere Methoden an. Die „Unbotmäßigen“ werden auf die Liste der „ausgefallenen Elemente“ gesetzt, auf der neben „allzu peniblen“ Beamten und „zu schwatzhaften“ Journalisten auch bekannte Staatsmänner — solche wie die Gaulle oder Aldo Moro — stehen. Die einen müssen früher oder später selbst gehen, bei anderen helfen die Geheimdienste, möglichst mit fremden Händen, nach.

Zwei Tendenzen

Die radikale Veränderung der Weltlage dadurch, daß sich das sozialistische Weltsystem ausgedehnt und entwickelt hat, daß sich Hunderte Millionen Menschen vom Kolonialjoch befreit haben und daß die internationale Arbeiterbewegung im Aufstieg ist, hat den Westen genötigt, seine Strategie und Taktik einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Dabei hat sich das strategische Ziel verdichtet, die Herrschaft der Multis zu konsolidieren. Zugleich sind aber ernste taktische Differenzen an den Tag gekommen.

„Die einen“ (gemeint sind die Ultras) „halten eine direkte massive Einmischung bei der Entscheidung über weltpolitische Fragen nicht nur für gerechtfertigt, sondern für den einzigen akzeptablen Kurs“, schreibt Mata. „Andere meinen, die Aufrichtung einer Herrschaft mit“ (militärischer) „Gewalt müsse einer neuen Form der „Zusammenarbeit“ weichen, bei der man sich positive Aspekte zunutze macht, wie sie in einer be-

liebigen Situation gefunden werden können.“

Diese Tendenzen zeichneten sich erstmalig beim Treffen des Bilderbergklubs vom Mai 1969 deutlich ab. Natürlich entstanden sie nicht durch Urzeugung, in einer oder der anderen Form waren sie schon früher feststellbar. Mata kommt mehrmals darauf zu sprechen, das sich die erste und ältere von ihnen unwiderstehlich an den kalten Krieg und das hemmungslose Wettrüsten knüpfte. Die zweite läßt die internationale Entspannung und friedliche Koexistenz zu.

Hinter jeder der beiden Tendenzen stecken kolossale Wirtschaftsinteressen. Deshalb wurde der Kampf sehr heftig. Besonders erbittert entspann er sich auf drei Ebenen: zwischen den Konzernen, die für eine verschiedene Taktik waren, zwischen den ihre Interessen wahrnehmenden Politikern und schließlich innerhalb der westlichen Geheimdienste. Im Hintergrund vieler Skandale und Enthüllungen, die an der Wende der 60er und 70er Jahre an die Öffentlichkeit gelangten, stand ebendieser Kampf an der Spitze des monopolistischen Systems.

Im Juli 1973 wurde die Spaltung organisatorisch erhärtet. Eine Gruppe aus den Leitern von Großbanken, Finanz- und Industriekonzernen unter David Rockefeller, dem Präsidenten der Chase Manhattan Bank, gab die Gründung des Dreierausschusses, eines Klubs für Forschung und Analyse, bekannt, der die Aufgabe habe, den Dialog zwischen den USA, Euro-

Protégés des Dreierausschusses: sein ehemaliger Direktor Brzezinski und sein Mitglied Carter

Foto aus „Economist“ (Großbritannien)



pa und Japan zu stimulieren.

Unter den Gründern waren Vertreter der Finanzgruppen Rockefeller, Morgan und Rothschild sowie Leiter und Mitglieder der Direktionen mehrerer Großkonzerne.

Auf Rockefellers Vorschlag wurde der schon lange mit seiner Familie lierte Zbigniew Brzezinski zum Direktor des Dreierausschusses bestimmt. Unter den anfänglichen Mitgliedern liest man viele bemerkenswerte Namen, z. B. den des damals noch unbekannten Jimmy Carter und diejenigen einiger Mitglieder seiner jetzigen Regierung.

Interessant ist folgendes: Als für April 1975 die Jahrestagung des Bilderbergklubs einberufen wurde, erschienen auch diejenigen seiner Mitglieder, die zur Konkurrenzorganisation gehörten: David Rockefeller und sein Protégé Brzezinski, Edmond de Rothschild, Otto Wolff von Aemroingen, der Vorsitzende der Bundeshandelskammer und Präsident der Otto Wolff A. G., und Giovanni Agnelli, Präsident der Fiat.

„Viele Mitglieder des Dreierausschusses kommen weiter zu den Sitzungen, weil sie fürchten, daß die Bilderberger, die ihren Einfluß noch nicht verloren haben, ihre Abwesenheit benutzen könnten“, schreibt Mata. In Wirklichkeit war es aber nicht so sehr die Angst, übergegangen zu werden, wie etwas anderes: Was sie eint, ist ja viel mehr, als was sie trennt. Außerdem sind die Interessen jedes einzelnen Konzerns gewöhnlich nicht ein-, sondern vielschichtig.

Nehmen wir z. B. den Konzern General Electric, dessen Leiter unter den Gründern des Dreierausschusses waren. Die Firma erzeugt viele Waren für den Zivilbedarf und ist folglich an einem Ausbau ihrer Geschäftsverbindungen im In- und Ausland interessiert. Sie produziert aber auch für den Krieg, und wenn diese Erzeugnisse auch nur 20% ihres Gesamttausstoßes bilden, will General Electric nicht darauf verzichten und tut alles, um das Rüstungsgeschäft auszudehnen. Daher das zwiespältige Verhalten des Konzerns zu Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.

Dieses Beispiel zeigt, wie schwer vom Dreierausschuß (oder einem anderen Organ der Konzerne) eine klare, kompromißlose Haltung in internationalen Angelegenheiten zu erwarten ist. Die gegenseitige Durchdringung der beiden Gruppierungen des Monopolkapitals in Gestalt des Bilderbergklubs und des Dreierausschusses hat faktisch nie aufgehört. In manchen Fällen sind sie nach einem gemeinsamen Programm im Sinne des Konservativismus und der schwärzesten Reaktion vorgegangen.

„Die Überraschung des Jahrhunderts“

Besonders interessant ist, was Mata über die wichtigsten Aspekte der US-Politik unter Präsident Carter schreibt. Sarkastisch nennt er dessen Wahl von Ende 1976 auf den höchsten Staatsposten „die Überraschung des Jahrhunderts“. Er schreibt: „Der unbekannte, provinzielle Politikaster, der Erdnüsse pflanzte und verkaufte, hielt in seiner Freizeit Sonntagspredigten. Er wurde von der Leitung des Dreierausschusses entdeckt und mit einer raffinierten Werbekampagne hochkatapultiert.“

Und weiter: „Carter trat in der amerikanischen und in der Weltpolitik zu einem Zeitpunkt ins Rampenlicht, der psychologisch gar nicht günstiger sein konnte (denken wir an Watergate, an die Verbrechen der CIA, die Korruption usw.), und die Wähler nahmen diesen ‚Don Quichotte des 20. Jahrhunderts‘ mit offenen Armen auf, denn er hatte ja eine reine Weste und redete obendrein von ‚Antibürokratismus‘, von ‚Menschenrechten‘, von ‚Ehrlichkeit in Staatsgeschäften‘, von ‚Sparsamkeit mit Staatsgeldern‘, ‚Koexistenz‘ und Besorgnis über die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer und schmückte das alles mit Bibelzitaten und Gebeten aus.“

Bald aber, so fährt Mata fort, seien die Wähler ernüchtert worden. Er führt zahlreiche Beispiele dafür an, wie sich die US-Regierung von den Idealen abwandte, die sie selbst verkündet hatte. Er erinnert daran, wie Washington blutige Diktatorregimes — Pinochets in Chile, des Schahs im Iran und andere — unterstützte. Ein ganzes Kapitel handelt von dem so großspurig eingeleiteten „Nord-Süd-Dialog“.

Die chinesische Karte

Und schließlich die Kardinalfrage: was aus dem Frieden und der Entspannung werden soll. Mata vergleicht Carters Wahlreden mit seinen Taten. Er schreibt: „Er versprach, den Militäretat um 7 Md. Dollar zu kürzen (Abstriche aus dem von Ford eingereichten Haushaltsentwurf zu machen), setzte dagegen die Be willigungen für das Pentagon um 4 Md. höher als im Rechnungsjahr 1976/77 an.“ Wir fügen hinzu, daß der neue Etatentwurf des Pentagons auf 161,8 Md. Dollar erhöht werden wird.

Diese jetzige Kehrtwendung des Westens zum alten Kurs auf die Hegemonie und das Wettrüsten hin war nicht überraschend. Alles, was heute offiziell erklärt wird, sagte gestern schon Brzezinski. Der Sicherheitsberater des Präsidenten, der

den beiden „Klubs“ des Großkapitals angehört, weiß besser als jeder andere, woher der Wind der Monopolkonjunktur weht und wehen wird.

Mata meint, diese Versprechungen seien nicht erst heute, sondern schon auf der Bonner Tagung des Dreierausschusses vom November 1977 „zu Grabe getragen worden“. Diskutiert wurde dort über Brzezinskis Vortrag „China, ein möglicher Gleichgewichtsfaktor“. Er betonte, daß sich „die Interessen Chinas und des Westens sowohl in Asien als auch in Afrika und Lateinamerika decken“.

In den zwei Jahren seither hat die Welt mehrmals Versuche der USA erlebt, die antisowjetische und im größeren Spiel antikommunistische Pekinger Karte auszuspielen (denken wir auch nur an die Verhandlungen über die Belieferung Chinas mit westlichen Waffen und an die chinesische Aggression gegen Vietnam!). Ebenso Bemühungen, die Ölländer abzutragen unter Druck zu setzen.

Aus den ersten vier Jahren seines Wirkens hat der Dreierausschuß das Fazit gezogen, daß es in der Hauptsache positiv gewesen sei: „Wenn sie und da auch vereinzelte Schatten auftauchen, so werden sie wieder verschwinden, sobald die jetzigen Vereinigungsbemühungen konkrete Form angenommen haben werden.“

Wohlgemerkt: „Vereinigungsbemühungen“! Mit wem will sich der Dreierausschuß denn vereinigen? Schließlich man eine Reihe zweitrangiger Körperschaften aus, dann bleibt nur eins: eine Vereinbarung des Vorgehens mit dem Bilderbergklub mit einem Blick auf eine spätere Fusion der beiden.

Selbstverständlich müßten sich der Dreierausschuß und der Bilderbergklub dazu ein paar Schritte entgegenkommen. Der „Klub“ meint, er habe sie schon getan, als er „einige Elemente ausschloß, die jeden Realitätssinn endgültig eingebüßt hatten“ (wie z. B. den der Korruption überführten Prinzen Bernhard).

Was bedeutet der Rechtsruck im Dreierausschuß, der u. a. darin zum Ausdruck kommt, daß er den Westen zu seinen jüngsten militaristischen Schritten veranlaßte? Eine Bereitschaft der Monopole, auf dem Boden einer Abkehr von der internationalen Entspannung und eines Rückfalls in den kalten Krieg wieder eine Heilige Allianz aufzuziehen?

Die Antwort auf diese Kardinalfrage muß sich in nächster Zeit ergeben. Die Weltöffentlichkeit wird die Umtriebe des Imperialismus unverwandt beobachten, um die geheimen und für die Menschheit äußerst gefährlichen Absichten des kapitalistischen Olympos rechtzeitig zu durchschauen. ■

DISKUSSION

Wie alle Sowjetbürger, so bin auch ich empört über die westliche Verleumdungskampagne wegen der sowjetischen Hilfe an Afghanistan. Man redet von einer militärischen Intervention. Ich meine, der Ausdruck ist in diesem Fall völlig unangebracht. Nicht jeder Einmarsch der Truppen eines Staates in einem anderen kann doch eine Intervention genannt werden.

W. TERENTJEW
Moskau



Es diskutiert
der stellvertretende
Chefredakteur der
„Neuen Zeit“
Vitali
TSCHERNJAWSKI

Ich will nur gleich sagen, daß Sie vollkommen recht haben. Ich bin ganz Ihrer Meinung. Mancher Leser wird vielleicht fragen, was wir dann zu diskutieren haben. Man muß aber bedenken, daß die von den amerikanischen und den Pekinger Hegemonisten aufgezogene Kampagne nicht wenig Leute in aller Welt irreführt, und ihretwegen ist es angebracht, auf Ihre Frage einzugehen.

Fangen wir mit der Frage an, was eine Intervention ist. In jedem Sprach- und Fremdwörterbuch finden wir unter „Intervention“ (vom lateinischen „Interventio“ — Einmischung — abgeleitet) die Erklärung, daß sie ein gewaltsames Eingreifen eines oder mehrerer Staaten in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates zwecks Unterdrückung einer Revolution, Besetzung von Gebieten, Ergreifung der Macht, Erlangung von Vorrechten usw. bedeutet.

Liegt ein gewaltsames Eingreifen der UdSSR in die inneren Angelegenheiten Afghanistans vor? Die ganze Welt weiß schon, daß das nicht so ist. Die Regierung der DRA hat die UdSSR wiederholt um Hilfe, auch militärische, ersucht. Folglich ist die Initiative zur Entsendung sowjetischer Truppenkontingente nach Afghanistan von Kabul ausgegangen. Soweit ad eins.

Zweitens haben unsere Truppenkontingente die einzige — ich wiederhole: die einzige Aufgabe, dem afghanischen Volk bei der Abwehr einer Aggression von außen zu helfen. Die UdSSR verfolgt in Afghanistan keinerlei eigennützige Zwecke: Sie errichtet dort nicht ihre Herrschaft, beansprucht keinen Fußbreit Boden und sucht sich keinerlei Vorrechte zu verschaffen.

In einer Erklärung des Revolutionsrats der DRA vom 17. Januar heißt es, daß dank der in brüderlicher Freundschaft

„NEUE ZEIT“ 6-80

auf Ersuchen der afghanischen Regierung erwiesen Hilfe das souveräne afghanische Volk zuverlässig gegen die aggressiven Machenschaften äußerer Feinde abgeschirmf werden kann.

Drittens hat das Vorgehen der UdSSR eine unanfechtbare völkerrechtliche Grundlage. Man braucht nur den sowjetisch-afghanischen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit vom 5. Dezember 1978 einzusehen. Da heißt es in Artikel 4, daß der revolutionären Regierung Afghanistan auf ihr Ersuchen militärische Hilfe geleistet werden kann. Dies läuft auch Artikel 51 der UNO-Charta nicht zuwider, der das Recht auf eine legitime individuelle oder kollektive Selbstverteidigung — im gegebenen Falle mit unserer Hilfe — vorsieht. Außerdem werden die übrigens nicht großen sowjetischen Truppenkontingente zurückgenommen werden, sobald die Anschläge auf die Grenze und die Souveränität der DRA aufhören.

Das sind, meiner Ansicht nach, die drei Hauptargumente für Ihre Stellungnahme. Wo bleibt da die „sowjetische Intervention“ in Afghanistan, über die jetzt im Westen und in China so viel gezeterter wird? Die Antwort ist einfach: Das ist eine notorische Lüge, die die amerikanischen Propagandisten und ihre Pekinger Handlanger verbreiten, um die Weltöffentlichkeit irrezuführen. Die Revolution in Afghanistan stieß ja von Anfang an auf eine Aggression, eine brutale Einmischung, eine Intervention der USA. Tausende im Ausland gedrillte Banditen und Sabotageagenten wurden in Afghanistan eingeschleust. Mit ihrer Hilfe wollte Washington dort eine folgsame Regierung einsetzen, die für das Pentagon einen militärischen Bereitstellungsraum an unserer Südgrenze herrichten sollte.

Die Intervention, auch die militärische, ist schon lange eine außenpolitische Handhabe Washingtons. Schon zu Anfang des 20. Jahrhunderts waren US-Interventen in Kuba, Panama, Santo Domingo, Nikaragua, Haiti und Mexiko. Dann besetzten sie die östlichen Gebiete Sowjetrußlands. Nach dem zweiten Weltkrieg sei, so schreibt die New Yorker Zeitschrift „The Nation“, die militärische Expansion auf eine viel größere „Hälfte der amerikanischen Außenpolitik angewachsen, als es die wirtschaftliche ist! Tatsächlich haben die USA nach Angaben des Washingtoner Brookings-Instituts allein vom 1. Januar 1946 bis zum 31. Dezember 1975 215mal ihre Streitkräfte zum Einsatz gebracht und dabei in 19 Fällen mit einem Kernwaffeneinsatz gedroht. Die größte militärische Intervention hat Washington in diesem Zeitraum in Vietnam ausgeführt.

Wie Sie sehen, bestätigen die Tatsachen Ihre Schlußfolgerung.

Lektion 6

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

разжигать милитаристский психоз	eine Kriegspsychose auslösen
спекулировать (на чем?)	spekulieren (auf etwas)
поборники истины	Verfechter der Wahrheit
перебрасывать вооруженных	bewaffnete Rebellen entsenden
мятежников (перебросить)	
ставить под угрозу (что?)	gefährden
(поставить)	
обращаться за помощью (к кому?)	um Hilfe ersuchen
(обратиться)	
опираться (на что?)	sich stützen
Договор о дружбе, добрососедстве	Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit
и сотрудничестве	einen Beschuß fassen
принимать решение	
(принять)	
военные контингенты	Truppenkontingente
отражать (что?)	zurückwerfen
(отразить)	
прикрывать	verschleiern, bemanteln
(прикрыть)	
усложнение международной	die Verschlechterung der Weltlage
обстановки	
оказывать воздействие	beeinflussen, bewirken
(оказать)	
наносить ущерб (чему?)	schaden, Abbruch tun

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text.

В настоящее время международная обстановка заметно осложнилась. Этому немало способствуют реакционные империалистические силы и определенные круги США, разжигая милитаристский психоз и вмешиваясь во внутренние дела других народов. Сегодня противники мира и разрядки пытаются спекулировать на событиях в Афганистане, изображая действия Советского Союза не иначе, как «интервенцию». Эти «поборники истины» «забывают», что уже с 1978 года, когда в Афганистане совершилась революция, против него не прекращается агрессия империализма. На территории Афганистана перебрасываются тысячи вооруженных мятежников, организуются жестокие репрессии против широких слоев афганского общества. Заговор внешних сил реакции сейчас поставил под угрозу независимость Афганистана. В этой ситуации афганское правительство неоднократно обращалось к правительству СССР за помощью. При этом Афганистан опирался на положения Договора о дружбе, добрососедстве и сотрудничестве между СССР и Афганистаном, а также на право каждого государства в соответствии с Уставом ООН на индивидуальную или колективную самооборону — право, которым не раз пользовались другие государства.

СССР принял решение направить в Афганистан военные контингенты, чтобы содействовать отражению агрессии извне. Враждебная реакция империалистических сил на события в Афганистане не случайна. Она отражает стремление реакционных милитаристских кругов, выступающих против разрядки, прикрыть свои действия, направленные на усложнение международной обстановки. Сюда относятся в первую очередь действия американской администрации. Такая политика крупной державы оказывает самое негативное воздействие на всю международную обстановку, нанося ущерб делу укрепления мира и безопасности народов.

Übung 2: Übersetzen Sie folgende Wortverbindungen. Prägen Sie sich ein.

разжигать вражду	устранять угрозу
разжигать ненависть	устранять опасность
разжигать милитаристский психоз	устранять ошибки
разжигать войну	устранять разногласия

Übung 3: Setzen Sie an die Stelle der fettgedruckten Wörter in den gegebenen Wortverbindungen Synonyme aus dem Text.

маскировать свои действия; **помогать** отражению агрессии; **влиять** на международную обстановку; **мешать** делу мира; **действия** правительства обнаживают его истинную политику.

PS

Ein trauriges Fazit



In Großbritannien habe das Internationale Jahr des Kindes mit einem „skandalösen Fiasco“ geendet, erklärte B. Jackson, Leiter einer britischen Forschungsanstalt für Unterrichtsfragen. Es sei schlimmer als in jedem anderen Land. Die Kinder Englands seien am Ende dieses Jahres schlechter dran als bisher. Weiter stellte Mr. Jackson fest: „Wir kommen ans Jahresende mit einer eingeschränkten Schulspeisung, mit gekürzten Aufwendungen für Schulbusse und mit einem beschnittenen Programm für die Einrichtung neuer Kindergärten... Alle unsere Bemühungen werden durch die Gleichgültigkeit sowohl der Labour- als auch der Toryregierung null und nichtig gemacht.“

Sie wollen's nicht gewesen sein

Fünf große amerikanische Chemiekonzerne — Dow Chemical, Monsanto, Diamond Shamrock Corp., Thompson-Hayward Chemical und Hercules Inc. — haben die Regierung verklagt, weil sie beim Einsatz des von ihnen erzeugten Defolianten Agent-Orange im Vietnamkrieg die „Fahrlässigkeit“ beging, das amerikanische Oberkommando nicht anzuweisen, seine Soldaten zu warnen, daß das Mittel sehr giftig ist. Viele Soldaten haben schweren Schaden erlitten und jetzt auf Schadenersatz gegen die Konzerne geklagt. Diese verlangen

durch das Gericht, daß die Regierung einen 4,2-Md.-Dollar-Fonds für derartige Entschädigungen anlegen soll — natürlich nur für Amerikaner. Um die Vietnamesen, die umgekommen sind, kümmern sich die US-Konzerne natürlich nicht.

An die falsche Adresse

Pieter Botha, der Ministerpräsident der RSA, ist daß erstaunt über ein Schreiben Präsident Carters. Laut „The Citizen“ (Johannesburg) stand buchstäblich folgendes darin: „Ich bitte Sie, sich den USA und den anderen Regierungen anzuschließen, die die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren beabsichtigen.“ Botha fragt sich, ob Carter denn wirklich nicht wisse, daß das rassistische Regime in der RSA schon seit 20 Jahren selbst von der olympischen Bewegung boykottiert wird.

Deng Xiaoping ködert



Der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping hat, wie die amerikanische „Newsweek“ berichtet, ein Schreiben an den Präsidenten von Taiwan, Tschiang Tschingkuo, einen Sohn Tschiang Kaischeks, gerichtet, der ja ein „Erzfeind der chinesischen Kommunisten“ gewesen sei. Das Schreiben war noch ein heimlicher Versuch Pekings, die Taiwaner Führung zu veranlassen, irgend eine Form der Wiederver-

einigung ihrer Insel mit Kontinentalchina in Erwägung zu ziehen. Deng Xiaoping versucht, Tschiang Tschingkuo mit folgenden Zugeständnissen zu ködern:

1. Bei einer Einwilligung Taiwans müsse man daran denken, Tschiang Kaischek ein Denkmal zu setzen;
2. Peking habe schon beschlossen, in der Militärakademie Whampu, die seinerzeit von Tschiang Kaischek geleitet wurde, 37 Reden dieses „Erzfeindes“ auf den offiziellen Lehrplan für Geschichte zu setzen.

Einfach und lohnend



In New York sind im Laufe von zwei Wochen zwölf Entführungen von Tankwagen gemeldet worden. Die Gangster brechen ins Fahrerhaus eines solchen Wagens ein, halten dem Fahrer eine Waffe vor, fesseln ihn und verbinden ihm die Augen. Darauf fahren sie zu einer Tankstelle, deren Besitzer mit ihnen unter einer Decke steckt, laden das Benzin ab, fahren weit weg, lassen den Fahrer frei und verschwinden. Wie einfach!

... ohne Badehose ist das Wasser kühl

Die Behörden der Grafschaft Suffolk (England) haben für die FKK teilweise einen Badestrand freigegeben, doch unter der Bedingung, daß beim Baden unbedingt Badehosen angezogen werden müssen, u. zw. aufgrund eines Verbots des Innenministeriums, „in natura zu baden“.

Lieber die Finger davon

Die Post in Guelph (Kanada) hat laut „Globe and Mail“ über die schwierige Frage zu entscheiden, was

sie mit Sendungen an die Universität der Stadt machen soll. Ihre Zustellung kann nicht verweigert werden, ist aber oft gefährlich. Farmer schicken dem Universitätslaboratorium Dungproben ein, damit Fachwissenschaftler die Qualität feststellen. Der Inhalt der Sendungen sondert Gas ab. Wie, wenn dieses nun explodiert?

Klondike heute

Durch das Klettern der Goldpreise auf den westlichen Börsen leben in den USA und Kanada die Wildwestsitten auf, die im vorigen Jahrhundert während des Goldrausches herrschten. Nur benutzen die modernen Glückssritter keine schnellfüßigen Reittiere und Trommelfirevolver, sondern Hubschrauber und MGs. Vor kurzem landete eine Bande in Kanada mit einem Hubschrauber bei einer Goldmine, entwaffnete die Wachen, räumte das Depot des geförderten Goldes aus und flog wieder weg.

Sanft wie die Tauben



Der 28jährige Inder Nilm Kumar, Manager eines Hotels in Poona (Staat Maharashtra), brachte in einem kleinen Raum mit Glaswänden 72 Stunden zusammen mit 72 Giftschlangen zu, deren jeder Biß tödlich ist. Er sagte: „Es ging mir nicht um einen Rekord. Ich wollte beweisen, daß Schlangen nicht bösartig sind, sondern eine gute Behandlung verdienen.“ Kumar sammelt Schlangen. Er hat schon über 500 Anhänger gefunden und bringt ihnen bei, wie man Schlangen fängt und richtig mit ihnen umgeht.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT

на немецком языке

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ



INTERNATIONALE AUSSTELLUNGEN IN DER UdSSR

im Jahre 1980

„Lifttechnik“

Moskau

2. Internationale Ausstellung „Telekinotechnik“

Moskau

Cryogenetik

Moskau

Maschinen und Einrichtungen für Futtererzeugung und -bereitstellung

Kiew

Verfahrenstechnik und Ausrüstungen zur Herstellung von Schiffskörperteilen

Leningrad

Mittel zur Mechanisierung und Automatisierung im Tabakanbau, Nach-

erntebearbeitung und Trocknung von Tabakblättern

Kischinjow

3. Internationale Ausstellung „Mittel zur Gewinnung und Verarbeitung von Fisch und Meeresprodukten sowie zur Reproduktion von Bioressourcen des Meeres“

Leningrad

2. Internationale Ausstellung „Gesundheitswesen, Medizintechnik und Arzneimittel“

Moskau

Einrichtungen, Geräte und Meßapparatur für den Fundamentenbau

Baku

Maschinen und Einrichtungen für Bau und Instandhaltung der Autostraßen

Alma-Ata

Einrichtungen zur Herstellung von elektrotechnischen Erzeugnissen

Moskau

Einrichtungen, Geräte und Werkzeuge für Geologie, Geophysik und Kartografie

Moskau

Technologie und Mittel zur Mechanisierung und Automatisierung des Betriebes von Gewächshäusern

Moskau

5.—14. Februar

27. Februar—12. März

11.—20. März

27. Mai—5. Juni

27. Mai—5. Juni

17.—26. Juni

14.—28. August

26. August—9. September

9.—18. September

10.—19. September

15.—24. Oktober

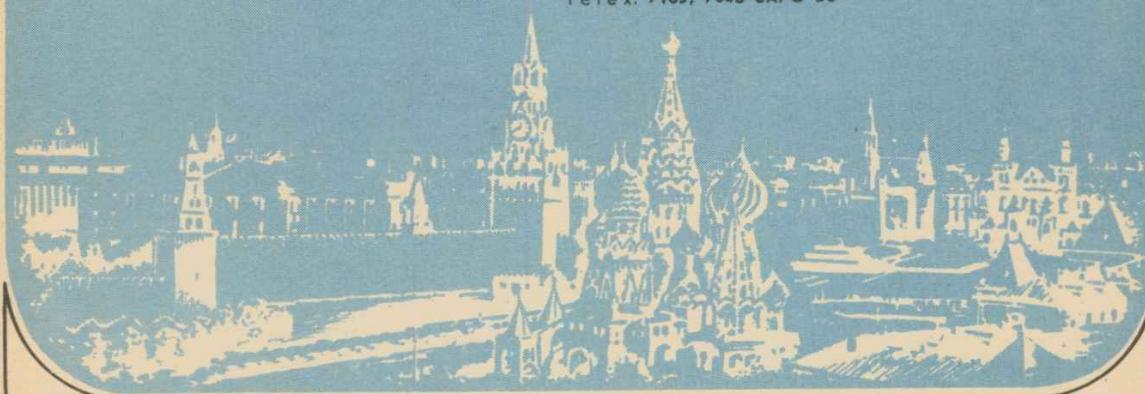
25. November—4. Dezember

26. November—5. Dezember

Änderungen der Veranstaltungstermine vorbehalten.

Mit allen Fragen bezüglich der Teilnahme an den Ausstellungen wenden Sie sich bitte an:

UdSSR, 107113, Moskau,
Sokolnicheskij val, 1-a
V/O „Expocentr“ der Handels- und Industriekammer der UdSSR
Telex: 7185; 7648 EXPO SU



VSESOJUZNOJE OBJEDINENIE

EXPOCENTR

USSR, MOSCOW, 107113, SOKOLNICHESKY VAL, 1a, TELEX, 7648, 7185, TELEPHONE: 268-58-74

Im Objektiv: SPANIEN

Spanien ist das Land eines tapferen und hochbegabten Volkes, das Größen wie Velázquez, Goya, Cervantes und García Lorca hervorgebracht hat. Seine alten Baudenkmäler und Museen sind Schätze der Menschheitskultur.

Viele Jahrzehnte lang war

Spanien, eins der größten Länder Europas (504 700 km²), von der übrigen Welt abgeschnitten. Mit dem Ende der faschistischen Diktatur fielen die Schranken, die dem normalen Verkehr der Spanier mit den Völkern der anderen Länder im Wege gestanden



Der Platz Conde de Casal in einem Madrider Neubauviertel



hatten. Auch für Beziehungen zur UdSSR wurden die Voraussetzungen geschaffen. Die wechselseitigen Besuche der Außenminister beider Länder waren der Auftakt zu einem ersprießlichen politischen Dialog. Auch der Ausbau des Handels sowie der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit wurde möglich.

Die alten Sympathien der Völker der beiden Länder füreinander sind eine gute Grundlage für die Ausdehnung der freundschaftlichen Beziehungen und für ein Vorauskommen auf allen Gebieten, die für beide Seiten von Interesse sind.



Ein Platz in Sevilla

Werktagi Kataloniens demonstrieren für ihre Lebensrechte

Ernte in Galicia

Straßenszene

Fotos: I. Skatschkowa und A. Muns (Spanien)